

KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 197 Mai / Juni 2018 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 197 Mai/Juni 2018



Mit schwerer Artillerie und der Luftwaffe griff das türkische Militär die Zivilbevölkerung von Efrîn an und besetzte nach 58 Tagen schwerer Kämpfe den Kanton Efrîn.



Weltweit – wie auf dem Bild in Argentinien – haben Menschen gegen den Angriffskrieg des türkischen Regimes gegen Efrîn protestiert.



Trotz starker Repression kamen auch in diesem Jahr über hundertausend Menschen zum Newrozfest in Amed zusammen.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Philosoph Walter Benjamin schrieb in einer seiner Abhandlungen über die Geschichtsphilosophie: »Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, dass der Ausnahmezustand, in dem wir leben, die Regel ist.« Das gilt für die Ereignisse in Kurdistan, wohl am meisten für die kurdische Gesellschaft.

Am 20. Januar hielten nicht nur die Kurdinnen und Kurden, sondern auch alle solidarischen Menschen und demokratischen Kräfte den Atem an, als die Türkei ihren Krieg gegen den Kanton Efrîn vor den Augen der Welt begann. Der Völkerrechtsbruch mündete in einer Annexion eines Teils syrischen Bodens. Wir sind Zeugen eines international unterstützten Besatzungskriegs im 21. Jahrhundert. Andererseits sind wir aber auch Zeugen einer enormen Solidaritätswelle antistaatlicher, demokratischer Kräfte weltweit, die das demokratische Gesellschaftsmodell in Nordsyrien/Rojava auch als ihres ansehen und dafür einstehen.

Der »Ausnahmezustand« hat mit der Besetzung Efrîns jedoch kein Ende gefunden. Das faschistoide Regime der Türkei kündigte bereits weitere militärische Interventionen an. Diese Aggressivität gegenüber jeglichen demokratischen Impulsen, aber auch allem »Kurdischen« erinnert unweigerlich an die »tamilische Lösung« türkischer Art, die zuletzt 2011 und 2012 im Munde türkischer Staatsvertreter war und auf eine militärische Endlösung der kurdischen Frage abzielt. Im Inland ist dies mit der Zerstörung Dutzender Städte, dem Verbrennen zahlreicher Menschen in Kellern, der Vertreibung Tausender, der Zerstörung von Lebensraum, der Vernichtung gesellschaftlicher und politischer Institutionen, der Entfernung kurdischen Personals aus dem öffentlichen Dienst, der Einführung der kommunalen Zwangsverwaltung etc. längst Realität. Die von Präsident Erdoğan vorgezogenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen reihen sich unter dem Motto »Lieber schnell wählen, bevor es bergab geht« passend ein. Doch der Ausnahmezustand wird nicht nur um die Wahlstimmung im Inland ergänzt, auch im Ausland wird auf Eskalation gesetzt. So hat die türkische Armee nun Südkurdistan angegriffen und das Gebiet Bradost nahe den Medya-Verteidigungsgebieten besetzt. Zudem werden umliegende Dörfer bombardiert, um auch hier die kurdische Zivilbevölkerung zu vertreiben. Bei den Bombardierungen wurden schon Dutzende Zivilisten getötet und auch bei diesem Bruch des Völkerrechts schweigen die regionalen Staaten und globalen Akteure.

Uns erwartet somit eine sehr intensive Zeit, die sich von der Phase unterscheidet, in der der Kampf gegen den IS im Fokus stand. Nach dem kleinen Stellvertreterkrieg in der Region, vor allem in Syrien, sind nun die Staaten die direkten Akteure und streiten sich um Hegemonie und Einfluss. Die kurdische Freiheitsbewegung bewegt sich seit 40 Jahren in diesem komplizierten Interessengeflecht des Mittleren Ostens. Sie versucht nicht nur die kurdische Gesellschaft vor gewaltsamen Übergriffen der umliegenden Nationalstaaten zu schützen, sondern hat mit der Demokratischen Föderation Nordsyrien innerhalb des »Ausnahmezustands« ein gesellschaftliches Modell ohne Fremdbestimmung aufgebaut, das heute Menschen auf aller Welt zeigt, dass eine andere Welt möglich ist.

Die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Machtkampf zwischen Atlantik und Eurasien um die Vorherrschaft im Mittleren Osten

Songül Karabulut

Wir befinden uns in einem Weltkrieg, in dem die Geschichte hinter dem Aktuellen verborgen bleibt und wir jetzt dennoch Zukunft schreiben. Weil wir die Geschichte nicht richtig analysiert und entsprechende Konsequenzen gezogen haben, erleben wir an manchen Punkten eine Wiederholung: wie der Faschismus sich erneut entfaltet, wie es zu eskalierenden Weltkriegen kommt, die Einrichtung einer neuen Weltordnung auf Kosten der Völker, und vieles mehr. Aus der Geschichte zu lernen ist unser existenzielles Kapital. Denn nur so haben wir die Chance, durch Widerstand und Engagement den Lauf der Ereignisse, also die Zukunft, mitzugestalten.

Die Herausforderungen sind groß, die Pläne der Herrschenden unberechenbar. In den vergangenen Monaten konnten wir sehen, wie sich die Fronten zwischen den Weltmächten zunehmend verhärteten. Der Mittlere Osten im Allgemeinen und Syrien im Besonderen stellen weiterhin den Schauplatz für diese Kriege um Macht und Hegemonie dar. Da gibt es zum einen den westlichen Atlantik-Block, angeführt von den USA (NATO), zum anderen den Eurasien-Block unter Führung Russlands. Zwar sind die jeweiligen Blöcke nicht so einhellig und klar wie während des Kalten Krieges, aber wir bewegen uns in diese Richtung. Noch gibt es zwischenstaatliche Konflikte innerhalb der jeweiligen Blöcke, aber sie werden gegenüber dem jeweils anderen Block hintangestellt.

Die Türkei und die Kurden spielen in diesem Machtkampf zwischen den Blöcken eine zentrale Rolle. Die Türkei, weil sie von beiden Blöcken gleichermaßen umworben wird und dabei versucht, maximale Zugeständnisse für die eigenen Interessen herauszuschlagen. Die Kurden, weil sie in der Region den Dritten Weg im Namen der Unterdrückten und der Völker entwickeln und das Potenzial haben, die Entwicklung in der Region zu beeinflussen, und weil weiterhin versucht wird, über die kurdische Karte Regionalmächte zu kontrollieren. Während die Kurden sich mit der Strategie des Dritten Weges eigenständiger bewegen können, ist Russland bemüht, die Türkei über Zugeständnisse stärker zu kontrollieren, was zu einer Konfrontation der Türkei mit der NATO führen kann.

Besatzungskrieg des NATO-Staates Türkei in Efrîn

Genau in der Situation, in der nach der weitgehend erfolgreichen Bekämpfung des sog. Islamischen Staates (IS) begonnen wurde, die Diskussion über die Zukunft Syriens auf die Tagesordnung zu setzen, durchkreuzte die Türkei mit Unterstützung Russlands diese Pläne.

Am 20. Januar 2018 begann das NATO-Mitglied Türkei einen Angriffskrieg gegen die kurdische Enklave Efrîn in Nordsyrien, in der es bis dahin weitgehend friedlich war und die Zuflucht für viele Hunderttausende Flüchtlinge aus anderen Teilen Syriens bot. Dass dieser Krieg nur mit Zustimmung Russlands möglich war, wurde später durch den persönlichen Berater Erdogans İlnur Çevik mit den Worten eingestanden, »ohne Zustimmung Russlands könnten wir nicht einmal eine Drohne über Efrîn fliegen lassen«[1]. Neu am Krieg der Türkei war, dass sie dabei zum ersten Mal offiziell einige Zehntausend Söldner dschihadistischer Milizgruppen wie al-Nusra und IS unter dem Deckmantel »Freie Syrische Armee« (FSA) als Verbündete einsetzte. Sie demonstrierte damit, was die Welt eigentlich längst wusste: die organischen Beziehungen der Türkei zu den terroristischen dschihadistischen Gruppen.

Die zweitgrößte Armee der NATO erklärte, innerhalb von drei Tagen Efrîn einnehmen zu wollen. Sie hatte große Probleme voranzukommen, trotz massiven Einsatzes aller verfügbaren Militärtechnik sowohl in der Luft als auch am Boden. Sie bekam ernsthafte Zweifel an ihrem Erfolg. Sie soll zu dieser Zeit eine Delegation zur Gefängnisinsel Imralı entsandt haben, um Abdullah Öcalan um Hilfe zu bitten, die offensichtlich verweigert wurde. Dann gab es die von den UN verhandelte

1 https://tr.sputniknews.com/turkiye/201803311032859204-ilnur-cevik-rusya-izin-vermeseydi-iha-bile-kaldiramazdik/

einmonatige Waffenruhe, an die sich niemand hielt, weder das syrische Regime noch die Türkei. Als auch für diese klar wurde, dass niemand eine Flugverbotszone ausrufen werde, eskalierte sie ihre Luftangriffe und rückte immer weiter Richtung Stadtzentrum vor. Die Weltöffentlichkeit wurde Zeuge, wie Efrîn 58 Tage lang ganz auf sich allein gestellt und ohne Luftabwehrsysteme gegen die Türkei und ihre dschihadistischen Milizen Widerstand leistete. Ohne den Luftvorteil wäre dieser Krieg für die Türkei nicht so ausgegangen. Obwohl die Administration in Efrîn das syrische Regime offiziell aufgefordert hatte, gemeinsam die Grenzen gegen die Besetzung zu schützen, blieb diese Unterstützung aus. Es heißt, das Regime sei willens gewesen, aber von Russland daran gehindert worden. Auch hat die internationale Staatengemeinschaft kein Flugverbot gegen die Türkei verhängt, so dass sie mit Bombardierungen bis an die Stadtgrenzen vordringen konnte. Am 17. März wurde schließlich mit einer schnellen Entscheidung der Verwaltung Efrîns und der Selbstverteidigungseinheiten die Bevölkerung aus der Stadt evakuiert, so dass die Türkei ohne großen Widerstand am 18. März als Besatzungsmacht ins Stadtzentrum vordringen konnte. Die Verwaltung und die Verteidigungseinheiten begründeten ihre Entscheidung auf einer Pressekonferenz bei Şehba am selben Tag damit, dass sie dadurch die Pläne der Türkei, an den Menschen in Efrîn einen Genozid zu verüben und die Stadt dem Erdboden gleichzumachen, vereitelt hätten und ihre militärische Kampftaktik ändern würden. Der Widerstand werde in Form des Guerillakriegs fortgesetzt werden, sagte Redur Xalil, Sprecher der Demokratischen Kräfte Syriens (arab.: QSD). Im 21. Jahrhundert wurde vor den Augen der Weltöffentlichkeit und trotz großer weltweiter Proteste dieser rechtswidrige Besatzungskrieg in Efrîn mit Zustimmung, Unterstützung oder Duldung der Staatengemeinschaft durchgeführt. Die Besetzung fand mit den üblichen brutalen Mitteln der Kolonialisierungs- und Vergewaltigungskultur statt: Plünderung, Zerstörung kultureller Güter, Schikanen, Zwang, Assimilation, Vergewaltigung, Folter und Mord. Hinzu kommt eine Propagandamaschinerie, die die Besetzung als Befreiung zu verkaufen sucht.

Über 200.000 Menschen haben Efrîn verlassen und kämpfen nun seit dem 18. März im benachbarten Gebiet Şehba ums Überleben. Sie leben dort unter prekären Bedingungen, ohne notwendige humanitäre Hilfe und ohne jegliche Sicherheit. Internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen, die EU und der Europarat weigern sich, für diese Binnenflüchtlinge, die in Folge ihrer politischen Untat und Billigung ihre Lebensgrundlage verloren haben, Verantwortung zu übernehmen.[2]

2 Mehr über die Besetzung und Pläne der Türkei in Efrîn in meinem Artikel auf http://civaka-azad.org/afrin-ein-international-unterstuetzter-besatzungskrieg-im-21-jahrhundert/

Sehr schnell war zu erkennen, dass die Einnahme Efrîns durch die Türkei zwischen den Staaten längst abgemacht war.

Russland und Iran versuchen ihre Interessen in der Region mittels Unterstützung für das syrische Regime zu sichern. Über die Türkei wurden syrische Städte von der FSA kontrolliert. 2016 wurden der Türkei Cerablus (Dscharabulus) und Azaz überlassen (später weitete die Türkei ihre Besatzung bis nach Al-Bab aus), im Gegenzug sorgte sie dafür, dass sich die FSA aus Aleppo zurückzog und die Stadt dem Regime überließ. Jetzt wurde der Türkei Efrîn und dem syrischen Regime im Gegenzug Idlib und Ost-Ghouta überlassen. Der zweite Grund für Russland, die Türkei bei der Einnahme Efrîns gewähren zu lassen, war es, sie von den USA zu entfernen und mehr an sich zu binden. Russland will damit den Einfluss der USA in Syrien schwächen. Nach 2016 wurde dann mit dem Astana-Treffen die Türkei immer mehr in den Eurasien-Block integriert, um sie mittelfristig mit Syrien an einen Tisch zu bringen.

Hierfür spielte Russland die kurdische Karte aus, die die eigentliche Schwachstelle der Türkei ist. Erdoğan verfolgt seine antikurdische Politik wie eine Staatsdoktrin.

Russland spaltet Syrien

Russland schob die Verantwortung für den Angriffskrieg der Türkei den USA in die Schuhe mit der Begründung, diese hätten durch ihre Unterstützung der Kurden die Teilung Syriens befördert.

Dabei hat es selbst mit der Einladung an die Türkei, nach Syrien zu kommen, um eine Region zu kontrollieren, den Weg für die Dreiteilung Syriens bereitet. Während im Einflussgebiet des syrischen Regimes die alawitische Bevölkerung vereint werden soll, sind es unter der Kontrolle der Türkei die sunnitisch-dschihadistischen Gruppen und östlich des Euphrats wiederum die Kurden. Syrien soll nach Identitäten aufgeteilt werden.

Das Ziel den Kurden gegenüber besteht darin, ihren Einflussbereich zu reduzieren und sie auf die östliche Seite des Euphrats zu drängen. Auch hier will ihnen Russland Zugeständnisse im Sinne des Regimes abringen. Der Dritte Weg, wonach unterschiedliche ethnische und religiöse Gruppen gemeinsam als demokratische Nation eine ökologische basisdemokratische Selbstverwaltung unter dem Banner der Frauenbefreiung jenseits von Patriarchat, Nationalismus und religiösem Chauvinismus entwickeln, ist für alle Machthaber eine Provokation. Daher werden seit Längerem die Bestrebungen verschiedener Staaten sichtbar, dieses alternative Modell auf die Kurden zu

beschränken. Auch deshalb fällt der Angriff zeitlich auf den Beginn der Wahlen für die Föderation Nordsyrien. Folglich richtet sich dieser Krieg in erster Linie gegen dieses Modell und gegen die Kurden.

Offiziell wird Syrien weiterhin vom syrischen Regime unter Baschar al-Assad regiert, aber in Wahrheit ist es nichts weiter als eine Marionette Russlands und Irans: Es hat weder die Stärke und Willenskraft noch verfügt es über die nötige Regierungssouveränität.

Iran ist ein Teil des von Russland geführten Eurasien-Blocks, der die meisten Probleme mit dem Efrînkrieg der Türkei hatte. Die Türkei und Iran sind rivalisierende Staaten, und Iran beobachtet mit Argwohn, wie die Türkei ihre Expansionspläne umsetzt. Darum hat das syrische Regime schiitische Milizen an die Grenze zu Efrîn geschickt. Iran will verhindern, dass die Türkei gemeinsam mit den dschihadistischen Milizen die überwiegend von Schiiten besiedelte Region Nubul-Zehra umzingelt.

Russland vermittelt zwischen den Rivalen, um beider Gewicht gegen die NATO-Interessen in Ansatz bringen zu können.

Iran hat immer wieder die Rechtswidrigkeit dieses Krieges betont und verlangt, dass die Türkei Efrîn dem Regime übergeben müsse. Die Interessen der Türkei und Irans überschneiden sich nicht nur in Syrien, auch in Irak verfolgen beide eigene Interessen. Früher oder später werden diese beiden Länder sich gegenüberstehen. Auch unterstützt Iran den Plan Russlands, die Differenzen zwischen der Türkei und den USA zu stärken. So wie Iran den USA ein Dorn im Auge ist, so stellen die USA für Iran eine Bedrohung dar. Um Iran weiterhin an sich zu binden, hat Russland dafür gesorgt, dass Gebiete östlich von Ghouta unter iranische Kontrolle kommen. Für den dieses Gebiet wichtig ist, da die Hisbollah über die syrisch-libanesische Grenze gegen Israel unterstützt werden kann. Russland ist sich der iranisch-israelischen Erzfeindschaft bewusst.

Es fragt sich, wie lange Iran so weitermachen kann. Denn im Land selbst wird der Widerspruch zum Regime immer lauter. Infolge der Proteste gegen Arbeitslosigkeit, Korruption und überteuerte Lebensbedingungen zu Beginn dieses Jahres haben Dutzende Menschen ihr Leben verloren. Später waren es die religiösen Sufis, die gegen das Regime protestierten, dabei wurden fünf Sicherheitskräfte getötet und mehrere hundert Protestierende festgenommen.

Die Reaktion der iranischen Kurden auf den Besatzungskrieg der Türkei in Efrîn war heftig. In verschiedenen Städten gingen massenhaft Menschen auf die Straße und bekundeten ihre Solidarität mit Efrîn. Während Iran in der Region für Chaos, Krieg und Instabilität sorgt, steht der eigene Kessel unter Druck. Mit seiner bisherigen Politik hat Iran zwar seinen Einflussbereich in der Region ausgeweitet und seinen »Halbmond« *[Einflussgebiet von Iran bis zum Mittelmeer in Syrien/ Libanon]* weitgehend verwirklicht, aber wann die Situation umschlägt, ist eine Frage der Zeit.

Türkei im Erfolgsrausch

Die Türkei ihrerseits versucht maximale Vorteile aus dem Widerspruch der Blöcke zu schlagen. Es ist ihr zweiter Einfall in Syrien nach der Einnahme von Cerablus und Azaz 2016. Jeder in Syrien agierende Staat hat eine offizielle Begründung für seine dortige Anwesenheit. Auch die Türkei hat ihren Besatzungskrieg in Efrîn mit der Grenzsicherung begründet. Aber allen war klar, dass das nur ein Vorwand ist.

Mit Efrîn hat die Türkei als Kolonialmacht den Kurden erneut gezeigt, dass sie – egal wo auf dieser Erde – nicht zulassen wird, dass die Kurden etwas an ihrer Statuslosigkeit ändern und sich ihre Rechte sichern.

Neben ihrer kurdenfeindlichen Politik verfolgt die Türkei hegemoniale Bestrebungen. Sie hegt Gebietsansprüche in Syrien und Irak. In Syrien hat sie seit 2016 Gebiete unter Kontrolle gebracht und wie seinerzeit im Osmanischen Reich über die Ernennung von Gouverneuren und aufgezwungenen Verwaltungen die Anzahl ihrer Provinzen erhöht. Die Türkei ist in 81 Provinzen unterteilt. Nach Cerablus soll jetzt auch Efrîn angegliedert werden. Der »Sprecher« des von der Türkei für Efrîn ernannten Stadtrats erklärte, Efrîn solle an Antakya angebunden werden. Somit hätte die Türkei zwei neue Provinzen in Syrien und die Gesamtzahl ihrer Provinzen auf insgesamt 83 erhöht.[3]

Nach der Vertreibung der Bevölkerung aus Efrîn soll das Land fremdbesiedelt werden – eine neue Heimat für die 3,5 Mio. Flüchtlinge, heißt es. In Wirklichkeit geht es vielmehr darum, Efrîn zur Hochburg dschihadistischer Gruppen zu machen. Schon jetzt setzt sie die Türkei als inoffizielle Armee ein. Wie wird es wohl, wenn alle Dschihadisten dort versammelt werden? Als diese Gruppen in Syrien vor allem auch Dank der kurdischen Verteidigungseinheiten YPG/YPJ und QSD kurz vor der Niederlage standen, hauchte die Türkei ihnen mit dem Angriff auf Efrîn erneut Leben ein – ihnen wurde das lang erträumte Kalifat in Efrîn auf dem Silbertablett serviert.

3 http://www.dw.com/tr/t%C3%BCrkiyenin-afrindeki-yol-haritas%C4%B1-ne-olacak/a-43194684

Schon kurz nach Beginn des Krieges gegen Efrîn verkündete die Türkei weitere Kriegspläne. Minbic (Manbidsch), Tel Rifat in Syrien und Şengal (Sindschar) in Irak werden als mögliche Angriffsziele benannt.

Mit dem Krieg gegen Efrîn ging es nicht nur um Expansion, sondern auch um Innenpolitik: Erdoğan hat damit erneut die nationalistische Stimmung im Land angeheizt. Seitdem er erkannt hat, dass der Friedensprozess mit den Kurden und mit ihm die Demokratisierung des Landes zwar dem Land guttut, aber seine Macht schwächt, setzt er nur noch auf Krieg, Repression, Blut und feindselige Rhetorik. Seit 2014 befindet sich die Türkei sowohl im Innern als auch nach außen im Krieg. Nachdem der von Abdullah Öcalan initiierte Friedensprozess durch Erdoğan abgebrochen worden war, führte die Türkei zunächst gegen die Kurden in der Türkei einen brutalen Krieg in den kurdischen Städten. 2015/2016 wurden Stadtteile dem Erdboden gleichgemacht, hunderte Menschen bei lebendigem Leib in Kellerräumen verbrannt und weitere Kriegsverbrechen begangen. Über die kurdischen Gebiete wurde monatelang der Ausnahmezustand verhängt. Der wurde 2016 nach dem gescheiterten Militärputsch auf das ganze Land ausgedehnt. Zwar wurden im Westen keine Kampfflugzeuge, Scharfschützen, Artillerie etc. eingesetzt, aber das Land wird seit zwei Jahren mittels Ausnahmerecht regiert. Mehr als 50.000 Menschen wurden wegen vermeintlicher Verbindung zur Gülen-Bewegung inhaftiert. Mehr als 150.000 Staatsbedienstete wurden aus demselben Grund suspendiert oder entlassen. Zudem wurden zahlreiche Medien und Vereine per Dekret geschlossen. Die Regierung ließ wissen, dass bis zu den Wahlen der Ausnahmezustand verlängert werde und nach der Machtsicherung der AKP eine Aufhebung denkbar sei. Noch offensichtlicher kann die Zielsetzung des Ausnahmezustands nicht formuliert werden.

Die mit Unterstützung der MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) geführte Regierung soll bis zu den nächsten Wahlen fortgesetzt werden. Erdoğan weiß, dass er nicht viel Zeit hat, diese »Stimmung« aufrechtzuerhalten, ohne dass sie ins Gegenteil kippt. 2019 ist das Jahr der Wahlen in der Türkei – Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Daher wird über vorgezogene Wahlen debattiert und die Regierung ist schon fleißig dabei, Wahlbündnisse einzugehen. Die Wirtschaftsprobleme der Türkei könnten die über den Krieg gegen Efrîn geschaffene nationalistische Stimmung schneller kippen lassen als erwartet.



Trotz starker Mobilisierung gegen die türkische Aggression konnte der Krieg gegen Efrîn nicht verhindert werden. Foto: ANHA

Trump und die US-Politik

Die USA haben sehr früh signalisiert, dass sie in Efrîn nichts unternehmen werden. »Wir haben dort keine Einheiten und folglich keinerlei Handlungsbedarf«, so verlautete es in etwa aus Washington.

Das stieß vor allem im Pentagon und bei den militärischen Kräften, die in Syrien mit den kurdischen Verteidigungseinheiten gegen den IS gekämpft hatten, auf Kritik.

Der Krieg gegen Efrîn wurde sowohl von der Türkei als auch von Russland als »Preis für die Unterstützung der Kurden durch die USA« bezeichnet. Die USA und die Türkei sind uneins über den Umgang mit den Kurden in Syrien. Die Türkei stellt die USA immer wieder vor die Wahl: entweder wir oder die (gemeint sind die Kurden). Wenn man bedenkt, was die USA in Syrien investiert haben, dass sie heute aber nur in den Gebieten präsent sind, in denen sie mit den QSD gemeinsam gegen den IS vorgegangen sind, ist es aus ihrer Sicht nicht nachvollziehbar, vor eine solche Wahl gestellt zu werden.

Die USA hatten ihre Präsenz in Syrien bislang mit dem Antiterrorkampf gegen den IS legitimiert. Nach der Befreiung Kobanês wurde dessen Einfluss nach und nach zurückgedrängt. Während sich der Kampf gegen ihn nach der Befreiung Raqqas auf Der ez-Zor konzentriert hatte und kurz vor dem Sieg stand, wurde der Plan, ihn vollständig aus Syrien zu vertreiben, mit dem Angriffskrieg der Türkei in Efrîn durchkreuzt. Zu Recht wurde dieser Angriffskrieg als Rettungsring für den IS bezeichnet. Die kurdischen Kräfte verlegten deshalb einen Teil ihrer Einheiten von Der ez-Zor und Raqqa nach Efrîn.

Eine Intervention der USA in Efrîn hätte zur Konfrontation mit Russland geführt. Zudem glaubten sie durch ihre Zustimmung zum Krieg in Efrîn die Türkei von Minbic fernzuhalten. Diese aber verlangte, die QSD müssten Minbic verlassen, ansonsten würde sie »das Nötige« unternehmen, weshalb ein Mechanismus zur besseren Koordination zwischen den USA und der Türkei geschaffen wurde. »Cavuşğolu sagte, die Beziehungen der Türkei mit den USA seien an einem ›kritischen Punkt‹. Er habe aber mit Tillerson vereinbart, ›die Beziehungen zu normalisieren‹ und ›Mechanismen‹ zu schaffen, um Streitfragen zu lösen.«[4] Nur einige Tage, bevor Rex Tillerson als Außenminister gefeuert wurde, erklärte Çavuşoğlu, dass es eine Übereinkunft bezüglich Minbic gebe, gemeinsam mit den USA ohne die QSD die Kontrolle zu übernehmen.

Ein weiteres Treffen der Amtskollegen war für Mitte März geplant. Dann wurde Tillerson unerwartet abgesetzt, alle angeblich getroffenen Abmachungen fielen ins Wasser und das geplante Treffen fand nicht statt.

Ein weiteres Erdbeben löste Trump mit seiner offenbar nicht mit der Regierung abgestimmten Ankündigung aus, Syrien sehr bald verlassen zu wollen. Später wurde dies im Sicherheitsrat korrigiert. Man bleibe dem Ziel verpflichtet, den IS zu eliminieren. Die Berichte aus Minbic und Der ez-Zor sprachen ohnehin eine andere Sprache: Zum einen nahm parallel zu dieser Erklärung die US-Militärpräsenz in Minbic zu. Zum anderen wurden Informationen über den Bau eines Militärstützpunktes in Der ez-Zor bekannt.

Es ist nicht zu erwarten, dass die USA in Kürze Syrien verlassen werden, nachdem sie seit Jahren dort investieren. Allerdings werden sie es in Syrien im Vergleich zu Irak, Libyen etc. nicht einfach haben, da dort jetzt Russland seine Machtpolitik im Nahen Osten entfaltet. Es dauerte nicht lange, bis die Botschaft hinter der überraschenden Erklärung Trumps klar wurde. Das war Trumps Art und Weise, andere Bündnispartner »in die Verantwortung« zu nehmen. Adressiert an die Saudis sagte er: »Wenn ihr wollt, dass wir bleiben, müsst ihr zahlen«, und an die westlichen Bündnispartner gerichtet: »Übernehmt mehr Verantwortung und packt mit an.« Die erste Antwort kam aus Frankreich.

Frankreichs Vorstoß, die EU und Deutschland

Ende März empfing der französische Staatspräsident Emmanuel Macron eine Delegation militärischer und politischer Vertreter aus Nordsyrien/Rojava. Frankreich erklärte seine Unterstützung für die Kurden, im Rahmen der internationalen Koalition in Syrien noch aktiver sein zu wollen, und seine Bereitschaft, zwischen den Kurden und der Türkei zu vermitteln. Frankreich ging mit diesem Schritt auch auf die Engpässe der US-Politik ein. Als ehemalige Kolonialmacht Syriens (bis 1939) glaubt es, Herr der Lage sein zu können.

Die Reaktion aus Ankara kam schnell und wie erwartet: »Wer bist du, dass du zwischen uns und Terroristen vermitteln willst?«, verlautete Erdoğan. Die Türkei ist und bleibt ein Partner für die EU, aber der Vorstoß Frankreichs wird sicherlich die ohnehin problematischen Beziehungen zur Türkei nicht sonderlich fördern.

Dabei hatte nur wenige Tage zuvor (am 26. März) im bulgarische Seebad Warna das Gipfeltreffen zwischen der EU und der Türkei unter Beteiligung von EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker, dem europäischen Ratspräsidenten Donald Tusk und Erdoğan stattgefunden. Eine Annäherung konnte nicht erzielt werden, zu groß sind die Differenzen. »Wenn Sie

4 https://www.24matins.de/topnews/pol/usa-und-tuerkei-vereinbaren-abstimmung-von-vorgehen-in-syrien-76193



ANF

mich fragen, ob wir Lösungen oder Kompromisse erzielt haben, dann lautet meine Antwort Nein«, teilte Ratspräsident Tusk nach dem Treffen der Presse mit.

Aus Europa meldet sich jetzt immer öfter London zu Wort. Die fehlende Kontinuität und die russische Herausforderung in Syrien hat es der Trump-Administration erschwert, sich ungehindert zu bewegen. Als enger Verbündeter der USA will nun Großbritannien die Last mit Washington teilen. Obwohl Großbritanniens als auch Frankreichs Staatspolitik des 20. Jahrhunderts die Ursache der problematischen Situation in Syrien war, deren aktuelle Folge der Krieg ist, glauben sie durch ihr Engagement den USA aus dem Chaos helfen zu können. Immerhin glauben die beiden Mächte, die Region, vor allem Syrien, besser zu kennen. Ferner haben beide auch viel längere Erfahrungen mit der Konfrontation mit Russland in dieser Region als die USA. Allerdings genießen die beiden alten Kolonialmächte dort gerade wegen ihres langen »Engagements« wenig Vertrauen. Ähnlich ist Russlands Situation: Zumindest hat es Großbritannien geschafft, Russland binnen kurzer Zeit im UN-Sicherheitsrat in die Enge zu treiben und auch diplomatisch eine Politik der Isolation gegen Moskau aufzubauen. Auch wenn der Anlass, nämlich der Angriff auf einen ehemaligen Doppelagenten, nach wie vor ungeklärt bleibt, hat London mehrere Staaten dazu bewegen können, russische Diplomaten ausweisen.

Die Haltung Deutschlands in diesem Neuordnungskrieg erweist sich als problematisch.

Seine zwiespältige Politik wird am offensichtlichsten in der Kurdistanfrage. In den letzten Jahren ist immer mehr die Rede davon, dass Deutschland eine aktivere Außenpolitik betreiben müsse, dass es an der Zeit sei, sich von den USA loszusagen und einen eigenständigen Weg zu gehen.

Diese von den USA »losgelöste Politik« unterscheidet sich am stärksten bei der Türkei- und Kurdenpolitik. Während die USA an die Kurden, die sich am Paradigma Öcalans orientieren, sehr pragmatisch herangehen und kaum Probleme mit einer Zusammenarbeit haben, ist das für Deutschland ein Tabu. Ihm würde es niemals in den Sinn kommen, sich wegen der Kurden mit der Türkei anzulegen. Seit Jahren setzt es die kurdische Karte gegen die Türkei ein, um anderweitige Unstimmigkeiten zu klären oder die Türkei zu Zugeständnissen zu bewegen. Während die Kurden in Şengal, in Efrîn, in Kobanê ehrenhaft Widerstand gegen Besatzung, Genozid, Faschismus und Feminizid leisten, hat Deutschland keinerlei Probleme damit, kurdische Aktivisten zu verhaften, kurdische Institutionen zu durchsuchen und zu verbieten, Symbole und Werte zu kriminalisieren. Wie so oft haben wir gesehen, wie offensichtlich Kurden für wirtschaftliche Interessen geopfert werden.

Diese Türkeiliebe Deutschlands hat jüngst Sigmar Gabriel in einer Kolumne im Tagesspiegel »Die Türkei und der Westen

nach Afrin – Afrin ist eine Botschaft an die USA« erörtert: »Eine vom Westen, von der Nato und letztlich damit auch von der Orientierung auf Europa losgelöste Türkei würde für uns Europäer ein neues und ganz erhebliches Risiko bedeuten. Nicht nur eine Hinwendung zu Russland würde das Kräfteverhältnis zwischen Russland und der Nato vollständig verändern. Wir hätten an den Außengrenzen Europas keinen Verbündeten mehr, sondern einen potentiellen Gegner. (…) Wir werden also den außerordentlich schwierigen Versuch unternehmen müssen, einerseits Kritik nicht zu verschweigen, andererseits alle verfügbaren Angebote zur Zusammenarbeit zu mobilisieren. Die Türkei muss spüren, dass sie bei uns etwas zu gewinnen hat – und ohne uns viel zu verlieren.«[5]

Wenn jetzt neben den USA auch Frankreich als die Doppelspitze der EU mit Großbritannien neben Deutschland eine viel aktivere Politik in Bezug auf die Kurden entwickelt, könnte es problematisch werden. Europa könnte keine einheitliche Politik entwickeln und Deutschland würde Gefahr laufen, sich aufgrund seiner irrationalen antikurdischen Haltung über die Türkei handlungsunfähig zu machen. Es scheint, dass Deutschland sich zunehmend zum Trojanischen Pferd der Türkei in der EU entwickelt. Diese unbegreifliche Politik wird mittel- und langfristig eine Last für das gesamte Europa bedeuten. Einem Staat wie der Türkei unter Erdoğans Faschismus die Außengrenzen der EU anzuvertrauen und gleichzeitig zu fördern, dass dieser unberechenbare Herrscher die gefährlichsten Mörderbanden dieser Zeit unter seine Obhut bringt, kann nur nach hinten losgehen. Mensch möchte sich gar nicht vorstellen, zu welchen Zugeständnissen Deutschland/Europa an die Türkei bereit wären, wenn sie zusätzlich zu den Flüchtlingen auch noch über seine inoffizielle dschihadistische Armee erpresst werden würden.

Ein Blick nach Irak

Auch in Syriens Nachbarland Irak wird dieser Machtkampf ausgetragen. Nachdem Kerkûk am 16. Oktober letzten Jahres durch irakische Regierungstruppen, unterstützt von schiitischen Milizen der al-Haschd asch-Schaabi, eingenommen wurde und die KRG (Regionalregierung Kurdistan) weitgehende politisch-militärische Verluste hinnehmen musste, hält die Ungewissheit weiterhin an.

Inzwischen ist die von Iran kontrollierte al-Haschd asch-Schaabi offiziell als eigenständige Kraft in die irakische Armee eingegliedert worden. Das Verhältnis zwischen KRG und Zentralregierung bleibt angespannt und ungeklärt. Nach langen Verhandlungen wurden die kurdischen Flughäfen und Grenzübergänge unter der Kontrolle der irakischen Zentralregierung nun wieder geöffnet.

Seit Tagen wird nun darüber debattiert, unter welchen Umständen die Peschmerga-Einheiten nach Kerkûk zurückkehren dürfen.

Nicht nur Iran, sondern auch die Türkei versucht Einfluss zu nehmen. Zum einen macht sie historische Gebietsansprüche geltend (Mûsil/Mossul), und zum anderen fährt sie ihre aggressive »Antiterrorkampf gegen die PKK«-Politik. Nachdem der geplante Genozid des IS in Şengal 2014 durch die Intervention der kurdischen Verteidigungseinheiten HPG/YJA-Star sowie YPG/YPJ hatte verhindert werden können, äußerte die Türkei immer wieder ihren Unmut darüber. Parallel zu ihrem Okkupationskrieg in Efrîn erklärte sie immer auch Şengal zum nächsten Angriffsziel. Sie droht damit einzugreifen, sollten die PKK und die PKK-nahen Kräfte in Şengal sein. Irak hat sich sowohl gegen den Besatzungskrieg der Türkei in Efrîn ausgesprochen als auch bekundet, eine türkische Militärintervention in Irak würde nicht geduldet werden. Schließlich kündigte die PKK an, ihre militärische Präsenz in Şengal zu beenden, weil die Sicherheit der Menschen dort gewährleistet sei. Am 1. April verließen die Verteidigungskräfte Şengal, obwohl die Menschen dort es nicht wollten.

Şengal und Efrîn sind zwei entgegengesetzte Beispiele: Efrîn ein Beispiel für Besetzung, Şengal eines für Befreiung. Als die türkische Armee in Efrîn einmarschierte, flüchteten hunderttausende Menschen in Angst und Panik aus der Stadt, während den Verteidigungskräften in Şengal von der Bevölkerung der Weg versperrt wurde, damit sie nicht gehen. Unter Tränen und Umarmungen haben sie ihre Befreier verabschiedet. Es sind die Menschen aus Şengal, denen es überlassen wurde, während Efrîn entvölkert und fremdbesiedelt wird.

Die unrühmliche Rolle der PDK verbreitet sich über ganz Kurdistan. Nachdem die negative Rolle der Demokratischen Partei Kurdistans in Şengal vertuscht werden konnte, treffen wir auch auf ihre Spuren bei der Besetzung Efrîns. Die Türkei versucht über die ENKS (Kurdischer Nationalrat in Syrien, PDK-nahe Organisation) ihre Besetzung zu legitimieren. Aus Mitgliedern der ENKS wurde jetzt ein sogenannter »Stadtrat von Efrîn« ernannt. Der unterliegt völlig der Kontrolle der Türkei und lässt sich für ihre Kolonialpolitik einspannen.

Die Kluft zwischen den Machthabern und der Bevölkerung in Südkurdistan wird immer größer. Südkurdistan überwand in den letzten Jahren die mangelnden demokratischen Erfahrungen. Trotz Verbots durch die PDK fanden sowohl große Demonstrationen gegen den Krieg in Efrîn statt als auch massive Proteste gegen Korruption und wirtschaftliche Missstän-

5 https://causa.tagesspiegel.de/politik/nach-afrin-welches-verhaeltnis-hat-der-westen-zur-tuerkei/afrin-ist-eine-botschaft-an-die-usa.html

de. Jüngst gingen Lehrkräfte auf die Straße, weil ihre Löhne nicht ausgezahlt werden.

Am 12. Mai finden in Irak die Wahlen der Parlamentsabgeordneten und Provinzräte statt. Ob es dort bis dahin ruhig bleibt, ist fraglich. Zu viele unterschiedliche Interessen bieten immer wieder Zündstoff. Seit 2014 werden immer wieder Angriffe der türkischen Luftwaffe auf die Medya-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan geflogen; in den letzten Wochen wurden aber auch Dörfer in der Region Hewlêr (Erbil) bombardiert.

Das Klischee, Kurden hätten keine Freunde, ist überholt

Für die Kurden waren die letzten Monate geprägt von starkem Widerstand. In erster Linie haben die Menschen in Efrîn einen beispielhaften Widerstand gegen den Besatzungskrieg geleistet. Aber sie wurden von den Menschen aus den anderen Gebieten Nordsyriens nicht alleingelassen. Die fuhren mit zivilen Konvois nach Efrîn und begaben sich damit in die von der Türkei bombardierten Gebiete. Diese Solidarität erstreckte sich weltweit. Am 24. März, dem Globalen Aktionstag für Efrîn, fanden auf mehreren Kontinenten Aktionen statt. Durch den Widerstand in Efrîn konnten die Staaten und internationalen Institutionen demaskiert werden. Viele Menschen haben den verlogenen Charakter ihrer Politiker und Regierungen gesehen, wie z. B. in Deutschland. Während Merkel zum einen erklärte, der Krieg der Türkei in Efrîn sei unakzeptabel, wurde nahezu gleichzeitig bekannt, dass vom ersten Tag an deutsche Panzer gegen die Kurden im Einsatz sind. Nicht nur, dass erwartete Konsequenzen gegen die Türkei ausblieben, nein, neue Waffengeschäfte wurden abgeschlossen. Diesen Vorgang der Öffentlichkeit bekannt gemacht zu haben, ist zweifellos ein wichtiger Erfolg des Widerstands. Auch wurde mit Efrîn das Klischee, die Kurden hätten keine Freunde, widerlegt. Die Kurden haben viele Freunde, potenzielle Verbündete. Der Dritte Weg in Rojava ist für viele eine Alternative zur staatlichen Lösung. Als Beleg dafür haben beim Widerstand in Efrîn Internationalisten an der Seite der YPG/YPJ ihr Leben verloren. Der Kampf der Kurden ist längst zum Kampf der Völker geworden, daher kann und wird er nicht verlieren.

Efrîn hat auch bewiesen, dass Stabilität in der Region ohne eine Lösung der kurdischen Frage nicht möglich sein wird. Dieses Chaos wird nicht ewig anhalten, daher muss früher oder später eine Lösung für dieses Problem ausgehandelt werden. ♦



20.000 Menschen demonstrierten in Hannover gegen den Krieg der Türkei gegen Efrîn und die Unterstützung durch die Deutsche Bundesregierung. Foto: ANF

Gemeinsam durch den Widerstand für Efrîn wachsen

»Trauer zu Wut und Wut zu Widerstand«

Arif Rhein, Civaka Azad

Der Angriff auf Efrîn ist ein Angriff auf alle demokratischen Kräfte dieser Welt. Und damit auch ein Angriff auf uns hier in Deutschland. Neben den kurdischen Organisationen in Deutschland begreifen auch zahlreiche demokratische Kräfte in diesem Land den Ernst der Lage und werden zunehmend aktiver. Seit dem Angriff auf Efrîn wurde auf verschiedensten Wegen die direkte Verwicklung Deutschlands in den türkischen Besetzungskrieg in Efrîn angeprangert. Es wurden gemeinsame Veranstaltungen organisiert, Widerstandskomitees gegründet und gemeinsame Protestaktionen durchgeführt. Efrîn ist weder der Anfang noch das Ende der Zusammenarbeit kurdischer und internationalistischer Organisationen in Deutschland. Spätestens seit dem Widerstand von Kobanê haben kurdische und deutsche Aktivistinnen und Aktivisten angefangen, eng miteinander zusammenzuarbeiten, voneinander zu lernen und eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Das ist gut und wichtig. Doch wir müssen an dieser Stelle auch sagen, dass die Zusammenarbeit sehr häufig hinter den Erfordernissen der aktuellen Phase zurückbleibt, also nicht schnell, entschlossen und umfassend genug erfolgt. An dieser Stelle wollen wir also die Gelegenheit nutzen, eine Kritik an den Teilen der deutschen Linken zu üben, die sich in den letzten Jahren solidarisch mit uns gezeigt haben, also an den Freundinnen und Freunden, die wir besser kennenlernen durften. Diese Kritik üben wir im Geiste der Solidarität und Genossenschaftlichkeit, die ohne eine ehrliche und regelmäßige gegenseitige Kritik nur ein Lippenbekenntnis bleiben würde. Wir wollen zu Beginn feststellen, dass der gemeinsame Widerstand in Deutschland gegen die Angriffe auf Efrîn grundlegende Schwächen der deutschen Linken zu Tage treten lässt, die älter sind als unsere Zusammenarbeit selbst. Es geht um drei zentrale Schwachpunkte, die wir gemeinsam angehen und beheben können: fehlende Gesellschaftlichkeit, Zersplitterung und die Frage nach der ideologischen Ausrichtung. Diese Schwächen führen dazu, dass breite Teile der Linken in Deutschland noch zu passiv, zu abwartend und zu wenig strategisch handeln.

Stärke aus der Organisierung der Gesellschaft schöpfen

Kommen wir zum ersten Punkt, der Gesellschaftlichkeit. Wir leben in einem Land, dessen Bevölkerung zum Großteil wenig von Erdoğan hält, deutsche Waffenexporte ablehnt und Kriegen noch immer wenig positiv gegenübersteht. Breite Teile der Gesellschaft erfahren die Systemkrise am eigenen Leib, ob durch prekäre Arbeitsverhältnisse, Verdrängung aus dem Kiez oder die Berichte von Verwandten und Freunden aus den Kriegsgebieten dieser Welt. Es macht sich also eine gewisse Stimmung im Land breit, die Ausdruck einer Unsicherheit, einer Suche ist. Ein Schüler an einer Berliner Oberschule brachte das vor Kurzem in einem Gespräch auf den Punkt: »Ich stehe an einer Kreuzung mit achtzig Abfahrten und weiß nicht, welche ich nehmen soll. Deswegen bleibe ich einfach stehen.« Die Frage ist nun, wie sensibel und aufgeschlossen die demokratischen Kräfte in Deutschland auf die Stimmung in der Gesellschaft reagieren. Wie gut kennen wir die Stimmung der Menschen? Wie oft diskutieren wir mit unserer Familie, unseren Freundinnen und Freunden oder Nachbarinnen und Nachbarn? Wie oft stellen wir Fragen und nehmen die Antworten für unsere politische Arbeit ernst, anstatt Vorträge zu halten? In Deutschland gibt es Millionen von Menschen, die prinzipiell gegen den türkischen Krieg in Efrîn sind, aus welchen Gründen auch immer. Die Frage ist, ob wir sie mit unseren Aktionen erreichen, ob wir sie aufwecken und im besten Fall organisieren. In der Linken Deutschlands zeigt sich mehr oder weniger unterschwellig eine sehr ablehnende Haltung der eigenen Gesellschaft gegenüber. Man schreibt sich zum einen auf die Fahne, für die Befreiung der Menschen zu kämpfen, und begegnet zugleich der eigenen Gesellschaft mit Ablehnung. »Eine Aktion ist nur erfolgreich, wenn durch sie Menschen organisiert werden.« So definiert Abdullah Öcalan sinngemäß das Ziel einer jeden Aktion. Inwieweit haben wir das bisher bei unseren Protesten gegen den Efrîn-Krieg berücksichtigt und geschafft? Wie viele unserer Verwandten und Bekannten sind zu unseren Demonstrationen, Veranstaltungen und Aktionen gekommen? Um die Menschen in diesem Land zu organisie-

ren, müssen wir sie berühren und dafür kämpfen, dass sie sich mit uns und unseren Zielen identifizieren. Der Kampf um Gesellschaftlichkeit ist ein langer und intensiver. Doch solange die deutsche Linke diesen Kampf nicht praktisch angeht, wird sie weiterhin so marginal und schwach bleiben, wie sie es derzeit ist. Wir müssen also gemeinsam unsere Art und Weise der Aktionen überdenken und erweitern. Kiezdemos sind ein Ansatz. Aber es muss noch mehr möglich sein: Besuche bei Verwandten, Bekannten und Nachbarn, »Widerstandscafés« in den Restaurants und Cafés unserer Nachbarschaften, offene Mikrofone auf unseren Kundgebungen könnten ein Weg zu mehr Austausch mit der eigenen Gesellschaft sein. Die demokratischen Kräfte in diesem Land werden diesen Weg gehen müssen, um ihre eigene Gesellschaft zu stärken, ein Gefühl für sie zu entwickeln und Kraft aus ihr zu schöpfen.

Eine gemeinsame politische Kultur entwickeln

Ein riesiges Problem, auf das wir immer wieder bei Bündnistreffen mit unterschiedlichen Gruppen treffen, ist die Zersplitterung der Linken in Deutschland. Man kennt sich nicht, mag sich nicht und respektiert sich noch weniger. Politische, ideologische und organisatorische Auseinandersetzungen über die eigene Kleingruppe hinaus bleiben entweder komplett aus oder werden sehr oberflächlich geführt. Lieber bleibt man der eigenen Kleingruppe verhaftet, als sich in Ruhe miteinander auseinanderzusetzen. Obwohl viele diesen Zustand beklagen, lassen die wenigsten daraus praktische politische Folgen entstehen. Als würde die aktuelle Phase es zulassen, weiter vereinzelt und schwach zu bleiben. An zahlreichen Orten in der Bundesrepublik kommen nun seit Wochen im Rahmen der Efrîn-Widerstandskomitees Gruppen zusammen, die sich noch vor Kurzem nur von Weitem beäugt haben. Wir sind froh darüber und sehen auch, dass wir als kurdische Bewegung eine Rolle dabei spielen können, die verschiedenen Gruppen an einen Tisch zu bringen. Aber wir müssen ganz ehrlich sehen, dass das fehlende Vertrauen, das Konkurrenzdenken und die fehlende gemeinsame Praxis der Linken in Deutschland unseren Widerstand gegen den Efrîn-Krieg enorm erschweren. Es führt dazu, dass wir viel zu langsam handeln. Teilweise hat es Wochen gedauert, bis lokal eine gemeinsame Praxis entwickelt werden konnte. Da waren die türkische Armee und ihre islamistischen Verbündeten schon kilometerweit nach Efrîn vorgedrungen, dutzende unserer Freundinnen und Freunde gefallen. Die Zersplitterung der Linken hierzulande hat zur Folge, dass unser Feind, seien es nun deutsche oder türkische Faschisten, weitgehend ungehindert ihre Politik verfolgen können. Das hat in Kurdistan noch einmal ganz andere Folgen als in Deutschland. Denn in Efrîn fallen unsere Freundinnen und Freunde, weil wir die Waffenexporte nicht verhindern. Dort wird gegen unsere Träume Krieg geführt, weil wir die Verantwortlichen



»Der Angriff auf Efrîn ist ein Angriff auf alle demokratischen Kräfte dieser Welt.« Foto: ANF

in Deutschland nicht zu einer anderen Politik zwingen. Die Unfähigkeit, zusammen Politik zu betreiben, hat also sehr weitreichende praktische Folgen für uns, unseren Kampf und die Menschen, die uns am Herzen liegen. Wir alle tragen dafür die Verantwortung. Wäre die deutsche Linke nicht so sehr damit beschäftigt, sich voneinander abzugrenzen und sich in Kleinstkämpfen untereinander zu verlieren, könnte sie sich gemeinsam mit der kurdischen Bewegung an die Umsetzung des eigentlichen Ziels machen: breite Bündnisse lokal und bundesweit mit allen demokratischen Kräften aufbauen, von den Gewerkschaften über Kirchen bis hin zu Basisinitiativen und revolutionären Gruppen.

Wissen, wofür man kämpft

Wir alle träumen von einer anderen Welt. Efrîn, Rojava und die Demokratische Föderation Nordsyrien zeigen uns, dass unser Traum schon heute Wirklichkeit werden kann. Deshalb sind seit dem Beginn der Angriffe auf Efrîn hunderttausende Menschen in Deutschland auf die Straße gegangen und haben auf verschiedensten Wegen klargemacht, dass sie ihren Traum verteidigen werden. Das zeigt, wie verbunden sich viele Menschen mit der Revolution in Kurdistan fühlen. Gleichzeitig sehen wir bei unseren deutschen Freundinnen und Freunden häufig, dass sie sich sehr wenig Zeit für eine ideologische Auseinandersetzung mit unserer Bewegung nehmen. Generell kommt es uns so vor, als würde recht wenig Zeit für Bildung und ideologische Auseinandersetzungen aufgewendet. Die Stärke des Widerstandes in Efrîn basiert zu einem großen Teil auf dem Glauben der Menschen an die Idee des demokratischen Konföderalismus. Sie wissen, dass sie für das Richtige kämpfen und es sich lohnt, dafür alles zu geben. Ihr Widerstand ist ein ideologischer Widerstand. Deshalb können sie seit so langer Zeit den Angriffen der hochgerüsteten türkischen Armee einen derart entschlossenen Widerstand entgegensetzen. Die demokratischen Kräfte in Deutschland sind nicht nur organisatorisch und politisch schwach, sondern auch ideologisch. Gibt es in unserem Land heute eine Kraft, die ideologisch gefestigt ist und von der Gesellschaft ernst genommen wird? Hat sich die Linke hierzulande mit der eigenen Geschichte, den Lehren aus dem Realsozialismus und der europäischen Geschichte demokratischer Zivilisation auseinandergesetzt? Inwiefern gelingt es ihr, ideologisch umfassend zu denken und zu leben? Wir sehen eine Gefahr darin, dass sich viele unserer Freundinnen und Freunde in Deutschland nicht tiefgreifend mit der Ideologie Abdullah Öcalans und der kurdischen Bewegung auseinandersetzen. Denn wir müssen anerkennen, dass die jahrzehntelange Staatspropaganda gegen unsere Bewegungen in allen Köpfen ihre Spuren hinterlassen hat. Unsere Bewegung wird als terroristisch, unmündig oder impulsiv stigmatisiert. Der wirksamste Weg, diese Vorurteile zu brechen, die unsere gemeinsame politische Arbeit auch heute noch behindern, ist die direkte Auseinandersetzung mit den Schriften Abdullah Öcalans und der Bewegung im Allgemeinen. Viele deutsche Freundinnen und Freunde betonen häufig, die Überlegungen Öcalans seien nicht eins zu eins auf Europa übertragbar. Das stimmt. Aber es bedeutet nicht, dass man deshalb bei den altbekannten Klassikern verharren sollte und Öcalan als Randnotiz abtun kann. Das wäre ein großer Fehler. Die Ideen Abdullah Öcalans und sein eigenes Verhalten haben Millionen von Menschen den Mut gegeben, für die Freiheit zu kämpfen. Sie haben einen Ort wie Efrîn erst möglich gemacht. Sich mit der Ideologie der kurdischen Bewegung wirklich tiefgreifend und aufgeschlossen auseinanderzusetzen, kann für die demokratischen Kräfte in Deutschland die Chance bieten, althergebrachte Gewissheiten zu überdenken und sich ideologisch für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu wappnen.

Ein gemeinsamer Demokratischer Kongress

Kritik muss immer aufbauend sein, aktuelle Gegebenheiten verständlicher werden lassen und Wege der Entwicklung aufzeigen. In diesem Sinne wollen wir unsere Kritik an unseren Freundinnen und Freunden in Deutschland mit einem Vorschlag abschließen. Unser gemeinsamer Widerstand gegen die Angriffe auf Efrîn lässt uns näher zusammenrücken. Wir lernen uns besser kennen, entwickeln gemeinsame Ziele und eine gemeinsame Praxis. Damit hätten wir schon viel früher beginnen müssen. Die Möglichkeiten bestehen seit dem Tag, an dem demokratische Kurdinnen und Kurden in Deutschland begonnen haben sich zu organisieren. Dieser Tag liegt ca. vierzig Jahre zurück. Seit Kobanê haben wir viel in dieser Richtung erreicht, was sich auch daran zeigt, dass so vielfältige Gruppen und Personen zur Verteidigung Efrîns zusammenkommen. Unsere Verantwortung liegt darin, diesen Moment zu etwas Langfristigem zu machen. Also unsere Widerstandskomitees nicht nur als Übergangslösung zu begreifen, sondern zu einem kontinuierlichen Rahmen weiterzuentwickeln. Es ist unsere Verantwortung, die Perspektive unserer Bewegung in die Tat umzusetzen: den Aufbau lokaler, regionaler und globaler Demokratischer Kongresse. Also breiter, offener und widerstandsfähiger Bündnisse, die eine gemeinsame Politik für die Sache der Freiheit durchsetzen. Das wird bedeuten, dass wir noch mehr Gruppen dazugewinnen, noch mehr Themen aufgreifen und noch mehr Kraft in unsere Zusammenarbeit stecken. Denn die gemeinsame Organisierung unter dem Dach eines Demokratischen Kongresses, ob auf lokaler, regionaler oder globaler Ebene, ist angesichts der Größe und Dringlichkeit unseres Kampfes keine Option, sondern eine Notwendigkeit. Lasst uns also heute gemeinsam Efrîn verteidigen, um morgen gemeinsam die Freiheit auf der ganzen Welt zu verteidigen, auch hier in Deutschland!

Das Permanente Völkertribunal tagte in Paris

Nicht bestrafen, aber Verantwortlichkeiten feststellen

Meral Çiçek

Die französische Hauptstadt Paris war im vergangenen April Schauplatz eines wichtigen Prozesses. Gegenstand waren die Kriegsverbrechen des türkischen Staates gegen KurdInnen. Der türkische Staat, vertreten durch den Präsidenten Erdoğan, wurde angeklagt. Jedoch nicht vor einem »ordentlichen« Gericht, sondern vor dem Permanenten Völkertribunal. Bei diesem handelt es sich um eine von staatlichen Instanzen unabhängige, international tätige Institution, die Sachverhalte untersucht, bei denen es um Menschenrechtsverletzungen oder Verletzungen der Rechte von Völkern geht. Es wurde 1979 in Anlehnung an die Russell-Tribunale gegründet. Die erste Sitzung des Tribunals fand in Brüssel zur West-Sahara statt. Die Sitzung zur Türkei und den KurdInnen in Paris ist das 38. Tribunal; es hat in den vergangenen 40 Jahren an unterschiedlichen Orten der Welt zu verschiedenen systematischen Verbrechen stattgefunden. Hierzu gehören neben Menschenrechtsverletzungen in lateinamerikanischen Ländern (El Salvador, Guatemala, Puerto Rico, Brasilien, Kolumbien) auch Verbrechen, die durch die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank verursacht worden sind, der Genozid an den Armeniern oder auch das Asylrecht in Europa.

Da es sich bei dem Permanenten Völkertribunal um eine von staatlichen Instanzen unabhängige Institution handelt, sind seine Urteile auch nicht bindend bzw. verfügt es nicht über rechtliche Sanktionskraft. Aber das ist auch nicht Sinn und Zweck seiner Existenz. Denn einerseits schuldet das Völkertribunal seine Existenz dem Fehlen eines zuständigen internationalen Gerichts, das über von Individuen erbrachte Beschwerden und Anschuldigungen, die jedoch in kollektiver Dimension begriffen werden müssen, richten und urteilen kann. Dadurch zeigt es eine große Leerstelle im internationalen (oder eher zwischenstaatlichen) Rechtssystem auf. In diesem Sinne ist das Permanente Völkertribunal, so wie das Russell-Tribunal, mit der Zeit zu einer Art Beschwerdeinstanz von Völkern und Gemeinschaften geworden, die die Unfähigkeit bzw. die Unwilligkeit von internationalem Recht, ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, selbst erlebt haben. Und deshalb geht es nicht in erster Linie um die Bestrafung der Verantwortlichen und Schuldigen, sondern vor allem um Wahrheit, Erinnerung und moralische Entschädigung. Dazu kommt natürlich die Bestätigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit bzw. der Schuld der staatlichen Stellen. Wir wissen alle, dass internationale Gerichte, die von Staaten gegründet und finanziert werden, nicht unabhängig, sondern entsprechend politischen Interessen und Entscheidungen handeln. Deshalb kann über diese Gerichte nie wirklich Gerechtigkeit hergestellt und Wahrheit aufgedeckt werden. Denn leider stehen Staaten in unserem heutigen Weltsystem über den Völkern und nicht umgekehrt.

KurdInnen, ob als Privatpersonen oder Gruppe, wenden sich schon seit Jahrzehnten an internationale Rechtsinstanzen und -institutionen, um einerseits auf dem Feld des Rechtes gegen staatliche Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen anzukämpfen und um andererseits Gerechtigkeit zu erfahren. Das heißt, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und eine Bestrafung zu erwirken. Bisher haben diese Bemühungen jedoch kaum Erfolg mit sich gebracht. Und dabei denke ich nicht nur an die Verbrechen des türkischen Staates in den vergangenen 40 Jahren, sondern auch an dessen genozidale Verbrechen vor und nach Gründung der Republik sowie an die Verbrechen der anderen drei Staaten, die das Land der KurdInnen besetzen. Hinzu kommt die Ausblendung der kollektiven Dimension, die nur allzu oft von Gerichten vorgenommen wird. Nehmen wir den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) mit Sitz in Strasbourg. Tausende, vielleicht gar Zehntausende KurdInnen haben sich in den vergangenen 20 Jahren an den EGMR wegen Verbrechen des türkischen Staates wie Folter, extralegale Exekutionen, Dorfzerstörungen etc. gewandt, doch sind diese nicht nur als individuelle Vorfälle behandelt worden, sondern endeten meist mit einer Geldstrafe, die vom Staat an den/die KlägerIn zu entrichten ist. Aber wie kann ein Entschädigungsurteil über die Zerstörung eines Dorfhauses das Verbrechen systematischer Dorfzerstörungen, der Folter, geschlechtsspezifischer Gewalt und extralegaler Exekutionen während der berüchtigten Dorfrazzien sowie die Zwangsvertreibung der BewohnerInnen einfach ausblenden?

Können wir in diesen Fällen überhaupt von Recht und Gerechtigkeit sprechen?

Wohl eher nicht. Und deshalb kam dem Permanenten Völkertribunal zur Türkei und den KurdInnen so große Bedeutung zu – nicht primär in strafrechtlicher Hinsicht, sondern vor allem wegen der Anerkennung und Ächtung der organisierten Verbrechen des türkischen Staates gegen das kurdische Volk. Es bleiben die Hoffnung und der Glaube, dass die Verantwortlichen irgendwann für ihre Verbrechen bestraft werden. Dieser Wille ist so stark wie eh und je. Nicht nur, damit die Mörder und Verbrecher zur Rechenschaft gezogen werden, sondern auch damit die viel zu vielen Opfer türkischer Staatsverbrechen irgendwann die Möglichkeit erhalten, ihr Leid vorzutragen und Gerechtigkeit zu erfahren.

Da sie bisher kaum die Möglichkeit dazu gehabt hatten, fiel es den vielen ZeugInnen während des zweitägigen Tribunals oft schwer, ohne politische Wertung die Fragen der Anklage zu beantworten. Denn erstens ist alles, was geschehen ist und noch immer geschieht, politisch – zwei Tage nach dem Tribunal sind das türkische Militär und seine verbündeten Dschihadisten in Efrîn-Stadt einmarschiert – und kann deshalb gar nicht von der politischen Lage in der Türkei und der kurdischen Frage als Politikum gesondert betrachtet werden. Hinzu kommt, dass KurdInnen und politische Oppositionelle in der Türkei daran gewöhnt sind, in Gerichtssälen auf der Anklagebank zu sitzen. Oder wie es Ahmet Nesin, türkischer Kolumnist und Sohn des türkischen Schriftstellers Aziz Nesin, während seiner Zeugenaussage zu Todesschwadronen ausgedrückt hat: »Normalerweise stehen wir als Angeklagte, nicht als ZeugInnen vor Gericht.«

Normalerweise stehen wir als Angeklagte, nicht als ZeugInnen vor Gericht.

Als AnklägerInnen fungiert haben der belgische Rechtsanwalt und Generalsekretär der Internationalen Vereinigung demokratischer AnwältInnen (IADL) Jan Fermon und die italienische Menschenrechtsanwältin Sara Montinaro. Monatelang hatten sie recherchiert, um die über 100 Seiten lange Anklageschrift vorzubereiten. Sie hatten eine extrem schwere Aufgabe zu bewältigen, denn sie mussten zwischen Hunderten, wenn nicht Tausenden Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates an KurdInnen eine Auswahl treffen, die die ganze Dimension aufzeigt und andererseits in dem kurzen Zeitraum von zwei Tagen zu behandeln ist.

Dabei ging es ihnen auch um völkerrechtliche Feststellungen, die grundsätzliche politische Fragen beantworten. Zunächst um die Frage, ob es sich im Konflikt selbst um einen – wie von der türkischen Republik immer behauptet – Kampf gegen Terror oder um einen bewaffneten Konflikt handelt. Die AnklägerInnen selbst vertraten die Position, dass es sich nach Völkerrecht um einen bewaffneten Konflikt handelt, dem die Leugnung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes durch den türkischen Staat zugrunde liegt. Dies wurde in der Anklageschrift als Quelle der Menschenrechtsverletzungen gedeutet. Das ist insofern von Bedeutung, als sich das anzuwendende Recht (in diesem Fall Völkerrecht und Kriegsrecht) daraus ableitet. Dann forderten die AnklägerInnen die RichterInnen dazu auf, die strafrechtliche Verantwortlichkeit des türkischen Staates bei Kriegsverbrechen festzustellen. Hinzu kommt die Schuld von Individuen, in diesem Fall die des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan als Hauptangeklagtem und des Generals Adem Huduti. Die Anklagevertretung hat immer wieder unterstrichen, dass die Verstöße der türkischen Republik und ihrer Vertreter gegen das kurdische Volk und seine Organisationen nach internationalem Recht und humanitärem Völkerrecht als organisierter und kontinuierlicher Prozess erfasst werden müssten. Das heißt, es ist nicht Sache einer einzelnen Regierung, sondern einer kriminellen Organisation in Staatsform. Die türkischen Regierungsvertreter waren offiziell zu ihrer Verteidigung geladen worden, hatten jedoch nicht reagiert. Ihnen wurde vor allem ihre bestimmende Rolle bei den Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen 2015/2016 in den kurdischen Städten zur Last gelegt. In der Anklageschrift heißt es zur besonderen Schuld des türkischen Präsidenten Erdoğan:

Er war der politische Hauptverantwortliche für die Entwicklung, die zu den Auseinandersetzungen von 2015/2016 geführt hat. Er hat diese Konfrontation bewusst gesucht, um nationalistische und chauvinistische Tendenzen in der türkischen Gesellschaft zu schüren und um in bestimmten Teilen der Bevölkerung Angst zu erzeugen; um die Kräfte innerhalb der türkischen Gesellschaft, die eine verhandelte Lösung des Konflikts mit den KurdInnen befürworten, zu diffamieren und Druck auf diese auszuüben und sie bei den Wahlen im November 2015 zurückzudrängen, nachdem sie bei den Wahlen im Juni 2015 einen relativen Erfolg verbuchen konnten.

Durch seine Erklärungen, die sowohl die in den Konfliktgebieten lebenden KurdInnen als auch ihre gewählten VertreterInnen willkürlich als »TerroristInnen« brandmarkten, hat der türkische Präsident das Militär und die Polizeikräfte dazu angestachelt und legitimiert, extreme und vollkommen unverhältnismäßige Gewalt bei den Operationen sowohl gegen bewaffnete kurdische KämpferInnen als auch gegen die Zivilbevölkerung anzuwenden.

Der zweite Hauptangeklagte General Adem Huduti war von 2014 bis 2016 Kommandeur der 2. Armee der türkischen Landstreitkräfte und in dieser Position für den Schutz der Grenzen zu Syrien, Iran und Irak zuständig. In der Anklageschrift wird er als Hauptarchitekt der *combined operations* von Militärkräften, von Gendarmerie, von Polizei und Paramilitär 2015/2016 in den kurdischen Gebieten genannt. Interessant an der Person Huduti ist, dass er im Zuge des Putschversuches in der Türkei 2016 als ranghöchster General verhaftet wurde. Beschuldigt wird er, als Mitglied der Fethullah-Gülen-Bewegung Teil der Verschwörung gegen die AKP-Regierung zu sein. Gefordert wird erschwerte lebenslange Haft. Natürlich nicht für die Kriegsverbrechen, die unter seiner Leitung in Kurdistan begangen worden sind.

Die zweitägige Sitzung war inhaltlich sehr breit gefasst. Dutzende ZeugInnen haben zu Verbrechen ausgesagt, die in den vergangenen 30 Jahren vom türkischen Staat begangen worden sind. Vor allem die Kriegsverbrechen, die im Zeitraum vom 1. Juni 2015 bis zum 1. Januar 2017 während des Widerstandes für Selbstverwaltung in Sûr, Cizîr (Cizre) und Nisêbîn (Nusaybin) stattfanden, wurden gesondert behandelt. Video- und Tonaufnahmen sowie ZeugInnenaussagen von jungen Menschen, die über Skype zugeschaltet darüber berichteten, wie der türkische Staat Dutzende in Kellern eingeschlossene Menschen bei lebendigem Leib angezündet hatte, gehörten zu den emotional schwersten Momenten während des Tribunals. Hunderte Menschen, die aus aller Welt zum Tribunal nach Paris angereist waren, ZeugInnen und RichterInnen, hörten die Schreie der Menschen, die sich in Cizîr in einem dieser »Todeskeller« befunden hatten. Wir hörten selbst, wie die Polizei die eingesperrten Menschen plötzlich angriff, während die HDP-Abgeordnete Meral Danış Beştaş dem kurdischen Politiker Mehmet Yavuzel am Telefon noch versicherte, die Polizei würde sie nun nach Absprache mit dem Ministerium aus dem Gebäude treten lassen. Mehmet Yavuzel war Parteiratsmitglied der DBP, der Partei der Demokratischen Regionen. Er war 23 Jahre alt.

Besondere Gewichtung erhielt auch die Ermordung der Mitglieder der kurdischen Frauenbewegung Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez am 9. Januar 2013 in Paris durch



Die französische Hauptstadt Paris war im vergangenen April Schauplatz eines wichtigen Prozesses. Gegenstand waren die Kriegsverbrechen des türkischen Staates gegen KurdInnen. Der türkische Staat, vertreten durch den Präsidenten Erdoğan, wurde angeklagt. Jedoch nicht vor einem »ordentlichen« Gericht, sondern vor dem Permanenten Völkertribunal. Foto: ANF



ANF

den vor Beginn der Verhandlung verstorbenen vermutlichen Mitarbeiter des türkischen Geheimdienstes MIT, Ömer Güney. In diesem Zusammenhang hatte der Tagungsort des Tribunals auch symbolischen Charakter. Neben ZeugInnenaussagen wurde auch ein Video mit Aussagen von MIT-Agenten gezeigt, die in PKK-Gefangenschaft entstanden waren. In diesem Video bestätigen türkische Geheimdienstler, dass es sich hierbei um einen Auftragsmord des MIT gehandelt habe. Außerdem wurde auf weitere politische Attentate in Paris eingegangen.

Nach einer einleitenden Sitzung und der Kontextualisierung des Rechts auf Selbstbestimmung für das kurdische Volk wurden neben den oben genannten Verbrechen das Roboskî-Massaker, geschlechtsspezifische staatliche Gewalt, Todesschwadronen, die Ermordung von Musa Anter, die Bombardierung der Gebäude der Tageszeitung Özgür Ülke und der Parteizentrale der DEP (Demokratie-Partei), das Massaker von Güçlükonak, die Verschleppung von Abdullah Öcalan, die Unterstützung terroristischer Organisationen durch die Türkei sowie Geheimdienstaktivitäten auf europäischem Boden zum Gegenstand der Anklage gemacht. Dabei ging es der Anklage vor allem um die Feststellung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit der türkischen Republik sowie Empfehlungen an Staaten, wie die Republik Türkei und deren politische Vertreter für diese Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden können.

In dieser Sache zu urteilen hat das Permanente Völkertribunal sieben unabhängige RichterInnen aus verschiedenen Ländern ernannt: den Hamburger Völkerrechtler Norman Paech, die italienische Politikerin, Journalistin und ehemalige Europaparlamentarierin Luciana Castellina, die portugiesische Friedensforscherin Teresa Almeida Cravo, den irischen UN-Mitarbeiter Denis J. Halliday, das algerische Gründungsmitglied des Tribunals Majid Benchikh, den italienischen Richter Domenico Gallo und den jetzigen Vorsitzenden des Tribunals Philippe Texier. Sie werden ihr Urteil spätestens im Juni auf einer Pressekonferenz im Europaparlament in Brüssel bekannt geben.

Die Erwartung, dass das Urteil der RichterInnen in naher Zukunft politische oder strafrechtliche Konsequenzen für den türkischen Staat mit sich bringen werde, sollte nicht allzu hoch sein. Davon ist nicht auszugehen mit Blick auf die Lage in den kurdischen Gebieten und die Haltung der internationalen Staatengemeinschaft zur Türkei. Aber das Tribunal selbst sollte als Teil des langen Kampfes für Wahrheitsfindung und Gerechtigkeit in Kurdistan gesehen werden. Zugleich ist es auch ein Anfang. Denn irgendwann wird der Tag kommen, an dem die politisch Verantwortlichen für die unzähligen Kriegsverbrechen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn nicht heute, dann morgen. Wenn nicht morgen, dann übermorgen. Aber der Tag wird kommen. Und bis dahin gibt es weder Vergeben noch Vergessen. ♦

Die Geschichte der Zeitung Welat:

Dutzende Male geschlossen und nun ohne Druckerei

Nurhak Yılmaz, Gazete Karınca 02.04.2018

Auf Kurdisch heißt »Azadîya Welat« »Freiheit der Heimat« oder »Freie Heimat«. Es ist der Name einer auf Kurdisch herausgegebenen Zeitung. Die Leserinnen und Leser von Gazete Karınca werden es wissen, doch ich möchte es an dieser Stelle trotzdem schreiben: Alle türkischen Druckereien lehnten es ab, die Zeitung zu drucken, die in der Tradition von Zeitungen wie Welat steht, weshalb in der letzten Woche die aktuelle Ausgabe als Fotokopie verkauft werden musste.

Azadîya Welat erschien ab 1992 zunächst wöchentlich und wurde erst später täglich herausgebracht. Sie wurde geschlossen. Und wieder eröffnet. Und wieder geschlossen. Ihr Name änderte sich. So vergingen genau 26 Jahre. Die Freiheitslosung in ihrem Titel, »Azadî«, blieb stets erhalten. Es gab keinen einzigen Tag, an dem die Zeitung ihrer Verantwortung und ihrem Schicksal als einzige kurdischsprachige Zeitung in der Türkei nicht gerecht wurde.

Ihre Absicht war und ist es, in einfacher und bodenständiger Sprache zu berichten. Sie hatte keine andere Wahl, als sich ihre eigene Leserschaft und ihre eigenen Autorinnen und Autoren aufzubauen. Und so mussten sowohl die Herausgeber der Zeitung als auch ihre Leserinnen und Leser intensive Lernprozesse durchlaufen. Es gab Zeiten, in denen die Leserschaft sich beschwerte, man könne die Sprache der Zeitung nicht verstehen. Die Auflage erreichte nie die Zehntausendermarke. Hätte die niedrige Auflage nur ökonomische Folgen gehabt, wäre es nicht weiter schlimm gewesen. »Sie wird wenig gelesen«, sagte man sich und nahm dies auch als Beweis dafür, dass »Kurdisch keine angemessene Sprache« sei. Die Herausgeberinnen und Herausgeber der Zeitung erwiesen sich angesichts der Schwierigkeiten als verdiente, bescheidene und würdevolle Persönlichkeiten.

Und doch gab es Autoren und Lyriker, die hinter der Zeitung standen und auf Kurdisch schrieben, als sie mit »einer unbekannten Sprache« den dunklen und langen Tunnel durchquert hatte. Die Kommentarspalten wurden auf Kurdisch verfasst. Die Zeitung versammelte Schülerinnen und Schüler, Frauen und Männer um sich, die für ihre Muttersprache Verantwortung übernehmen wollten. Diese kleine Zeitung, die nicht einmal zehntausend Leserinnen und Leser hatte, wurde somit zu einer Art »Schule«. Es gab sogar Tage, an denen die Beamten des Außenministeriums die Zeitung in ihrer Tasche trugen, um zu beweisen, dass es in der Türkei keinerlei Unterdrückung der kurdischen Sprache gäbe.

Bevor wir das Wort an den Redakteur Çetin Altun weitergeben, der sich zwölf Jahre um die Zeitung verdient machte, möchte ich noch einmal wiederholen: Die Zeitung wurde in der letzten Woche zur Aufgabe ihrer Print-Version gezwungen, da keine einzige Druckerei in der Türkei bereit war, sie zu drucken.

Vor dem Hintergrund der 26-jährigen Geschichte der Zeitung: Was bedeutet es, auf Kurdisch Journalismus zu betreiben?

Kurdisch ist eine Sprache, die permanentem Druck und Angriffen ausgesetzt ist. Es ist eine verbotene Sprache. In dieser Sprache zu veröffentlichen, also in einer verbotenen Sprache zu schreiben, ist sehr schwer.

Am allerwichtigsten ist es, die Sprache sprechen und verstehen zu können. Journalistinnen und Journalisten wissen, wovon ich rede, wenn ich sage, dass man als Journalist sehr vertraut mit der Sprache sein muss. Man muss sie beherrschen, damit die Nachrichten in der klarsten und verständlichsten Weise verfasst werden können. Dabei versuchen wir mit einer Sprache journalistisch zu arbeiten, die wir zwar sprechen, in der wir aber noch nie geschrieben hatten.

Unsere Nachrichtenquellen berichten z. B. meist auf Türkisch. Wir schreiben also auf Türkisch und übersetzen unsere Artikel dann auf Kurdisch. Unsere Nachrichtenquelle hat ihre Informationen an uns auf Türkisch weitergegeben und wir müssen nun versuchen, sie soweit wir können zu vereinfachen und ins

Kurdische zu übersetzen. Haben wir keine Nachrichtenquellen, die Kurdisch sprechen? Natürlich gibt es sie. Es ist das größte Vergnügen kurdisch schreibender Journalisten, wenn die Nachrichtenquelle kurdisch ist. Denn dann kannst du dem Leser die Nachricht so vermitteln, wie sie dich erreicht hat.

Doch der Leser und die Leserin verfügen selbst nicht über Bildung in Kurdisch. Wir müssen also so schreiben, dass jedes Wort verstanden werden kann. Die wichtigste Frage für uns war jahrelang, ob unserer Leserinnen und Leser uns verstehen. Wir erhielten oft Beschwerden, man würde unsere Artikel nicht verstehen. Und wir fanden die Kritik stets berechtigt. Denn unsere Leserschaft hatte nie Bildung in Kurdisch erhalten und sollte nun plötzlich eine Zeitung auf Kurdisch lesen.

Das gilt natürlich nicht nur für die kurdische Sprache. Wenn es z. B. keinen Türkischunterricht gäbe und man in irgendeinem Dorf in Mittelanatolien einer Person eine türkische Zeitung geben würde, wäre ihre Frage sicherlich auch: »Was steht hier geschrieben?«

Wie ich bereits sagte, es ist noch schwerer als sonst, in einer verbotenen Sprache journalistisch zu arbeiten. Von dem Druck, den körperlichen Übergriffen und Festnahmen ganz zu schweigen.

Wir sprechen von einer Zeitung, die trotz aller Widrigkeiten von 1992 bis 2018 ihre Arbeit fortsetzte. Was sind die Gründe für dieses Durchhaltevermögen?

Es gibt eines, das wir immer betonen: Wir betrachten unsere Zeitung nicht nur als eine Zeitung. Sie ist zugleich auch eine Art Bildungsinstitution für eine Gesellschaft, die keinerlei Bildung in ihrer Muttersprache erhalten hat. Wir haben jahrelang gegen die Assimilation Widerstand geleistet. Wir kennen viele Menschen, die durch unsere Zeitung Kurdisch gelernt haben. Ich selbst gehöre zu ihnen. Im Zuge meiner Arbeit für die Zeitung habe ich mein Kurdisch weiterentwickeln können. Unsere Zeitung Azadiya Welat hat zahlreiche kurdische Schriftstellerinnen und Schriftsteller hervorgebracht. Viele derer, die heute Romane, Geschichten oder Gedichte in Kurdisch schreiben, haben es durch unsere Zeitung gelernt. In diesem Sinne hat sie eine Art Bildungsfunktion erfüllt. Doch dies blieb auf einen bestimmten Kreis, auf eine bestimmte Leserschaft begrenzt.

Warum?

Der Hauptgrund ist die Unkenntnis der Sprache. Das hat mit damit zu tun, dass es keinen Sprachunterricht gibt.

Wer hat Azadîya Welat am meisten gelesen? Wo erreichte sie z. B. ihre höchste Auflage?

Die Orte mit den bisher höchsten Auflagen sind Cizîr (Cizre), Silopiya (Silopi), Nisêbîn (Nusaybin) und Gever (Yüksekova). In Qoser (Kızıltepe) und Amed (Diyarbakır) wird die Zeitung auch gelesen, wenn auch nicht mit einer derart hohen Auflage. Zu der Zeit, als sich die Redaktion der Zeitung in Istanbul befand und die Zeitung wöchentlich erschien, wurde sie auch in Istanbul viel gelesen.

In den 2000er Jahren wurden durch die Kommunalverwaltungen kurdische Kindergärten, Schulen und Verlage eröffnet. Das Interesse an kurdischer Literatur stieg. Wie wurde Azadîya Welat von diesen Entwicklungen beeinflusst?

Unsere Leserschaft war stets beständig. Manchmal erreichten wir 10.000 Leserinnen und Leser, meist jedoch ca. 6.000. Wir hatten zu großen Teilen eine Stammleserschaft.

Wenn wir diese Phase im Hinblick auf die kurdische Sprache betrachten, können wir beobachten, dass mit der Aufhebung der Verbote der kurdischen Sprache und der kurdischen Verlage kurdische Bücher plötzlich sogar von Verlagen gedruckt wurden, von denen wir uns das nie erhofft hätten. Zu dieser Zeit entwickelte sich ein Markt für die kurdische Sprache.

Aber wir dachten zu dieser Zeit, dass das Kurdische ein Mittel zum Zweck wurde. Die Schritte, die für das Kurdische getan wurden, waren vorherzusehen. Es gibt das Beispiel TRT6 *[erster staatlicher Fernsehsender der Türkei in kurdischer Sprache, ab 2015 TRT Kurdî]*. Auch die Agentur Anadolu eröffnete einen kurdischen Zweig.

Als TRT6 eröffnet wurde, gab es auch in kurdischen Kreisen viele Diskussionen. Es gab sehr verschiedene Meinungen.

Es gab Stimmen, die sagten: »Hauptsache, es wird auf Kurdisch gesendet. Wer das macht, ist nicht wichtig«, andere: »Warum nicht? Das sind auch Sendungen. Warum sollte das ein Hindernis für die kurdische Sprache sein? Es kann sogar einen Beitrag zur Entwicklung des Kurdischen leisten.«

Doch für mich ist der Inhalt ausschlaggebend. Meiner Meinung nach veränderte sich durch TRT6 und den kurdischen Zweig von Anadolu nur eines: Die Lügen der türkischen Medien wurden nun auch auf Kurdisch verbreitet. Daher bekam auch die kurdische Sprache keine größere Aufmerksamkeit.

Außerdem wurden einerseits Veröffentlichungen auf Kurdisch zugelassen, andererseits aber Sänger, die auf Kurdisch sangen, oder sogar Menschen, die Lieder nur pfiffen, inhaftiert.

Es gibt das Beispiel Radio Jerewan, das vom armenischen Staat eröffnet wurde. Sehen wir uns einmal an, welche Fortschritte durch diesen Radiosender erzielt wurden, der über Jahre jeden Tag eine einstündige Sendung auf Kurdisch sendete. Mit dieser einstündigen Sendung wurde ein Zugang zum umfangreichen Erbe der kurdischen Sprache und Kultur eröffnet. Dabei leben nur sehr wenige Kurdinnen und Kurden in Armenien, in der Umgebung des Bergs Elegez gibt es 13 kurdische Dörfer und im Zentrum von Jerewan leben vielleicht einige wenige.

Auch in den Kurdischkursen an den Universitäten Russlands wurden sehr bedeutende kurdische Intellektuelle geformt. Sie sind für viele wichtige akademische Forschungsarbeiten verantwortlich.

Auch an türkischen Universitäten wurden Kurdischkurse eröffnet …

Ja, auch an Universitäten in der Türkei wurden Kurdischkurse angeboten. Aber was kam dabei heraus? Gab es irgendeinen erwähnenswerten Beitrag zur kurdischen Sprache? Wie ich bereits erklärte, gibt es viele Beispiele dafür, wie die kurdische Sprache als Mittel zum Zweck benutzt wurde. Sie wurde zum Gegenstand der alltäglichen Politik oder zum Verhandlungsgegenstand während des Wahlkampfes. Hervorstechend war das Zeigen kurdischsprachiger Korane auf Kundgebungen.

Sie werden sich vielleicht daran erinnern, dass in den 1990er Jahren Beamte des türkischen Außenministeriums die Azadîya Welat auf ihren Reisen nach Europa mit sich trugen. Sie versuchten auf diesem Weg den Eindruck zu vermitteln, als gäbe es keinerlei Druck auf die kurdische Sprache in der Türkei, und betonten, dass in der Türkei auch auf Kurdisch veröffentlicht werden könne. Abdullah Gül sagte zu seiner Zeit als Präsident im Europaparlament: »Kurdisch ist in unserem Land nicht verboten. Es gibt Zeitungen, die auf Kurdisch erscheinen.« Das war also die Bedeutung der Zeitung Azadîya Welat. Sie war klein, hatte aber einen großen Einfluss.

Betrachtete man damals die Situation von Europa oder der anderen Seite der Welt aus, so konnte man natürlich davon sprechen, dass in der Türkei eine Zeitung auf Kurdisch erschien. Aber niemand wusste damals, was alles unternommen wurde, um die Auflage zu drücken, wie schwer es war, eine Druckerei zu finden, und dass es unmöglich war, sie in den Städten zu verkaufen.

Du sprachst davon, dass die Zeitung zugleich eine Schule war, in der Kurdisch gelernt wurde. Wer durchlief diese »Schule«? Konkreter gefragt, wie sah das Profil der Zeitung aus?

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren Menschen, die einen Beitrag zur kurdischen Sprache leisten wollten. Menschen, die gegenüber der kurdischen Sprache aufmerksam waren, ihre Sprache verbessern wollten und in dieser Hinsicht auf der Suche waren, arbeiteten bei Azadîya Welat. In diesem Zusammenhang durchliefen sie auch viele schwierige Phasen. Auch ich gehörte zu denen, die mit derartigen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Ich versuchte in einer Sprache Journalismus zu betreiben, die ich als gesprochene Sprache und nicht als Schriftsprache kannte. Mit jeder einzelnen Schwierigkeit kämpfte ich. Es war wirklich keine einfache Situation.

Kommen wir zum wichtigsten Thema. Eine Zeitung, die seit 26 Jahren erscheint, findet nun keine Druckerei mehr. Wie kam es dazu?

Am Morgen des 28. März kamen wir in die Redaktion. Am Tag zuvor war die Druckerei Gün, in der die Zeitung Özgürlükçü Demokrasi und unsere Zeitung gedruckt wurden, unter Zwangsverwaltung gestellt worden. Wir arbeiteten aber zusätzlich noch mit einer weiteren Druckerei in Adana zusammen. Die Ausgaben, die in der Druckerei Gün gedruckt wurden, verkauften wir in Istanbul und Umgebung, die in Adana gedruckten Ausgaben wurden in der dortigen Region verkauft. Daher machten wir uns zunächst auch keine Sorgen darüber, dass wir die Zeitung nicht mehr drucken könnten. Wir dachten, wir würden einfach mit Adana weiter zusammenarbeiten. Und so setzten wir unsere tägliche Routine fort. Um 17 Uhr schickten wir unsere aktuelle Ausgabe zum Druck nach Adana, woraufhin der Besitzer der Druckerei anrief. Er sagte, er werde unsere Zeitung nicht drucken. Auf unsere Frage nach dem Grund antwortete er: »Die Gründe gehen über meinen Einfluss hinaus. Ich werde diese Zeitung nicht mehr drucken.«

Mit der Druckerei in Adana arbeiteten wir seit 25 Jahren zusammen. Viele Male hatten wir uns persönlich mit dem Besitzer getroffen. Stets standen wir in einem respektvollen und freundlichen Austausch miteinander. Er hatte Jahre zuvor durch den Verkauf des Goldes seiner Ehefrau und den Großteil seines Besitzes die Mittel für den Kauf der Druckerei aufgebracht. All sein Vermögen hatte er investiert. Während einer unserer Unterhaltungen hatte er mir erzählt: »Als es mir wirtschaftlich schlecht ging und in meinen schwersten Phasen habt ihr stets eure Zeitung bei mir gedruckt. Ihr habt mich nie allein gelassen. Oft kamt ihr zu uns, trotz der vielen Probleme, die wir verursachten. Ihr habt viel für uns getan. Wenn wir im-

mer wieder große Fehler machten und ihr eigentlich das Recht gehabt hättet, wütend zu werden, habt ihr daraus keine große Angelegenheit gemacht. Ich werde euch nie eure Gutwilligkeit vergessen.«

Kurz gefasst, als all unsere Versuche am Telefon zu keinem Ergebnis geführt hatten, schickten wir unseren Vertreter in Adana zur Druckerei, um ein persönliches Gespräch zu führen: »Geh zu ihm und erkläre ihm unsere Situation. Sag ihm, dass wir uns seit 25 Jahren kennen. In den schwersten Zeiten waren wir stets an deiner Seite, aber jetzt sind wir in einer schwierigen Lage und du lässt uns im Stich.« Unser Vertreter konnte ihn vor Ort nicht auffinden und traf sich stattdessen mit einem Verantwortlichen der Druckerei. »Druckt wenigstens unsere morgige Ausgabe. Wir haben sie ja bereits vorbereitet«, bat er die Druckerei. Mit großen Mühen konnten wir sie überzeugen und sie druckten sie noch ein Mal.

Und was geschah am nächsten Tag?

Noch am selben Abend, als unsere Zeitung in Adana gedruckt wurde, machten wir uns auf die Suche nach einer Druckerei in Istanbul und anderen Städten. In der Druckerei Gün, die unter Zwangsverwaltung stand, wurde eine Inventur durchgeführt. Wir dachten daran, dort anzurufen, vermuteten jedoch, dass wir wegen der Inventur keinen Ansprechpartner vor Ort finden würden. Also setzten wir uns mit anderen Druckereien in Istanbul in Verbindung. Sie alle lehnten es ab, unsere Zeitung zu drucken.

Auch in Amed kontaktierten wir Druckereien. »Wir würden gern weiterhelfen, aber unsere Bedingungen lassen es leider nicht zu. Unsere Technik entspricht nicht euren Anforderungen«, sagten einige. Andere sagten, sie könnten am Tag höchstens 500 Zeitungen drucken.

Wie kam das Kopieren der Zeitung auf die Tagesordnung?

Am nächsten Tag versuchten wir weiter, eine Druckerei zu finden, während wir zugleich die Ausgabe für den nächsten Tag vorbereiteten. Wir schlossen unsere täglichen Routineaufgaben ab. Um 14 Uhr wurde uns klar, dass wir keine finden würden.

Immer wieder unterhalte ich mich mit unseren Leserinnen und Lesern. Es gibt sehr viele, die unsere Zeitung seit 25 Jahren abonniert haben, sie jeden Tag kaufen und sogar archivieren. Stellen Sie sich nun vor, dass wir diesen Leserinnen und Lesern unsere Zeitung nicht mehr bereitstellen können. Für uns ist es ein essentieller Reflex, ihnen ihre Zeitung zur Verfügung zu stellen. Wir diskutierten darüber, was wir tun könnten. Überall riefen wir an, doch die Druckereien wollten unsere Zeitung nicht drucken. Daher entschieden wir uns dafür, sie einfach zu kopieren und auf diesem Weg zu verteilen.

Nach dieser Entscheidung gab es ein Treffen zur Titelseite. Jeder schlug vor, diese Situation zur Schlagzeile zu machen. Wir beschlossen die Überschrift »Sie haben Angst vor unserer Sprache«. Wir veränderten nur diesen Titel der bereits vorbereiteten Zeitung. Die anderen Seiten befassten sich ausschließlich mit den aktuellen Ereignissen im Land. Wir bereiteten die Ausgabe also vor und schickten sie per Mail an verschiedene Freundinnen und Freunde in der Stadt. Sie kopierten sie, hefteten sie zusammen und verteilten sie.

Wie reagierten die Leserinnen und Leser auf die kopierte Zeitung?

Einige unserer Leserinnen und Leser sagten, sie würden diese Ausgabe aufheben, denn sie wüssten, dass es sich hier um einen historischen Moment handele. Sie waren sich dessen bewusst. Viele sagten, es sei ihnen egal, wie und von wo wir unsere Zeitung herausbringen würden, sie würden uns stets unterstützen.

Und was passiert jetzt? Wird die Azadîya Welat nun nicht mehr herausgebracht?

Unsere Zeitung erscheint weiterhin. Wir haben das nicht beendet. Wir haben beschlossen, unsere Zeitung zukünftig auf digitalem Wege zu veröffentlichen. Die entsprechenden Vorbereitungen laufen bereits. Das bedeutet natürlich nicht, dass unsere Zeitung nie mehr in gedruckter Form erscheinen wird. Das war nicht unsere Entscheidung. Aber die derzeitigen Bedingungen lassen es nicht anders zu. Sehr bald werden wir unsere Vorbereitungen abschließen. Dann können alle, die unsere Zeitung Azadîya Welat gern lesen möchten, aber sie aufgrund der derzeitigen Umstände nicht erhalten können, sie im Internet lesen. Wir werden ab jetzt von Japan bis Amerika, von Europa bis zu allen anderen Orten auf der Welt all jenen unsere Zeitung zur Verfügung stellen, die auf Kurdisch Nachrichten lesen möchten. Azadîya Welat öffnet sich damit der gesamten Welt. ♦

Bericht über den Besuch in Nordkurdistan an Newroz

Newroz heißt Widerstand

Teilnehmerin der Newroz-Delegation 2018

Die im Herzen Kurdistans gelegene Großstadt Amed (Diyarbakır) wird auch 2018 von zahlreichen internationalen Delegationen in der Zeit rund um Newroz besucht. Neben baskischen, italienischen, französischen, norwegischen und schwedischen findet sich auch eine aus der Bundesrepublik Deutschland ein. Aus der Perspektive als Teilnehmerin der Delegation aus Deutschland ist dieser Bericht geschrieben. Civaka Azad (Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.) koordinierte diese Delegation; in Amed selbst waren wir alle Gäste der HDP (Demokratische Partei der Völker).

17.03. – Ein Meer türkischer Fahnen, endloses Helikoptergekreise und Scharfschützen auf den Dächern. So werden nicht nur wir empfangen, sondern auch der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan, der ebenfalls an diesem Tag Amed besucht. Bei seinem ersten Besuch seit zwei Jahren will er sich davon überzeugen, dass der Wiederaufbau der von ihm zerstörten Altstadt Sûr auch seinen Vorstellungen entsprechend verläuft. Zeitgleich bombardieren seine Milizen Efrîn in Nordsyrien – auch von Amed aus starten die Kampfflugzeuge.

Zwei frisch gepflasterte, breite Hauptstraßen der Altstadt sind gesäumt von Wohn- und Geschäftshäusern, die sich stark ähneln. Alles neu, alles weiß. Platz genug für die zahlreichen gepanzerten Polizeiwagen und die Fahrzeugflotte des Diktators, die martialisch an uns vorbeirauscht. Dessen Nähe zu wissen und untätig zu sein, macht ganz schön betroffen. Zu zweit flüchten wir in die Marktgassen des Joghurtbasars. Schnell stoßen wir auf die erste Barriere, die uns von der Zerstörung der ehemaligen Stadtteile Fatihpaşa, Hasırlı und Dabanoğlu trennt. Glücklicherweise lädt uns ein junger Mann in sein Haus ein. Vom Dach aus können wir das Ausmaß der Zerstörung betrachten. Einer der Hubschrauber kreist immer näher über unseren Köpfen, während wir Tee trinken, aber die Schwägerin des Freundes winkt angesichts unserer Bedenken nur ab. Die Situation ist makaber und schön zugleich. Die Abendsonne taucht die Brutalität der Verwüstung in ein wunderschönes Licht. Auf den Mauern der Ruine neben uns sitzen zwei Jungs, mit denen wir über das Victory-Zeichen kommunizieren, und wir freuen uns über die Gastfreundschaft.

18.03. – Die Freund*innen haben ein straffes Programm für die folgenden Tage aufgestellt, bestehend aus Besuchen und Gesprächen mit politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Initiativen.

Der Tag beginnt in einem Ökologie-Projekt in der Nähe der Stadt. 2017 hatte eine Gruppe von Aktivist*innen das Grundstück gemeinsam gekauft und urbar gemacht. Viele kommen und helfen beim Obst- und Gemüseanbau, Samen werden in den umliegenden Dörfern verteilt, um für den ökologischen Anbau zu werben. Regelmäßig kommen Kindergärten, um den Kindern Raum zum Spielen und den Kontakt zur Natur zu ermöglichen. Geography is a destiny.

Eine Aktivistin der Ökologiebewegung führt uns anschließend durch die jahrtausendealten Hevsel-Gärten, die als Weltkulturerbe anerkannt sind. Seit 7.000 Jahren werden die Flächen landwirtschaftlich genutzt und sind Existenzgrundlage zahlreicher Menschen. Doch nun plant das türkische Ministerium für Umwelt und Urbanisierung entlang des Tigris Parkanlagen, Picknick-Bereiche und Cafés. Die Bewegung kämpft dagegen an, befürchtet sie doch Kommerzialisierung und Zerstörung dieser einzigartigen Landschaft. Auch die Staudamm-Projekte gefährden die ökologische Infrastruktur und bedrohen zahlreiche, teilweise endemische Tier- und Pflanzenarten. Der Kampf gegen die Pläne findet nicht nur vor Gericht statt; seit Herbst 2017 bringt die Bewegung jeden Sonntag zivilgesellschaftliche und soziale Organisationen in die Gärten, um ein breites Bündnis der Solidarität zu schaffen.

19.03. – Die Sûr-Plattform, eine Dachorganisation gegen die Zerstörung der Altstadt, die von nationalen wie internationalen Institutionen und Organisationen unterstützt wird, berichtet von ihrem Kampf.

Die Transformationsprozesse, die das AKP-Regime seit Jahren durchführt, sind in ihrer Brutalität kaum zu übertreffen. Sowohl durch den Einmarsch der türkischen Sicherheitskräfte mit Panzern, Scharfschützen und Artillerie Ende 2015 als auch durch schon vorher begonnene Gentrifizierungsprozesse führt Ankara einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in Sûr. Die Geschichte der Stadt, die ganze Stadt selbst, soll neu geschrieben werden. Die spezifische soziale Struktur, die sozioökonomischen Zusammenhänge, die Kultur und Erinnerung der Menschen – das alles soll ausgelöscht und ersetzt werden durch ein neues Sûr, das sich als Touristenattraktion und als Zentrum für die wohlhabende Klasse präsentiert. Um erneuten Widerstand im Keim zu ersticken, entstehen überall Polizeistationen und die Straßen werden so breit, dass sich dort schwere Militärfahrzeuge bewegen können.

Die Auswirkungen auf die Menschen, besonders auf die Kinder, sind verheerend. Durch die Umsiedlungen in anonyme Wohnblöcke am Rande der Stadt wurden existenzielle soziale und ökonomische Netzwerke völlig zerstört. Tausende Menschen mussten fliehen, viele auch in die weiter entfernt liegenden Städte und Dörfer, weil sie sich die neuen Wohnungen nicht leisten können.

Wir besuchen die »Barış Anneleri«, die Friedensmütter. Sie haben eines gemeinsam: Alle haben Söhne, Töchter oder andere Familienangehörige im Krieg verloren. Es sind weiterhin harte Zeiten für diese Frauen, die sich für Frieden zwischen den ethnischen Gruppen in der Türkei einsetzen. Die völkerrechtswidrige Invasion in Efrîn setzt das Leid fort, weiter sterben Kinder in den andauernden Konflikten, gleichzeitig sehen sie sich selbst in Amed Verfolgung und Repression durch den türkischen Staat ausgesetzt. Ihre Wut richtet sich auch gegen die Untätigkeit der EU, die Erdoğan weiter gewähren lässt. »Wenn wir in den Westen gehen, sehen wir Schulen und Fabriken. Wenn ihr hier herkommt, was seht ihr außer Gefängnissen und Polizei und Panzern?«, fragen sie uns. »Ihr versäumt es, Erdoğan den Prozess zu machen.« Der Besuch ist sehr aufwühlend, wir weinen kollektiv. Dennoch, wir dürfen alle gemeinsam die Hoffnung nicht aufgeben, denn das ist alles, was wir haben.

Unser Besuch bleibt nicht unbehelligt. Auf der Straße fährt die Polizei auf, aber es bleibt bei Passkontrollen durch zwei Zivilpolizisten.

20.03. – Zu Gast bei der HDP finden drei Treffen statt. Wir sprechen mit Vertreter*innen der HDP, der DBP (Partei der Demokratischen Regionen) und der TJA (Bewegung Freier Frauen). Der HDP-Vertreter analysiert die Verbindung zwischen den Attacken Erdoğans auf die HDP nach den Wahlerfolgen 2015 und seinem Angriff auf Efrîn. Es ist ein Krieg



Das Motto »Newroz ist Widerstand, es ist der Frühling der Völker gegen den Faschismus« brachte die Menschen in Amed zusammen. Foto: MA

des faschistischen AKP-Regimes gegen die Freiheitsbewegung der Kurd*innen an mehreren Fronten, immer mit derselben Motivation – der Zerstörung der Bewegung. Gleichzeitig sind die Angriffe und die neuesten Bündnisse mit faschistischen und ultranationalistischen Kräften in der Türkei auch Teil von Erdoğans Wahlkampfstrategie. Diese Allianzen, die nicht einmal ideologisch zusammenpassen, sollen seinem Machterhalt dienen – denn er hat Angst. Die Angriffe sind in ihrer Brutalität kaum zu ertragen. Die Rollen, die die imperialistischen Kräfte in Syrien spielen, werden ebenso thematisiert wie das Wegschauen der internationalen Gemeinschaft. Dennoch betont er, dass die Kurd*innen gelernt hätten zu überleben. Und dass sie viele seien und der Kampf weitergehe.

Die Freund*innen der TJA berichten von der Unterdrückung und Repression, die besonders den Frauenorganisationen gelte. Der Kampf der Frauen gegen die patriarchalen Verhältnisse, für Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Befreiung, ist das, was die Faschisten zuerst attackieren. Die AKP versucht in Bakur (kurd. für »Norden«, Nordkurdistan), alle bisherigen Errungenschaften der Frauenorganisation zunichtezumachen. Der entwickelte »Gesellschaftsvertrag der Frauen«, die Anlaufstellen, zu denen sich Frauen flüchten konnten, wenn sie sich häuslicher Gewalt ausgesetzt sehen, die Nachbarschaftsräte – das alles zu zerschlagen ist des Staates oberste Priorität. Das zwingt die Frauen dazu, ihre Arbeitsweisen zu modifizieren, aber keinesfalls zu unterlassen. Ohne die Zentren, ohne finanzielle Mittel ist es umso wichtiger, als Einzelperson Teil der Bewegung zu werden.

Die Ideologie der Frauenbefreiung, die die Grundlage und die Ermutigung für die Organisierung bildet, basiert auf den Ideen Abdullah Öcalans. Der Kampf, seine Isolation zu durchbrechen, bleibt neben der Solidarität mit Efrîn und dem Kampf um die Anerkennung des kurdischen Volkes ein wichtiges Ziel.

Auch die DBP berichtet vom Krieg, den der türkische Staat gegen die demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen führt. Von den Verhaftungen der Ko-Bürgermeister*innen, von der Militarisierung im Alltagsleben, von den faschistischen und nationalistischen Angriffen, die dem politischen Spiel des Zentralstaats dienen. Auch der DBP-Vertreter, dessen Haus zerstört wurde und der monatelang ohne Anklage im Gefängnis war, betont: »Wir geben nicht auf, bis wir demokratische Verhältnisse für alle haben!«

Newroz.

21.03. – Das kurdische Neujahrsfest, Newroz, steht neben der Tradition, den Beginn des Frühlings zu feiern, besonders auch im Zeichen des Widerstands und des Kampfes um Freiheit und Identität.

Dementsprechend lautet das Motto dieses Jahr: »Newroz ist Widerstand, es ist der Frühling der Völker gegen den Faschismus.« Bestimmende Themen sind die völkerrechtswidrige Invasion der Türkei in Efrîn und die Solidarität mit den dort lebenden Menschen sowie das islamisch-konservative Erdoğan-Regime.

Deutlich mehr als 100.000 Menschen besuchen das diesjährige Newroz-Fest. Offiziell ist es von Ankara erlaubt, dennoch gibt es Versuche, möglichst viele Menschen vom Besuch abzuhalten. So erhielten Beschäftigte der Stadt »Besuch« und wurden vor die Entscheidung gestellt, entweder mit einer Unterschrift ihre Abwesenheit von der Feier zu bestätigen oder mit einer Kündigung zu rechnen. Der von Ankara 2016 ausgerufene und mittlerweile zum siebten Mal verlängerte Ausnahmezustand verbietet politische Versammlungen, weshalb das Newroz-Fest 2018 als Zeichen des Widerstands eine besondere Bedeutung hat.

Auch am Tag selbst wird der Zugang zum Platz massiv von der Polizei behindert. Zahlreiche Kontrollen und Durchsuchungen dienen der Machtdemonstration, persönliche Gegenstände wie Stifte, Tücher oder Feuerzeuge und auch Wasserflaschen werden beschlagnahmt und über vierzig Personen in Gewahrsam genommen. Weitere Auflagen erlauben nur wenige Fahnen; es dominieren diejenigen der HDP, als Hauptorganisatorin. Parolen lassen sich durch die staatliche Repression kaum verhindern; laut und kraftvoll wird immer wieder »Bijî berxwedana Efrînê« (»Es lebe der Widerstand von Efrîn«) und »Biji serok Apo« (»Es lebe der Vorsitzende Apo«) gerufen. Kämpferisch sind auch die Redebeiträge, die sich mit Musikbeiträgen auf der großen Bühne abwechseln. Pervin Buldan, die Ko-Vorsitzende der HDP, kritisiert die türkische Invasion in Efrîn. Diese bringe nichts als Barbarei und finde nur statt, weil der Staat die kurdischen Errungenschaften nicht toleriere. Die Verbundenheit zwischen den Kurdinnen und Kurden in der Türkei und in Syrien könne Ankara jedoch nicht zerstören. Auch unter den Menschen, die sich hinter der Bühnenabsperrung befinden, die dort singen, tanzen und essen, herrschen viel Wut und Frustration. Dabei wird nicht nur an Erdoğan adressiert; vielmehr richten sich die Äußerungen auch gegen die deutsche Bundesregierung, die durch Waffenlieferungen und Repression gegen die kurdische Bewegung in Deutschland direkt mitverantwortlich ist am Krieg in Efrîn. Viele der Anwesenden berichten über ihre Verwandten und Freund*innen, die in Efrîn ihr Leben verloren haben oder sich auf der Flucht befinden. Aber dennoch, das gemeinsame Feiern gibt den Menschen Kraft. Die Kurdinnen und Kurden zeigen, dass sie existieren und dass sie viele sind. Ganz gleich, wie viel Druck



Mehr als hunderttausend Menschen kamen in diesem Jahr bei der Newrozfeier in Amed zusammen. Foto: MA

ausgeübt wird, um eben diese Verbundenheit zu negieren und zu zerstören, ist Newroz der Ausdruck des gemeinsamen Kampfes und gibt den Menschen Mut und Hoffnung.

Perfide bleibt, dass wenige Tage vor dem Fest türkische und dschihadistische Truppen in Efrîn vor der von ihnen zerstörten Statue von Kawa posieren. Die Tradition, wie auch heute ein Feuer zu entzünden, darum herumzutanzen und frei über die Flammen zu springen, hat ihren Ursprung in der Mythologie, die vom Schmied Kawa erzählt, der den Widerstand gegen den Tyrannen Dehak organisierte und das Volk von der Unterdrückung befreite. Um dies zu verkünden, zündete er auf einem Berg ein Feuer an.

Nach gerade mal vier Stunden, die die Polizei die Menschen hat feiern lassen, wird die Veranstaltung aufgelöst. Zuvor hatten besonders junge Teilnehmer*innen die Absperrung des Platzes vor der Bühne überwunden und strömten auf die Fläche und die vorhandene Tribüne. Besonders in diesen Minuten herrscht eine Ausgelassenheit, der sich nur die zahlreichen zivilen Sicherheitskräfte entziehen konnten. Getanzt wurde noch intensiver, getrommelt noch lauter, Parolen wurden noch kraftvoller gerufen. Das abrupte, durch die Polizei initiierte Ende wird recht gelassen aufgenommen. »Sie stoppen uns jedes Mal so früh, aber wir genießen es so sehr wie möglich«, wie es ein junger Kurde ausdrückt.

Wir als Delegationen sehen uns in der Verantwortung, die Botschaften in unsere Länder weiterzutragen und alle Möglichkeiten zu nutzen, Druck auf die internationale Gemeinschaft auszuüben. Den Solidaritätsbekundungen in Amed müssen praktische Taten folgen, denn es ist unser gemeinsamer Kampf für unsere gemeinsamen Werte. Das ist auch der Aufruf, den die Freund*innen vor Ort immer wieder an uns richten. Die Reaktionen des türkischen Staates auf demokratische Selbstverwaltung und Basisorganisierung verdeutlichen das revolutionäre Potenzial dieser Prozesse. Diese gilt es, im Lokalen beginnend, auch international zu führen.

Im Vergleich zu den vorherigen Jahren hat sich für Personen, die weder kurdisch noch türkisch sprechen, die Zugänglichkeit zur Bevölkerung erschwert. Die Repression des Staates hat viele der lokalen Strukturen schwer beschädigt und macht die Menschen vorsichtiger. Der Ausnahmezustand wurde zum siebten Mal verlängert und dient weiterhin dazu, die gesamte Bevölkerung zu kriminalisieren, einzuschüchtern und mundtot zu machen.

Aber es gibt auch Hoffnung, besonders nach Newroz ist sie wieder deutlich stärker. Der Mut der Menschen ist ungebrochen, ebenso der Wille zur Freiheit. ♦

Boykott ist ein politischer, moralischer und gewissenhafter Protest

Es ist genau die richtige Zeit

Meral Çiçek, Yeni Özgür Politika PolitikART 09.04.2018

Auch wenn es sich beim Wort Boykott um einen 139-jährigen Begriff handelt, ist er als kollektive Haltung genauso alt wie die Vergesellschaftung. Der Boykott ist nicht nur ein Begriff des Vorwurfs und der Verurteilung. Vielmehr ist er ein organisiertes politisches, soziales und wirtschaftliches Druckmittel. Seinen wesentlichen Stellenwert gewinnt er aus der Organisiertheit.

Es spielt keine Rolle, ob ein Individuum eine andere Person, eine Marke, eine Firma oder ein Land boykottiert. Eine Rolle spielt diese Haltung aber dann, wenn Tausende oder gar Hunderttausende oder Millionen Menschen diese organisierte Haltung entwickeln. Die jüngste Geschichte ist voller unzähliger Beispiele dafür.

Beispielsweise gab es in den 1950er Jahren den Busboykott von Montgomery. Es war ein Protest der schwarzen Bürgerrechtsbewegung der USA gegen die Politik der Rassentrennung. Hunderte bzw. Tausende schwarze Menschen boykottierten die Fahrt mit dem Bus, bildeten Fahrgemeinschaften, nutzten Taxis oder gingen zu Fuß und entwickelten somit neue Protestformen. Rosa Parks wurde das Symbol dieser Protestwelle. Sie wurde festgenommen, nachdem sie sich geweigert hatte, ihren Sitzplatz für einen weißen Fahrgast freizumachen. Und nach all dem Protest endete die Rassentrennung in den Bussen.

Auch 1974 wurden unter der Leitung von Anti-Apartheid-Komitees, die in den 1960er und 1970er Jahren in Europa gegründet worden waren, Boykottkampagnen gegen in Südafrika produzierte Produkte eingeleitet. Damit wollten sie auch den in ihrem Heimatland Südafrika geführten Kampf gegen die Apartheid unterstützen. Die erste große Kampagne war die Anti-Outspan-Kampagne. Sie war in den Niederlanden ins Leben gerufen worden und wandte sich gegen den Verkauf von Orangen der südafrikanischen Firma Outspan. Unter anderem mit Plakaten und Infoständen wurde vor Supermärkten gegen eine Werbetour von Outspan demonstriert. Plakate mit den Aufschriften »ESST KEINE OUTSPAN-APFELSINEN«, »PRESST KEINE SÜD-AFRIKANER AUS« forderten die Konsumenten auf, Orangen und andere Früchte aus Südafrika zu boykottieren. Die Aktivisten benutzten bewusst eine provokative Sprache, um die Bevölkerung zum Nachdenken zu animieren. Denn Ziel der Kampagne war auch, durchschnittliche Menschen dazu zu verleiten, den Konsum in Frage zu stellen und ihn moralisch und gewissenhaft zu betrachten. Beim Einkauf achten wir Menschen nämlich kaum auf die Bedingungen, unter denen dieses Produkt hergestellt wurde. Wir unterschätzen oft, dass niedrigen Preisen oft eine starke Ausbeutung zugrunde liegt. Kurz gesagt: Sehr wenige von uns konsumieren bewusst oder achten auf fairen Handel, weil viele in wirtschaftlich komfortablen Verhältnissen leben und damit passiv Teil dieses Räderwerks werden. Des Weiteren denken wir oft, dass allein unser Konsumverhalten nichts Positives oder Negatives bewirken würde.

Moral, Politik und Konsum

An dieser Stelle sollten wir über den Moral- und Gewissensaspekt des Boykotts sprechen. Die kapitalistische Moderne zielt darauf ab, das moralische Leben durch ein Konsumverhalten zu zerstören, das auf Profit und Eigentum ausgerichtet ist. Sie versucht uns davon zu überzeugen, dass der Konsum nicht politisch ist, obwohl dieser doch in direktem Zusammenhang mit Moral und Politik steht. Es ist daher wichtig, eine bewusste Konsumkultur für eine moralische und politische Gesellschaft zu entwickeln. Erst recht dann, wenn diese Gesellschaft Belagerung und Besatzung unterliegt.

Angesichts der folgenden Fakten können wir nicht unsere Augen schließen: Auch wenn wir das nicht mit Absicht tun, tragen wir zur Wirtschaft eines faschistischen Regimes bei, das unser Land besetzt, unseren Lebensraum zerstört und einen kriegerischen Vernichtungskampf gegen uns führt. Insbesondere durch den Konsum von Waren regierungsnaher Unternehmen, durch den Urlaub an den Küsten der Türkei unterstützen wir die Kriegswirtschaft. Auch für den Staat ist es teuer,



einen Krieg zu führen. In solchen Zeiten versuchen die Staaten mit Steuererhöhungen und höheren Exporteinnahmen größere Einkünfte zu erzielen. Deshalb ist es genau der richtige Zeitpunkt, einen Wirtschaftsboykott auszurufen, gerade wenn die Wirtschaft wegen Krieg und Krise bergab geht. Denn in solchen Zeiten kann der Zusammenbruch der faschistischen Regime beschleunigt werden.

Manche mögen denken, der Boykott treffe nicht den Staat, sondern den Arbeiter. Doch erhält sich der Staat ohnehin durch die Ausbeutung des Arbeiters. Denn die Lage, die die türkische Wirtschaft nun erreicht hat, die Inflation und der Wertverlust der Türkischen Lira, trifft am ehesten die arbeitenden Menschen. So sollte der Boykott als eine Art Widerstand angesehen werden. Außerdem sollten die Boykottkampagnen auch das Thema der Ausbeutung behandeln.

Insbesondere die in den Niederlanden geführte Boykottkampagne gegen das rassistische Apartheidregime in Südafrika geht in die Geschichte ein als die wirksamste und überzeugendste Arbeit der Anti-Apartheid-Bewegung. Auch die protestantische Frauenbewegung tritt dabei als eine der führenden Kräfte auf. Ein Grund, warum die Kampagne so effektiv war, waren die vorbereiteten Materialien. Spezielle Banner, Flyer und Broschüren, die genau zeigten, welche Produkte boykottiert werden sollen, wurden millionenfach gedruckt und verteilt. So wurde eine sehr breite öffentliche Meinung geschaffen, um alle Menschen zu informieren. Boykott ist in diesem Zusammenhang auch eine Bewusstseinsarbeit.

Werden Sie noch in der Ägäis oder im Mittelmeerraum Urlaub machen?

Deshalb ist es wichtig, eine wirksame Boykottkampagne gegen den türkischen Staat zu führen, um so eine breite Öffentlichkeit zu informieren und in Bewegung zu setzen. Und in dieser Hinsicht hat jeder Mensch etwas zu tun. Man müsste sie organisieren und in den Boykott eingliedern.

Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass wir mit den Produkten, die wir kaufen, und mit dem Urlaub, den wir an türkischen Stränden machen, den Staat unterstützen, der in Kurdistan einen Vernichtungskrieg führt. Zudem sollten wir auch Unternehmen in den Ländern identifizieren, die mit dem türkischen Staat kooperieren, und sie in die Boykott-Kampagne einbeziehen. Wir müssen diese Unternehmen, die mit dem faschistischen Regime wirtschaftlich zusammenarbeiten, öffentlich diffamieren. Beispielsweise sollten Tourismusunternehmen, die mit dem türkischen Tourismussektor kooperieren, ebenfalls in den Boykott einbezogen werden. Jeder Euro, der für die türkische Kriegswirtschaft ausgegeben wird, verwandelt sich in eine Kugel, die Blut vergießen soll.

Doch das Wichtigste ist, alle Unternehmen, die Waffen in der Türkei verkaufen, offenzulegen und damit für ein Ende dieser Zusammenarbeit zu sorgen. Insbesondere sollte mit den Arbeitern in den Fabriken Kontakt aufgenommen werden und sie sollten dazu ermutigt werden, Druck auf die betreffenden Unternehmen auszuüben. Eine große Anzahl europäischer Unternehmen verkauft Teile an die türkische Kriegsindustrie. Wie Mercedes. Eine umfassende und organisierte Boykottkampagne sollte auch all diese Unternehmen offenlegen.

Am Boykott nicht teilzunehmen, wäre Ausdruck des Opportunismus, auf dessen Grundlage das faschistische Regime seine Macht gewinnt. Der Boykott ist vor allem ein politischer Akt. Und dieses politische Handeln kann nur dann wirksam sein, wenn es zusammen organisiert und durchgeführt wird. Darum müssen wir zuerst bei uns selbst anfangen und uns umsehen. Wir sollten unsere Küchenschränke öffnen, schauen, was wir konsumieren. Dann die restlichen Produkte ansehen, die wir im Alltag verwenden. Und wir müssen dadurch aktiv werden. Wir dürfen nicht Nein sagen. Wenn nötig, werden wir unsere Konsumgewohnheiten radikal ändern und somit dem faschistischen AKP-MHP-Regime keinen einzigen Cent geben. Wenn nötig, werden wir dieses Jahr nicht in die Heimat reisen. Denn wenn wir heute nicht handeln, werden wir vielleicht jahrelang nicht mehr in unser Land reisen, vielleicht wird unser Dorf dann nicht mehr existieren.

Es ist genau die richtige Zeit für den Boykott. Denn die Möglichkeiten, das faschistische Regime über den Boykott, also organisierte Wirtschaftssanktionen zu zwingen, sind besser denn je. Das Wichtigste ist, zusammen mit unserer Familie, unseren Freunden, Nachbarn und Kollegen einen Platz in der Boykottkampagne zu finden. Hauptsache, wir sagen nicht, »mir ist es egal«. ♦

150 Jahre deutsch-türkische Waffenbrüderschaft auf Kosten von Frieden und Demokratie

Strategische Partnerschaft

Nick Brauns

Der preußische Offizier Helmuth von Moltke wurde 1836 für drei Jahre als Instrukteur der osmanischen Armee in die Türkei abkommandiert. Moltke nahm dabei auch an einem Feldzug gegen aufständische Kurden teil, wie er in seinen »Briefen über Zustände und Begebenheiten in der Türkei« beschrieb. »Es ist lange die Aufgabe der abendländischen Heere gewesen, der osmanischen Macht Schranken zu setzen. Heute scheint es die Sorge der europäischen Politik zu sein, ihr das Dasein zu fristen«, formulierte Moltke prophetisch die zukünftige Rolle Deutschlands zur Stabilisierung der türkischen Herrschaft. Die damals entstandene „Moltke-Legende« erscheint somit als Vorspiel der bis zum heutigen Tag andauernden strategischen Partnerschaft zwischen den herrschenden Klassen Deutschlands und der Türkei. Die vielbeschworene deutsch-türkische Waffenbrüderschaft ging dabei stets zu Lasten der Demokratie und Freiheit der Völker der Türkei und des Friedens im Mittleren Osten.

Nach Gründung des einheitlichen Nationalstaates 1871 stand zuerst einmal die Verteidigung des Status quo für das Deutsche Reich im Gefüge der Großmächte im Vordergrund. So erklärte Reichskanzler Otto von Bismarck, die orientalischen Zwiste seien nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert. Die sogenannte Orientalische Frage war für den Reichskanzler ein Mittel, um die anderen Mächte gegeneinander auszuspielen. Vorerst ohne eigene koloniale Ambitionen im Mittleren Osten konnte Bismarck sich auf dem Berliner Kongress 1878 das Gewand des »ehrlichen Maklers« überziehen und die völlige Aufteilung des Osmanischen Reiches verhindern. Doch dann trat das Deutsche Reich in seine imperialistische Phase ein und das Finanzkapital suchte neue Märkte, Anlagefelder und Rohstoffreservoirs außerhalb Deutschlands. Damit rückte das territorial noch nicht unter den anderen Großmächten aufgeteilte und auf dem Landweg erreichbare Vielvölkerreich am Bosporus in den Fokus der Berliner Kolonialstrategen um einen »Platz an der Sonne«. »Das wichtigste Operationsfeld des deutschen Imperialismus wurde die Türkei, sein Schrittmacher hier die Deutsche Bank und ihre Riesengeschäfte in Asien, die im Mittelpunkt der deutschen Orientpolitik stehen«, schrieb die Sozialistin Rosa Luxemburg.

Deutsche Offiziere, osmanische Armee und Rüstungsgeschäfte

Sowohl das aufstrebende Deutsche als auch das im Niedergang befindliche Osmanische Reich waren auf der Suche nach Bündnispartnern gegen die traditionellen Großmächte Frankreich und Großbritannien. Das deutsche Großkapital suchte neue Absatzmärkte und Zugriff zu Rohstoffen, die Türkei wiederum versuchte sich vom wirtschaftlichen und militärischen Druck Frankreichs und Englands freizumachen. Da das Deutsche Reich als einzige Großmacht keine Gebietsansprüche auf osmanisches Territorium stellte und andererseits der preußisch-deutsche Militarismus im Krieg gegen Frankreich 1871 seine Schlagkraft bewiesen hatte, beauftragte Sultan Abdul Hamid II. 1882 eine deutsche Militärmission mit der Reorganisation der desolaten türkischen Armee. Unter dem Leiter der Militärmission Colmar von der Goltz-Pascha erlangte das Deutsche Reich zunehmend politischen Einfluss beim Sultan. Für die deutschen Kanonenschmieden Krupp und Co. wiederum führte der Eintritt der deutschen Offiziere in die osmanische Armee zu lukrativen Rüstungsgeschäften, die deutsche Waffenindustrie erlangte bald ein Monopol beim Türkeigeschäft.

Neben der Rüstungsindustrie wurde ab 1888 der Eisenbahnbau zum wichtigsten Instrument für das Eindringen deutschen Kapitals in die Türkei, so dass Deutschland innerhalb weniger Jahre zum zweitgrößten Kapitalanleger und Kreditgeber im Osmanischen Reich aufsteigen konnte. Mit Kaiser Wilhelms II. auf seiner Orientreise 1898 in Damaskus getätigtem Schwur, ein treuer Freund der muslimischen Welt zu sein, wurde der planmäßige Vorstoß in den Mittleren Osten zur Chefsache. Zum konfliktträchtigen Symbol deutscher Weltpolitik wurde ab 1902 der Bau der Bagdadbahn. Die von der Deutschen Bank geführte Aktiengesellschaft erlangte zugleich Schürfrechte im mesopotamischen Ölgebiet um Mossul und Basra. Der

Bau einer Bahnstrecke von Berlin über Konstantinopel bis zum Persischen Golf sollte einerseits den deutschen Einfluss in der Türkei verstärken und die Ausbeutung des Landes auf dem Landweg von Deutschland aus erschließen. Andererseits sollte die Bahn, über die sich schnell Truppen transportieren ließen, dem weiteren Zerfall des »kranken Mannes am Bosporus« entgegenwirken. »Einzig und allein eine politisch und militärisch starke Türkei ermöglicht es uns, dafür zu sorgen, dass die großen Aussichten, welche sich in den Ländern am Euphrat und Tigris für die Vergrößerung unseres Nationalvermögens und die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Bilanz bieten, auch wirklich mit einiger Sicherheit in die Sphäre der realen Existenz übergehen können. Für eine schwache Türkei keinen Pfennig, für eine starke, soviel nur irgend gewünscht wird«, formulierte der deutsche Kolonialstratege Paul Rohrbach in seinem Buch »Die Bagdad-Bahn – Vom deutschen Weg zur Weltgeltung« im Jahr 1902 den bis heute geltenden kategorischen Imperativ der deutschen Türkeipolitik.

Als 1908 die reformorientierten Jungtürken gegen die Alleinherrschaft des Sultans putschten, musste die Reichsregierung nur kurz um ihren Einfluss an der Hohen Pforte bangen. »Die Revolution wurde nicht von den Jungtürken in Paris und London gemacht. Sie wurde nur von der Armee, und wenn man der Sache genau auf den Grund gehen will, einzig und allein in Anatolien und von deutschtreuen Offizieren durchgeführt«, frohlockte Kaiser Wilhelm II., als deutlich wurde, welcher Flügel der jungtürkischen Geheimloge die Führung übernommen hatte. »Diese Offiziere mit dem Schwert in der Hand denken wie richtige Deutsche.«

Hatten die Großmächte bisher auf eine Politik der friedlichen Durchdringung gesetzt, um wirtschaftlichen, militärischen und politischen Einfluss innerhalb der Türkei zu erlangen, so eröffneten die Balkankriege 1912/13 das Rennen um die kriegerische Aufteilung des osmanischen Erbes. Die von der deutschen Hochfinanz getragene Bagdadbahnstrategie, die den Großmachtinteressen der Entente-Mächte im Mittleren Osten zuwiderlief, war dabei eine Ursache für den Weltkrieg. Kriegszieldenkschriften des deutschen Monopolkapitals wiesen der türkischen Armee die Aufgabe zu, für Deutschland die Ölquellen am Kaspischen Meer zu erobern. Einen Tag nach der deutschen Kriegserklärung an Russland unterzeichneten am 2. August 1914 die führenden Männer des jungtürkischen Regimes, Enver und Talaat, einen geheimen Bündnisvertrag, der die Türkei zum integralen Bestandteil des verhängnisvollen deutsch-österreichischen Nibelungenbündnisses machte. Die Jungtürken beabsichtigten den Krieg zur Ausrottung der christlichen Völker im Osmanischen Reich zu nutzen, mit dem Ziel der Schaffung eines ethnisch reinen Nationalstaates. Zum anderen hofften sie, im Bündnis mit dem deutschen Militarismus verlorene Besitzungen des Osmanischen Reiches zurückerobern zu können.

Mit dem Beschuss russischer Schwarzmeerhäfen durch die in türkischen Besitz übergegangenen deutschen Kriegsschiffe Breslau und Goeben trat die Türkei am 28. Oktober in den Krieg ein. Unter deutschem Oberkommando kämpfte die Osmanische Armee an der Seite des deutschen Reiches. Auf den Archäologen, Diplomaten und Agenten Max von Oppenheim ging die Idee zurück, die Jungtürken im November 1914 zur Ausrufung des Dschihad zu bewegen, um Frankreich und Großbritannien durch Aufstände der Muslime in ihren Kolonialreichen zu schwächen. Das Konzept ging nur begrenzt auf, da insbesondere die Araber mehr den Versprechungen des britischen Agenten und Guerillaführers Thomas Edward Lawrence auf nationale Unabhängigkeit glaubten, als dem Ruf zum heiligen Krieg an der Seite ihrer türkischen Unterdrücker zu folgen.

Genozid an den Armeniern

Deutsche Diplomaten wurden zu Mitwissern und einige deutsche Militärs zu Mittätern des jungtürkischen Genozids an über einer Million Armeniern in den Kriegsjahren 1915–16. Mit den Worten, »unser einziges Ziel ist es, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zugrunde gehen oder nicht«, wies Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg im Dezember 1915 den Vorschlag des deutschen Botschafters in Konstantinopel zurück, wenigstens in der deutschen Presse »den Unmut über die Armenierverfolgung zum Ausdruck kommen zu lassen und mit Lobhudeleien der Türken aufzuhören«. Im Reichstag protestierte einzig der Sozialist Karl Liebknecht dagegen, dass »im verbündeten türkischen Reiche die armenische Bevölkerung zu Hunderttausenden aus ihren Wohnsitzen vertrieben und niedergemacht worden ist«. Mit einem deutschen U-Boot wurden die Hauptverantwortlichen für den Völkermord angesichts der Kriegsniederlage des Osmanischen Reiches gerettet – auch, damit sie vor den alliierten Gerichten in Konstantinopel nichts über die deutsche Beihilfe zu diesem Verbrechen aussagen konnten. Der ehemalige osmanische Innenminister Talaat fiel im Berliner Exil einem Attentat des armenischen Rachekommandos »Operation Nemesis« zum Opfer, sein Attentäter Soghomon Tehlirian wurde freigesprochen.

Adolf Hitler nahm sich 20 Jahre später das Vorgehen der Jungtürken zum Vorbild. »Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?«, fragte er am 22. August 1939, als er vor hohen Militärs und Kommandeuren der SS erklärte, dass der kommende Krieg gegen die Sowjetunion die gnadenlose Ausrottung des Gegners – Mann, Weib und Kind – bedeu-

te. Die Regierung in Ankara bot zwar von den Nazis politisch oder rassisch verfolgten deutschen Wissenschaftlern Zuflucht, um deren Fähigkeiten für den Aufbau des türkischen Staates zu nutzen. Doch gleichzeitig zeigte die kemalistische Führung Sympathie mit der faschistischen Ideologie, was die Nazis zur erneuten Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen nutzten. Der deutsche Botschafter in Ankara, Franz von Papen, beeinflusste die Panturkistenbewegung um Alparslan Türkeş – den späteren Führer der Grauen Wölfe – im Sinne der völkischen Weltanschauung der Nazis. Und deutsche Berater bauten den Militärgeheimdienst der Türkei auf. Das Deutsche Reich wurde zwischen 1933 und 1938 zum größten Rohstoffimporteur und wichtigsten Partner beim Aufbau der türkischen Industrie. Die Beziehungen beider Länder erreichten einen ähnlichen Stand wie vor dem Ersten Weltkrieg. Die offiziell neutrale Türkei hielt unter Atatürks Nachfolger Ismet Inönü dem Deutschen Reich mit Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes vier Tage vor dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 militärisch den Rücken frei. Dazu kamen umfangreiche Rohstofflieferungen für die deutsche Rüstungsproduktion. »Seit die Donau ins Schwarze Meer fließt, sind die Deutschen und die Türkei gezwungen, in einem sich ergänzenden Wirtschaftsraum zu leben. Die Welt muss der Realität entsprechend gesehen werden«, rechtfertigte Yunus Nadi, Chefredakteur der kemalistische Zeitung Cumhuriyet, 1941 diese Politik. Lediglich von symbolischer Bedeutung war die Kriegserklärung Ankaras an das bereits besiegte Deutsche Reich am 23. Februar 1945.



Die Postkarte aus dem Ersten Weltkrieg zeigt die Anführer der Mittelmächte (von links): Kaiser Wilhelm II. (Deutsches Reich), Kaiser Franz Joseph I. (Österreich-Ungarn), Sultan Mehmed V. (Osmanisches Reich), Zar Ferdinand I. (Bulgarien).
(© Public Domain)

Aufleben der deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft nach dem Zweiten Weltkrieg

Im Rahmen der NATO, der die Türkei 1953 und die Bundesrepublik 1955 beigetreten waren, lebte die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft wieder auf. Türkische Offiziere wurden an der Bundeswehrakademie in Hamburg und der Panzerschule in Munster ausgebildet. Nach dem NATO-Beschluss von 1964, der Türkei unentgeltliche Rüstungshilfe zu leisten, nahm die Bundesrepublik im gleichen Jahr die Waffenlieferungen auf und wurde innerhalb der nächsten 30 Jahre zum zweitgrößten Rüstungslieferanten des Landes nach den USA. Nach dem Zerfall der Sowjetunion endete zwar die unentgeltliche Militärhilfe für die Türkei, doch die Waffenlieferungen gingen als private Milliardengeschäfte der Rüstungsindustrie abgesichert durch Exportrisikogarantien der Bundesregierung weiter.

Der NATO-Beitritt beider Länder hatte zur Wiederbelegung der wirtschaftlichen Beziehungen geführt. Die Bundesrepublik stieg zur Haupthandelspartnerin der Türkei auf, deutsche Firmen standen an vorderster Stelle der ausländischen Investoren. Mit dem Anwerbeabkommen kamen ab 1961 innerhalb von 12 Jahren rund 900.000 türkeistämmige »Gastarbeiter« nach Deutschland, von denen viele sich anschließend eine dauerhafte Existenz in ihrer neuen Heimat aufbauten. Im April 1978 trafen sich der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß und der Führer der faschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP). »Strauß sagte dem Vernehmen nach den MHP-Politikern zu, dass in Zukunft für die MHP und die ›Grauen Wölfe‹ ein günstiges psychologisches Klima in der Bundesrepublik geschaffen werden müsse, damit die MHP hier in einem besseren Licht erscheine«, berichtete die Gewerkschaftszeitung »metall« später. Mit Unterstützung des Bundesnachrichtendienstes konnten sich die Grauen Wölfe nun in Deutschland als Gegengewicht zu sozialistischen Strömungen unter der Migration etablieren. Und während in der Türkei ein unerklärter Bürgerkrieg gegen Linke, Gewerkschafter und Aleviten mit Tausenden Toten tobte, schüchterten die Schläger der Grauen Wölfe nun mit Billigung der deutschen Sicherheitsbehörden auch in Deutschland türkeistämmige Oppositionelle ein. Bis heute genießt das immer weiter ausgebaute Netzwerk aus tausenden türkischen Geheimagenten und Spitzeln, Grauen Wölfen und den von Ankara entsandten Imamen in Deutschland weitgehende Narrenfreiheit.

Einen Tag nach dem NATO-Militärputsch vom 12. September 1980 erklärte Bundesfinanzminister Matthöfer, der zuvor einen Milliardenkredit des IWF für die Türkei koordiniert hatte, gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, »er hoffe auf einen heilsamen Schock, aus dem ein Arrangement hervorgehe, an dem sowohl die demokratischen Kräfte als auch die Armee beteiligt seien«. Das erste internationale Abkommen, das die Putschjunta unterzeichnete, war ein Vertrag mit der sozialliberalen Bundesregierung über Polizeihilfe. Während

Zehntausende Oppositionelle die Gefängnisse füllten und schwersten Folterungen ausgesetzt waren, stellte eine Bundestagsdelegation nach einem Türkei-Besuch im März 1981 fest, dass die Türkei keineswegs diktatorisch regiert werde, die Junta sich auf Zufriedenheit in der Bevölkerung stütze und es »keine systematische Folter gäbe«.

Gemeinsamer Kampf gegen die kurdische Freiheitsbewegung

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erlangte die kurdische Frage durch den Beginn des bewaffneten Kampfes der Arbeiterpartei Kurdistans PKK zunehmend internationale Aufmerksamkeit. Im Rahmen eines Aufstandsbekämpfungsprograms der NATO kam der Bundesrepublik mit ihrer im Rahmen der Arbeitsmigration angewachsenen kurdischen Diaspora einerseits und einem im europäischen Vergleich strikten Staatsschutzrecht andererseits eine Schlüsselrolle zu. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann erklärte die PKK zum »Hauptfeind der inneren Sicherheit«. 1989 wurden 20 kurdische Politiker wie wilde Tiere hinter Panzerglasscheiben in einem unterirdischen Gerichtssaal in Düsseldorf vorgeführt und angeklagt. Doch der Versuch der Bundesanwaltschaft, die gesamte kurdische Befreiungsbewegung als terroristisch zu brandmarken, scheiterte vorerst.

In einer verzweifelten Reaktion auf die Bombardierung kurdischer Städte durch die türkische Armee attackierten Kurden 1993 türkische Vertretungen, Cafés und Reisebüros in Deutschland. Dies diente am 26. November 1993 als offizieller Anlass für ein in Abstimmung mit der Türkei von langer Hand vorbereitetes Betätigungsverbot für die PKK durch das Bundesinnenministerium. »Die politische Agitation der PKK und ihr nahestehender Organisationen hat zwischenzeitlich ein außenpolitisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht«, heißt es in der Verbotsverfügung, „eine weitere Duldung der PKK-Aktivitäten in Deutschland würde diese deutsche Außenpolitik unglaubwürdig machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben. Darüber hinaus werden dadurch diejenigen Kräfte in der Türkei gestärkt, die die Bindungen an Europa und an die westliche Welt lockern wollen«. In den letzten 25 Jahren wurden aufgrund des PKK-Verbots Dutzende Vereine und Medien geschlossen, Hunderte Demonstrationen verboten und Tausende Kurden zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt. Zwischen türkischen und deutschen Sicherheitsbehörden besteht eine enge Zusammenarbeit zulasten der kurdischen Freiheitsbewegung und linker Oppositioneller aus der Türkei.

Nach dem Ende des kalten Krieges bekam die Türkei für die deutsche Außenpolitik wie schon zu Zeiten der Bagdadbahnpolitik die Funktion eines Tors zu den Rohstoffquellen und Märkten des Mittleren Ostens. 6.000 deutsche Firmen lassen heute in der Türkei produzieren. Für die Türkei ist Deutschland weiterhin der wichtigste Abnehmer ihrer Exportprodukte, vor allem Textilien und Nahrungsmittel. Umgekehrt steht die Türkei unter den deutschen Exportpartnern nur auf dem 15. Platz.

Ihre geopolitisch bedeutsame Rolle beweist die Türkei nicht nur durch die zumindest bis vergangenes Jahr auch von der Bundeswehr genutzten Luftwaffenstützpunkte in Incirlik und Konya, sondern auch in ihrer Rolle als Türsteher der EU zur Abwehr von Flüchtlingen. Vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan aus innenpolitischen Erwägungen vor dem Referendum über ein Präsidialregime im vergangenen Jahr losgetretene Spannungen mit Deutschland, die in der Inhaftierung deutscher Journalisten und Menschenrechtler gipfelten, waren angesichts der gegenseitigen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen dann auch nur an der Oberfläche und nicht von langer Dauer.

Denn nicht Demokratisierung und Menschenrechte, sondern Stabilität und Kapital-Anlagesicherheit sind es, was die Bundesregierung in der Türkei einfordert. Nicht Erdoğans diktatorische Anwandlungen, sondern im Gegenteil die wachsende Unfähigkeit der regierenden AKP, ihre Hegemonie auch auf die andere Hälfte der Bevölkerung auszudehnen und ihre polarisierende Politik, die die Türkei an den Rand des Bürgerkriegs treibt, erscheinen als Hindernis für die Interessen des deutschen Kapitals in der Türkei. Und nicht der Krieg gegen das kurdische Volk, sondern vielmehr das Unvermögen des AKP-Regimes, den längst über die türkischen Landesgrenzen hinausgewachsenen kurdischen Aufstand einzudämmen, bereitet der Bundesregierung Sorgen. Für Irritationen in Berlin sorgt schließlich die Hinwendung des türkischen Präsidenten Erdoğan zu Russland, wie Ex-Außenminister Sigmar Gabriel am 24. März 2018 im Tagesspiegel schrieb. »Unser Interesse muss deshalb vor allem sein, die Türkei weiterhin geopolitisch ›einzubinden‹ – man kann auch sagen ›einzuhegen‹, um sie nicht dauerhaft in eine Sonderrolle abdriften zu lassen, deren Folgen für uns unabsehbare Risiken beinhalten.«

Für die herrschenden Klassen der EU- und NATO-Staaten und insbesondere der Bundesrepublik steht die Stabilität der Türkei als Markt, Investitions- und Produktionsstandort, als Energietransferland und militärisches Sprungbrett in den Nahen Osten auf dem Spiel. An der vor 100 Jahren formulierten strategischen Orientierung des deutschen Imperialismus hat sich bis heute nichts geändert. Für eine starke Türkei an der Seite Deutschlands ist die Bundesregierung bereit, jeden Preis zu zahlen – auch wenn darüber damals die Armenier und heute die Kurden zu Grunde gehen. ♦

Solidarität und Widerstand sollen zum Schweigen gebracht werden

Deutschland ist in Efrîn Kriegspartei an der Seite der Türkei

Elmar Millich

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre erreichten Krieg, Vertreibung und Massaker in Kurdistan einen Höhepunkt. Ermöglicht wurde das der türkischen Armee durch massive Waffenlieferungen aus Deutschland, darunter Leopard-II-Panzer und Waffenbestände der frisch aufgelösten Nationalen Volksarmee. Auch innenpolitisch lag die deutsche Regierung auf der Linie der Türkei. 1993 wurde die PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) in Deutschland verboten. Es folgten ungezählte Strafverfahren; jeder Protest der in Deutschland lebenden KurdInnen gegen die Massaker in ihrer Heimat wurde kriminalisiert und unmöglich gemacht.

Heute rollen wieder deutsche Leos gegen die KurdInnen, diesmal in der syrisch-kurdischen Enklave Efrîn und demnächst wohl auch im Irak. Und wieder unterstützt die Bundesregierung diesen völkerrechtswidrigen Krieg nicht nur durch außenpolitisches Schweigen, sondern durch eine extreme Steigerung der Repression gegen politische Aktivitäten der hiesigen aktiven kurdischen Community und der seit Kobanê 2014 stark angewachsenen deutschen Solidaritätsbewegung.

Die deutsche Bundesregierung weigerte sich bis zur Einnahme Efrîns durch die türkische Armee und deren islamistische Vasallen Mitte März beharrlich, den Angriffskrieg des NATO-Partners zu verurteilen. Zu Beginn der Offensive sprach die Sprecherin des Auswärtigen Amts von einer »fluiden Lage«, die eine Einschätzung zu diesem Zeitpunkt nicht möglich mache. Auf eine spätere Anfrage der Linken-Abgeordneten Gesine Lötzsch stellte die Bundesregierung sich noch deutlicher an die Seite der Türkei und räumte dieser ein »völkerrechtliches Selbstverteidigungsrecht« als Begründung für den Angriff ein. Auch eine Expertise des wissenschaftlichen Dienstes des deutschen Bundestags, die starke Zweifel an einer völkerrechtlichen Legitimität für den Einmarsch türkischer Truppen in Syrien äußerte, konnte die Bundesregierung nicht beeindrucken.

Erst als die Stadt Efrîn nach dem Rückzug der Verteidigungskräfte besetzt worden war und sich Hunderttausende EinwohnerInnen auf der Flucht befanden, meldete sich Berlin zu Wort. »Bei allen berechtigten Sicherheitsinteressen der Türkei ist es inakzeptabel, was in Efrîn passiert, wo Tausende und Abertausende von Zivilisten verfolgt sind, zu Tode kommen oder flüchten müssen«, verlautete Bundeskanzlerin Angela Merkel am 22. März in einer Regierungserklärung. Dies werde von der Bundesregierung auf das Schärfste verurteilt. Dazu brauchte sie zwei Monate, als habe Erdoğan seinen Plan der ethnischen Säuberung als Kriegsziel nicht schon zu Beginn der Offensive vor einheimischem Millionenpublikum verkündet: Er werde Efrîn »seinen wahren Besitzern« zurückgeben. Allerdings telefonierte Bundespräsident Frank-Walther Steinmeier einen Tag vorher mit Präsident Erdoğan und betonte die »Bedeutung des gemeinsamen Kampfes gegen den Terrorismus«. Damit übernahm er die Lesart der Türkei, dass es sich bei ihrem Einmarsch in Efrîn um eine »Antiterroroperation« handele. Diesen Freibrief für eine militärische Aggression gegen Rojava hatte das Bundesinnenministerium (BMI) der Türkei schon mit einem Rundschreiben an die Länderbehörden vom 2. März 2017 erteilt, in dem es um eine Aktualisierung des seit 1993 bestehenden PKK-Verbots ging. Unter den im Anhang gelisteten auf öffentlichen Versammlungen verbotenen Symbolen befanden sich erstmalig diejenigen von PYD/YPG/YPJ (der nordsyrisch-westkurdischen Partei der Demokratischen Einheit, Volks- und Frauenverteidigungseinheiten). Entgegen den Verlautbarungen des Ministeriums, es handele sich um einen innenpolitischen »Routinevorgang«, war es ein deutliches außenpolitisches Signal, dass Deutschland im Konflikt zwischen der Türkei und den USA um die Einschätzung und Zusammenarbeit mit den YPG an der Seite Ankaras steht.

Während der Vorbereitung und der Durchführung des Angriffskrieges gegen Efrîn betätigte sich Deutschland auch innenpolitisch als Kriegspartei. Ausgehend von dem BMI-Erlass

vom März 2017 ließen die Repressionsbehörden keine Möglichkeit ungenutzt, um Proteste gegen die Türkei und Solidarität mit Efrîn zu verbieten und zu kriminalisieren. Alle Entspannungsbemühungen, die es in den letzten zwanzig Jahren zwischen den deutschen Behörden und kurdischen Institutionen durchaus gegeben hatte, wurden einseitig aufgekündigt. Auch lobende Worte bis in die höchsten Reihen der deutschen Politik über den Einsatz gerade der YPG/YPJ bei der Rettung der ÊzîdInnen in Şengal (Sindschar) 2014 vor den Mörderbanden des IS (Islamischen Staates) schienen vergessen. Ältere AktivistInnen fühlten sich vom Ausmaß der Verbote und Schikanen in die 1990er Jahre zurückversetzt.

Hetzjagd auf PYD-/YPG-/YPJ-Symbole

Auf der strafrechtlichen Ebene kam es zu einer regelrechten Hetzjagd auf KurdInnen und deutsche Linke, die Symbole der syrisch-kurdischen Organisationen auf Versammlungen oder im Internet zeigten: Fans des Internationalen FC Rostock 1899 (IFC) zeigten bei einem Hallenturnier ihres Vereins am 27. Januar eine YPG-Fahne und ein Transparent »HALTE STAND AFRÎN!«. Daraufhin gab es gegen ein Mitglied eine Vorladung der Rostocker Staatsschutzabteilung wegen eines angeblichen Verstoßes gegen Artikel 20 Vereinsgesetz. Am 20. Februar um 9.00 Uhr rückte eine Hundertschaft vermummter und mit Maschinenpistolen bewaffneter Polizisten beim Gasthof des Widerstands in Meuchefitz (Wendland) an, um ein an der Hausfassade angebrachtes Transparent mit der Aufschrift »Afrîn halte durch: Türkische Truppen & deutsche Waffen morden in Rojava! Es lebe die YPG/YPJ« zu beschlagnahmen. In Thüringen, wo die Linkspartei den Ministerpräsidenten stellt, kam es in Erfurt außer in Privatwohnungen und Geschäftsräumen auch zu einer Durchsuchung des Jugendbüros der Linken. Die Vorwürfe der zuständigen Staatsanwaltschaft in Gera lauteten, die betroffenen Personen hätten im Internet für die PKK sowie deren Neuorganisationen geworben. Obskure Blüten trieb der Verfolgungseifer in Bayern. Ein Münchner Berufsmusiker erhielt im März eine Vorladung, weil er unkommentiert einen Beitrag des Bayrischen Rundfunks auf Facebook geteilt hatte, in dem auch Fahnen der YPG eingebunden waren. Auf Nachfrage des Senders begründete die Polizei die Maßnahme mit der Rechtslage, wonach es Medien gestattet sei, »verbotene Symbole« zu verwenden, einzelnen NutzerInnen jedoch nicht. Bei allem Verfolgungseifer müsste den Staatsanwaltschaften bekannt sein, dass sie sich rechtlich auf dünnem Eis bewegen. Laut BMI sind Symbole der PYD/YPG/YPJ nicht per se verboten, sondern nur, wenn sie ersatzweise für PKK-Symbole verwendet werden. Gerichtliche Verurteilungen sind in den oben geschilderten Fällen eher nicht zu erwarten. Der Zweck dieser Strafverfahren scheint eher die Einschüchterung von Solidaritätsbezeugungen in der aktuellen Situation zu sein.

Ebenfalls verschärft hat sich der Umgang mit Öcalan-Fahnen und dessen Konterfei auf Transparenten aufgrund des BMI-Erlasses vom März 2017. Wurde es in den letzten Jahren zwar in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt, gab es in der Regel aber keine größeren Beanstandungen, wenn sie etwa auf kurdischen Massenveranstaltungen



Hetzjagd und Beschlagnahme von PYD-/YPG-/YPJ-Symbolen in Hamburg. Foto: ANF

sowohl im Publikum als auch auf der Bühne gezeigt wurden. Die Polizei reagierte meist mit Personalienfeststellungen am Rande der Versammlungen. Mittlerweile wird überall auch gegen einzelne Symbole und Fahnen auf Versammlungen und Demonstrationen rigoros vorgegangen, auch wenn sie keinen primär kurdischen Hintergrund haben wie etwa bei der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Gedenkdemonstration in Berlin. Juristisch verfestigt wurde dieses Vorgehen durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster im letzten Jahr. Demnach sind Fahnen oder Transparente mit Abdullah Öcalans Bild nur auf kleinen Informationsveranstaltungen zulässig, bei denen es allein um sein persönliches Wohl oder seine Gesundheit geht. Auch bei einer Demonstration im Januar in Berlin mit der alleinigen Forderung »Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan« wurden im Auflagenbescheid Öcalan-Bildnisse untersagt. Die Begründung lautete, dass die Forderung »Frieden in Kurdistan« auf Öcalan in seiner Funktion als Führer der PKK hinweise. Lässt man die letzten Monate Revue passieren, scheint Frieden in Kurdistan auch das Letzte, was die deutsche Bundesregierung aktuell anstrebt. Bei Verfahren gegen Personen, die auf Demonstrationen Öcalan-Fahnen mit sich geführt hatten, bleibt es nicht bei reinen Schreibtischermittlungen. Angeblich zur Beweissicherung kam es am 12. Januar in Hamburg zu Durchsuchungen des kurdischen Vereins und von Privatwohnungen. Im Nachlauf der Newroz-Feiern erfolgte Anfang April auch eine Durchsuchung der Räumlichkeiten von NAV-DEM (Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland) in Hannover.

Mit seinem Erlass aus dem letzten Jahr beabsichtigte das BMI, Symbole von PYD/YPG/YPJ gleichberechtigt mit den bislang verbotenen Symbolen der PKK aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Dieser Versuch muss als gescheitert angesehen werden aufgrund des halbherzigen Vorgehens der Behörde. Aus außenpolitischer Rücksichtnahme auf den Verbündeten USA, der in Syrien mit den kurdischen Verbänden militärisch eng kooperiert, scheute man sich, diese Gruppierungen als Teilorganisationen der PKK nach dem Vereinsrecht zu verbieten. Bei dem Bestreben der lokalen Versammlungsbehörden, das Zeigen dieser Symbole auf Versammlungen einfach per Auflagenbescheid zu untersagen, sind die Verwaltungsgerichte bei entsprechenden Klagen der VeranstalterInnen nicht mitgegangen. Den Anfang machte das Verwaltungsgericht Frankfurt im September letzten Jahres. Ein Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht Berlin bezüglich der Auflagen zu einer Demonstration im Juli letzten Jahres wurde am 6.12.2017 per Vergleich eingestellt. Die Versammlungsbehörde sagt zu, dass aufgrund von neuen Vorgaben des BMI Auflagen in dieser Form (bezüglich PYD-/YPG-/YPJ-Symbolen) in Zukunft nicht mehr erteilt werden würden. Hintergrund war eine neue vom BMI verschickte Anlage, in denen unterschieden wurde zwischen generell verbotenen PKK-Symbolen und solchen, die nur zu verbieten sind, wenn sie auf Veranstaltungen ersatzweise für PKK-Symbole verwendet werden oder die Veranstaltung einen eindeutigen PKK-Bezug hat. Somit ist zumindest bei Demonstrationen mit reinem Rojava-Bezug ein Verbot nicht mehr begründbar. Dem folgte auch das Verwaltungsgericht Magdeburg in einer Entscheidung vom 8. März.

Trotz dieses juristischen Teilerfolges bleibt eine gewollte Rechtsunsicherheit, weil es nach wie vor den Versammlungsbehörden im Vorfeld und der Polizei während der Versammlung obliegt, willkürlich zu entscheiden, ob nicht doch ein PKK-Bezug vorliegt. Beispiele dafür gibt es genug. Bei einer Demonstration gegen den türkischen Einmarsch in Efrîn im März in Hannover erließ die Polizei während der Veranstaltung die Auflage, die Fahnen mit den Bildnissen von Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez (den drei am 09.01.2013 in Paris durch den türkischen Geheimdienst MIT ermordeten kurdischen Revolutionärinnen) einzusammeln. Begründet wurde die Forderung damit, dass die Fahnen, obwohl an sich nicht verboten, einen unmittelbaren Bezug der Demonstration zur PKK schaffen und somit den angemeldeten Versammlungscharakter der Solidarität mit Efrîn unzulässig verändern würden. Eine ähnliche einstweilige Anordnung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom 19. Februar liegt vor, die eine gleichzeitige Verwendung von PYD-/YPG-/YPJ-Fahnen und der Forderung »Aufhebung des PKK-Verbots« untersagt, obwohl Fahnen und Forderung einzeln für sich nicht zu beanstanden seien. Ein klar rechtswidriges Verhalten zeigte die Polizei anlässlich einer Demonstration unter dem Motto »Efrîn wird leben« am 20. März in Gelsenkirchen. Obwohl Symbole der YPG durch Intervention des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen erlaubt waren, wurde eben eine solche der MLPD-Moderatorin Monika Gärtner-Engel gewaltsam entrissen und ihr mit einer Strafanzeige gedroht.

BMI legt nach

Im Zuge der hauptsächlich vom ehemaligen Bundesaußenminister Sigmar Gabriel betriebenen neuen Annäherung zwischen Deutschland und der Türkei legte das BMI noch einmal nach. Als »Orientierungshilfe« für alle Landesministerien und Strafverfolgungsbehörden verschickte es am 29. Januar ein erneutes Rundschreiben, wie das seit 1993 bestehende PKK-Verbot im Konkreten umzusetzen sei. In der neuerlichen Anordnung sind alle Anlässe »mit PKK-Bezug« aufgeführt wie »Versammlungen/Veranstaltungen, die der im Januar 2013 in Paris getöteten Anhängerinnen der PKK gedenken, Aktivitäten zum Newroz-Fest, das Zîlan-Festival, das Mazlum-Doğan-Festival, das Kurdistan-Kulturfestival, der Jahrestag der Ausweisung Öcalans aus Syrien und im November die Versammlungen/Veranstaltungen zum Verbot der PKK bzw. auch

zur Gründung der PKK«. Bei all diesen Aktivitäten sei »in der Regel stets ein PKK-Bezug« anzunehmen. Die Umsetzung ließ nicht lange auf sich warten. Eine für den 10. Februar vom kurdischen Dachverband NAV-DEM geplante Demonstration in Köln wurde kurzerhand verboten mit der Begründung, bei NAV-DEM handele es sich um eine Teilorganisation der PKK, die aufgrund des Vereinsgesetzes generell das Recht verwirkt habe, öffentliche Versammlungen und Aufzüge zu veranstalten und durchzuführen. Da nun jede größere Demonstration oder Versammlung zur Vorbereitung organisierte Strukturen und auch finanzielle Mittel braucht, zielte der Ausschluss von NAV-DEM als Anmelder darauf, jede größere Protestmanifestation gegen die angelaufene türkische Aggression in Efrîn zu unterbinden. Auch auf die kulturelle Befindlichkeit der ca. eine Million in Deutschland lebenden KurdInnen meinten die Sicherheitsbehörden keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen. Die für den 17. März in Hannover von NAV-DEM angemeldete zentrale Newroz-Feier – für die KurdInnen ein Symbol des Frühlings und des Widerstandes – wurde kurzerhand mit derselben Begründung wie in Köln ebenso verboten. NAV-DEM ginge es hauptsächlich darum, mit der Demo eine Propagandaplattform zu bieten, sich Finanzmittel durch Spenden und Verkaufserlöse zu beschaffen und AnhängerInnen zu rekrutieren, so die Sichtweise der Polizeidirektion Hannover. Nachdem NAV-DEM seine Anmeldung zurückgezogen hatte, meldete ein Bündnis aus Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion, dem Liedermacher Konstantin Wecker, dem Kabarettisten Dieter Hallervorden sowie linken und migrantischen Organisationen daraufhin eine eigene Newroz-Versammlung unter dem Motto »Newroz heißt Widerstand – der Widerstand heißt Efrîn. Bijî Newroz – Bijî Efrîn« in Hannover an. Auch diese Veranstaltung wurde von der Polizeidirektion als »Ersatzveranstaltung« verboten. Dagegen wurde Klage eingereicht. Nachdem über Tage Unsicherheit herrschte, ob in Deutschland ein zentrales kurdisches Newroz-Fest möglich ist, entschied das Verwaltungsgericht Hannover zugunsten der Anmelder. Ohne auf die juristischen Details eingehen zu wollen, verwarf das Gericht die Verbotsverfügung der Polizeibehörde in allen Punkten. Die Demonstrationszüge und die Abschlussfeier konnten dann auch weitgehend ungestört stattfinden, obwohl die Polizei immer wieder drohte, die Versammlung aufzulösen, wenn Bilder von Abdullah Öcalan nicht entfernt werden würden. Das Kölner Verwaltungsgericht folgte der Linie aus Hannover bezüglich eines von der Polizeibehörde verfügten Verbots für eine am 16. März in Bonn geplante Demonstration gegen den Krieg in Efrîn.

Auch bezüglich Presse- und Verlagsfreiheit schließt Deutschland gegenüber der Türkei auf. Der vorläufig letzte Repressionsakt – kaum war der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu von der internationalen Tourismusmesse ITB aus Berlin abgereist – fand am 9. März in Neuss im kurdischen Mezopotamien-Verlag und der »MIR Multimedia GmbH« statt. Auf Antrag des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamtes (LKA) hatte die 18. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf am 5. März die Durchsuchung sämtlicher Geschäftsräume, Garagen und Fahrzeuge der beiden Unternehmen angeordnet. Eine vorherige Anhörung der Betroffenen hat es nicht gegeben. Dabei wurden insgesamt 7,5 t Material beschlagnahmt. Neben Werken in türkischer und kurdischer Sprache auch die ins Deutsche übersetzten Schriften von Abdullah Öcalan und die Biographie von Sakine Cansız. Begründet wurde dieses polizeiliche Vorgehen mit der Behauptung, die beiden Vereine würden durch ihre Tätigkeiten »den organisatorischen Zusammenhalt« der »verbotenen PKK unterstützen« und hierdurch eine »vorteilhafte Wirkung« für diese hervorrufen. Festgemacht wird dies unter anderem daran, dass »einschlägige Bücher und Zeitschriften« verlegt und vertrieben werden würden. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels und die SchriftstellerInnenvereinigung PEN-Zentrum Deutschland nannten das Vorgehen undurchsichtig und forderten von den Behörden eine nachvollziehbare Aufklärung des Vorgehens.

Das Jahr 2018 ist bislang geprägt durch den Versuch der Repressionsbehörden, Proteste der kurdischen Community und der solidarischen deutschen Linken in einer seit den 1990er Jahren nicht mehr da gewesenen Weise zu unterdrücken. Das Ziel ist dabei, oppositionelle Stimmen gegen die Politik der Türkei und Solidaritätsbezeugungen mit der kurdischen Befreiungsbewegung möglichst komplett aus der Öffentlichkeit, den Medien und den sozialen Netzwerken zu verbannen. Als Grundlage dient das seit 1993 bestehende PKK-Verbot. Dass es bislang nicht gelungen ist, hat vor allem zwei Gründe: Zum einen funktioniert an diesem Punkt die Gewaltenteilung zwischen Justiz und Exekutive. Dem einfachen Weg, die Symbole von PYD/YPG/YPJ per Auflagenbescheid auf Versammlungen zu untersagen, ohne die Organisationen selbst hier in Deutschland nach dem Vereinsgesetz zu verbieten, sind die Verwaltungsgerichte bislang nicht gefolgt. Auch der Versuch, kurdische Versammlungen und Demonstrationen komplett zu verbieten, scheiterte bislang daran, dass sich die Gerichte an die langjährige vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene Rechtslage hielten. Darauf reagieren die Behörden, indem sie versuchen, den vom BMI vorgegebenen Graubereich auszuweiten, dass die PYD-/YPG-/YPJ-Symbole untersagt werden können, wenn sie ersatzweise für PKK-Symbole verwendet werden. In der Praxis wird das als gegeben angesehen, wenn sich Demonstrationen in ihrer Thematik oder auf Transparenten vorgetragenen Forderungen nicht auf den syrischen Teil Kurdistans beschränken. Um es exemplarisch zu machen: Auf einer Demonstration gegen das PKK-Verbot darf die Aufhebung des PKK-Verbots gefordert, aber keine Fahne der PYD/YPG/YPJ gezeigt werden. Auf Demonstrationen zur Solidari-



Proteste vor der Rheinmetall-Tochter in Bern Anfang April 2018. Foto: ANF

tät mit Efrîn sind dagegen die Fahnen erlaubt, aber nicht die Forderung zur Aufhebung des PKK-Verbots. Hier sind weitere juristische Schritte notwendig, um sicherzustellen, dass es den TeilnehmerInnen und VeranstalterInnen der Demonstration obliegt, welche Themenfelder und Forderungen sie auf die Straße tragen und wie sie diese miteinander verknüpfen.

Solidarität mit Rojava größer denn je

Ein weiterer Grund für das Teilmisslingen der behördlichen Verbotspolitik ist die breite Solidarität, die sich vor allem seit 2014 mit der kurdischen Befreiungsbewegung innerhalb der deutschen Linken entwickelt hat. Bei allen in diesem und letztem Jahr stattgefundenen größeren Demonstrationen, sei es der G20-Gipfel in Hamburg oder die Rosa-Luxemburg-Demonstration in Berlin, trugen große Teile der TeilnehmerInnen die Fahnen von PYD/YPG/YPJ sowohl als Zeichen der Solidarität als auch als Protest gegen die Repression. Die VeranstalterInnen der diesjährigen Erster-Mai-Demonstration in Berlin kündigten an, dass massiv Fahnen und Symbole der kurdischen Befreiungsbewegung mitgeführt werden würden unabhängig von der juristischen Zulässigkeit. Auch bei der allgemeinen Bevölkerung wirkt die positive Berichterstattung in den Mainstream-Medien aus den Jahren 2014 im Zusammenhang mit der Verteidigung von Kobanê und der Rettung der ÊzîdInnen aus dem Şengal-Gebirge durch die YPG nach. Es ist der Öffentlichkeit und den Medien schwer zu vermitteln, warum deren Symbole jetzt in Deutschland verboten sein sollten. Für staatlich organisierte Desinformationskampagnen wie in den 1990er Jahren, in denen die PKK weniger als Guerilla denn als mafiöse Drogenhandel- und Schutzgelderpresserbande dargestellt wurde, fehlt jeder materielle Ansatzpunkt, auch wenn Exaußenminister Sigmar Gabriel in einem Exklusivbeitrag für den Berliner Tagesspiegel vom 21. März wieder in diese Mottenkiste greift.

Bei Analysen, welche Motivation die Bundesregierung zu ihrer türkeigefälligen Politik treibt, wurden immer wieder der Flüchtlingsdeal oder geheime Abmachungen im Zusammenhang mit der Freilassung des Journalisten Deniz Yücel genannt. Dies greift aber zu kurz. Klar ist, dass die Verschärfung nicht innenpolitisch motiviert ist. Liest man die Abschnitte über die kurdische Befreiungsbewegung in den Verfassungsschutzberichten der letzten Jahre, gleichen sich deren Inhalte bis auf den Austausch von Einzelereignissen und Zahlen. Klar ist zudem, dass die verschärfte Umsetzung des PKK-Verbots zentral vom Bundesinnenministerium mit den Erlassen vom 2. März 2017 und 19. Januar dieses Jahres angeordnet wurde und bei den mit der Ausführung beauftragten Landesbehörden zumindest anfänglich auf Unverständnis stieß. Deutschland war bei dem Angriffskrieg gegen Efrîn tatsächlich Kriegspartei. Es ist davon auszugehen, dass es spätestens beim Treffen der Außenminister Gabriel und Mevlüt Çavuşoğlu Ende Januar detaillierte Absprachen über das Vorgehen in Efrîn gab und dies von der Bundesregierung auch abgesegnet wurde. Und sei es nur aus der Einsicht heraus, wenn es schon nicht verhindert werden kann – wozu Deutschland im Gegensatz zu den USA und Russland tatsächlich die militärischen Mittel fehlen –, dann soll zumindest davon profitiert werden. Die Kooperation zielte zum einen auf das Militärische. Mit Sigmar Gabriels Angebot, die türkischen Leopard-Panzer gegen Minen und Sprengfallen

nachzurüsten, sollten diese im Kampf gegen die YPG gestärkt werden und nicht wie behauptet gegen den IS, zu dem die Türkei nach wie vor ein entspanntes Verhältnis pflegt. Dass es dazu nicht kam, lag lediglich am schlechten Timing zwischen der neu gestarteten deutsch-türkischen Annäherung und dem Angriff auf Efrîn. Entgegen den Äußerungen von Gabriel wurden noch während der Angriffe auf Efrîn deutsche Waffen und Militärausrüstung im Wert von 4,4 Millionen Euro geliefert.

Ein weiteres Feld der Kooperation sind die Unterdrückung von zivilem Widerstand und die Prägung der öffentlichen Meinung. In der Türkei bestanden die Befürchtungen, dass es ähnlich wie 2014 beim Kampf um Kobanê zu Aufständen in den kurdischen Teilen der Türkei kommen könnte. Schon zu Beginn des Krieges verlautete Erdoğan an die Adresse der HDP (Demokratische Partei der Völker), dass sie alle »zermalmen« würden, die jetzt auf öffentlichen Plätzen gegen den Krieg zu protestieren versuchen. Mittlerweile sind in der Türkei über 600 Personen inhaftiert, die sich auch nur in den sozialen Medien von dem Krieg distanzierten. Deutsche StaatsanwältInnen leisten mit ihrer Jagd auf YPG-Symbole im Internet den gleichen Job wie ihre türkischen Kollegen, auch wenn hier niemand direkt inhaftiert wird. Die Türkei nimmt seit Jahren den Widerstand der kurdischen Diaspora in Europa genauso ernst wie in den vier Teilen Kurdistans. Nur braucht sie hier andere Mittel und die europäischen Regierungen als Bündnispartner. Diese Rolle fällt vor allem Deutschland zu, da hier mit Abstand die meisten KurdInnen in der Diaspora leben. Und diese Rolle hat Deutschland über die Weisungen des BMI zur verschärften Umsetzung des PKK-Verbots, während deutsche Panzer in Efrîn rollen, sehr zur Zufriedenheit der Türkei erfüllt. So stand bei den geplanten Verboten kurdischer Demonstrationen in den letzten Wochen natürlich nicht wie behauptet die öffentliche Sicherheit im Vordergrund, sondern die öffentliche Wahrnehmung der türkischen Aggression in Syrien. Während vor allem die öffentlich-rechtlichen Medien täglich über die unmenschlichen Angriffe der syrischen Armee und Russlands auf die Region Ost-Ghouta in der Nähe von Damaskus berichteten, bedurfte es nach pflichtgemäßer Berichterstattung über den Einmarsch in Efrîn in den ersten Tagen jedes Mal größerer kurdischer Demonstrationen, um das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Dies sollte vermieden werden, indem bedingt durch die Verschärfung des Verbots Auseindersetzungen mit der Polizei um Fahnen im Vordergrund der Berichterstattung stehen oder die Proteste besser noch gar nicht erst stattfinden.

Die Bundesregierung setzt weiterhin mittelfristig auf die geopolitische Kooperation mit der Türkei ungeachtet deren demokratischer Verfasstheit. Ein wesentliches Element dafür ist die von Exaußenminister Gabriel in dem oben erwähnten Artikel geschilderte Angst vor einer dauerhaften Abwendung der Türkei von der NATO hin zu Russland. Die Türkei müsse um jeden Preis weiter im Westen eingebunden bleiben, wozu auch Waffenlieferungen notwendig seien. Präsident Erdoğan weiß um dieses Drohpotential und spielt es hervorragend aus. Es deuten sich aber auch neue Konfliktlinien an. Unter den Akteuren bildet sich zunehmend eine Achse USA–Saudi-Arabien–Israel ab, deren Hauptziel in Syrien und im Irak darin besteht, den iranischen Einfluss zurückzudrehen. Dazu dient ihnen die Allianz mit den kurdisch geprägten QSD (Demokratischen Kräften Syriens) östlich des Euphrats, die für die Türkei ein Schreckgespenst darstellen. Deutschland sieht den Einfluss der USA im Mittleren Osten eher schwinden und möchte in dieses Vakuum eindringen. Der Allianz der USA mit den QSD gibt die Bundesregierung keine lang anhaltende Perspektive und sie setzt auf die lokalen Mächte Türkei und Iran, um ihren Einfluss in der Region auszubauen. Es ist kein Zufall, dass sie ausgerechnet in den nördlichen Provinzen Syriens Aufbauhilfe leistet, die von mit der Türkei verbündeten dschihadistischen Milizen kontrolliert werden, wie die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linkspartei einräumen musste.

Zur Ausweitung des deutschen Einflusses dient auch der unter dem Motto »mehr Verantwortung übernehmen« angekündigte Ausbau des Bundeswehreinsatzes im Irak. Neben den kurdischen Peschmerga soll jetzt auch die irakische Zentralregierung militärisch unterstützt werden. In dieses Bild passen – wenn auch dementierte – Berichte, die USA würden Streitkräfte vom türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik abziehen, sowie die kürzliche Ankündigung des saudi-arabischen Kronprinzen Mohammed bin Salman, das Existenzrecht Israels unter bestimmten Voraussetzungen prinzipiell anzuerkennen. Ebenso lassen die Formulierungen im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung aufhorchen, die Koalition wollen keine weiteren Waffen an Länder liefern, die am Konflikt im Jemen beteiligt sind. Unabhängig davon, ob dies im Detail auch erfolgt, ist es ein Affront gegen Saudi-Arabien und ein Signal an den Iran.

Gegen diese geostrategischen Ränkespiele, die im Mittleren Osten Millionen Menschen Leid und Tod bringen, steht das Konzept des demokratischen Konföderalismus vom friedlichen und selbstbestimmten Leben der Volksgruppen der Region, auch wenn es durch die militärische Überlegenheit der Nationalstaaten zurzeit sehr unter Druck steht. Tragen wir unseren Teil in Europa bei, durch Öffentlichkeit und Solidarität für Entlastung zu sorgen. ♦

Detailliertere Informationen zur aktuellen Repression unter:
https://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/AZADIinfodienst/nr180/info180.pdf
https://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/AZADIinfodienst/nr179/info179.pdf

Die Rettung der Autonomen Region Kurdistan vor dem Kolonialismus

Die Abhängigkeit überwinden …

Devriş Çimen, Journalist, Hewlêr

Ununterbrochen passieren täglich Hunderte LKWs die türkisch-irakische Grenze Richtung Zaxo, Duhok, Hewlêr/Erbil oder Silêmanî/Sulaimaniyya. Einige lassen auch die kurdischen Städte hinter sich und fahren bis in den Zentralirak. Die LKWs transportieren Güter über die türkische Grenze, die auf dem türkischen Markt nicht mehr verwertbar sind, deren Qualität äußerst gering ist oder deren Verfallsdatum kurz bevorsteht. Fast alle haben türkische Kennzeichen und tragen türkische Namen: Malkoçoğlu, Fatih, Türkler, Sarıboğalar, Turhan, Tunahan, Yunus Emre, Akbağ, Akan, Arıhan, Akhan, Pilot, Öz Sezer, Babur, Edinoğlu, Reyhan, Öz Konaklı, Filomlu, Sayılır, Trans Aktaş, Seray, Nuhoğlu, Misnak …

Wer diese Straßen passiert, wird sie gesehen haben: An vielen Stellen entlang der Route, die von den türkischen LKWs in der Autonomen Region Kurdistan befahren wird, stehen riesige Werbetafeln mit der Aufschrift »Taha Group – Wir bringen die Welt in den Irak«.

Die Taha Group mit ihrem Firmensitz in Istanbul setzt sich aus Unternehmen wie der Taha Holding, Taha Tekstil, Taha Diş Giyim, Talu Tekstil, Yavuz Tekstil, Fetih Tekstil, Fatih Tekstil, Fatih Emprime und Özen Mensucat zusammen. Auf ihrer Internetseite beschreibt sie sich als Firma, die »von der Herstellung bis zur Logistik Dienstleistungen im Bereich der Textilproduktion« anbietet. Sie bringt also nicht, wie ihre Werbung vermuten lässt, die gesamte Welt, sehr wohl aber türkische Waren in den Irak und die Autonome Region Kurdistan. Es lohnt sich, die Gründe und Ergebnisse dieser Eroberung des irakischen Marktes durch Tausende türkische Firmen näher zu betrachten.

Der Beginn der Ausbeutung des Mittleren Ostens durch das Modell der Nationalstaaten

Die Menschen aus der Region des Mittleren Ostens leisteten im Rahmen ihrer langen Geschichte gemeinsamer kultureller Werte wichtige Beiträge zur historischen, kulturellen und wissenschaftlichen Entwicklung der Welt. Doch heute scheinen viele Menschen den Mittleren Osten, den Irak oder Kurdi-stan zu betrachten, als habe es derlei Entwicklungen nie gegeben. In diesem Zusammenhang wird es als eine Art Schicksal hingenommen, dass die Schätze der Region auf und unter der Erde heute ausgeplündert und ausgebeutet werden.

Für diese Situation haben zwei wichtige Entwicklungen gesorgt. Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches wurde der Mittlere Osten durch die Schaffung zahlreicher Nationalstaaten neu geordnet. Die hegemonialen Kräfte der kapitalistischen Moderne, also die westlichen Länder, waren bestrebt, ihre eigenen Interessen und Profite in diesem Rahmen durchzusetzen. In der Region wurde den neu entstandenen Nationalstaaten die Funktion kleiner Polizei- und Militärposten zugesprochen, mit deren Hilfe die Plünderung und Ausbeutung der Region gewährleistet werden sollte. Die Regime, die innerhalb dieser künstlichen Grenzen eingerichtet wurden, zwangen nun die verschiedenen Völker, Glaubensgemeinschaften und kulturellen Gruppen zur Assimilation und Kollaboration. Die hegemonialen Kräfte der kapitalistischen Moderne nutzten die künstlichen Nationalstaaten im Mittleren Osten, um während des 20. Jahrhunderts im Rahmen einer Teile-und-Herrsche-Politik die eigenen Interessen in der Region durchzusetzen.

Teilen, beherrschen, Konflikte schaffen, Ressourcen beschlagnahmen …

Die im 20. Jahrhundert geprägte Ordnung der Region erfüllt heute nicht mehr ihre damalige Funktion. Im 21. Jahrhundert wird versucht, die vielen verschiedenen Gruppen innerhalb der Nationalstaaten in Konflikte miteinander zu verwickeln, um sie zu einem Werkzeug des Ausbeutungssystems zu machen. Dabei muss betont werden, dass die Verantwortung für das Chaos und die Zerstörung im Mittleren Osten nicht ausschließlich bei den westlichen Mächten liegt, deren Einfluss

auf die derzeitigen Entwicklungen jedoch nicht unerheblich ist. Die alte Teile-und-Herrsche-Politik wird heute durch eine Politik der Vertreibung und der Abhängigkeit erweitert.

Dieses System gewann in der Vergangenheit durch die Zusammenarbeit mit despotischen Regimen in der Region Legitimität. Man setzte sich selbst eine Maske der Demokratie, Menschenrechte etc. auf, mit der man als Verteidiger und Beschützer universeller Werte die Sympathien gewann – insbesondere in Abgrenzung zur Gewalt und undemokratischen Politik der Regimes ihrer eigenen Bevölkerung gegenüber. Daraus ergab sich ein Spiel, in dem der Henker beschuldigt wurde, anstatt den Finger auf die Verursacher des Spiels, die Entscheider und die Verhänger der Todesurteile zu richten.

Die Zerschlagung des Iraks durch Krieg und Zerstörung

Werfen wir einmal einen detaillierten Blick auf die Entwicklungen im Irak, da sie unmittelbar die Situation in der Autonomen Region Kurdistan betreffen. Die USA nahmen Anfang der 1990er Jahre die irakische Besatzung Kuwaits als Vorwand, um den bis dahin Verbündeten Saddam Hussein fallen zu lassen, dem irakischen Regime den Krieg zu erklären und Zehntausende Menschen zu töten. Im Rahmen dieses Krieges wurde durch die Zerstörung des Trinkwassersystems, der Kanalisationssysteme und der Staudämme das Fundament des irakischen Staates zu einem Großteil zerstört. Zusätzlich wurden zahlreiche Sanktionen gegen den Irak verhängt. 1996 wurde die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright in einer Fernsehsendung gefragt, was sie angesichts der durch die Sanktionen gestorbenen 500.000 irakischen Kinder empfinde. Albright antwortete, die Sanktionen stellten »eine harte und folgenreiche Option« dar, würden es aber »in Anbetracht der Gesamtlage durchaus wert« sein. Eine Ministerin, die ein Massaker derart kaltblütig verteidigte, musste nie Konsequenzen für ihr Handeln fürchten. Der »Wert« dieser Maßnahmen bestand sicherlich nicht nur in der Entmachtung des Saddam-Regimes, sondern in der Plünderung der Reichtümer des Iraks.

Albright sprach damals einerseits der Weltöffentlichkeit gegenüber von der Demokratisierung des Iraks, der insbesondere von der amerikanischen Waffen- und Ölindustrie zu einer Quelle des Profits erklärt wurde. Andererseits verfolgte sie eine Außenpolitik, durch die die Plünderung und Besatzung des Iraks legitimiert werden sollte. Der weitere Verlauf ist bekannt: Unter Führung der USA nahm sich ein internationales Bündnis von Firmen und Kartellen, insbesondere Großbritannien, den Irak als Ziel, woraufhin dieser im Jahr 2003 besetzt wurde. Auch die begrenzten Freiheiten, welche die Autonome Region Kurdistan durch den Krieg gegen den Irak hinzugewann, können nicht verschleiern, dass es sich um eine Besatzung des Iraks handelte. Länder, die sich gegen diese Besatzung wandten, wurden mit einem »Schweigegeld« ruhiggestellt. An der Spitze der Empfänger eines derartigen Schweigegeldes stehen Deutschland, Frankreich, die Türkei und weitere Staaten.

Sinan Antoon: »Die USA haben vor 15 Jahren mein Land von der Landkarte gestrichen«

Am 29. März, dem Jahrestag der amerikanischen Besetzung des Iraks, erschien in der New York Times ein Artikel des irakischen Autors Sinan Antoon mit der Überschrift »Die USA haben vor 15 Jahren mein Land von der Landkarte gestrichen«. Der Artikel liest sich wie eine Art Klagelied. Antoon führt die Folgen der amerikanische Besatzung auf und spricht davon, dass die Besatzung weit schlimmer als die Zeit unter Saddam sei: »Nach 15 Jahren Besatzung weiß niemand, wie viele Iraker gestorben sind. Einige vertrauenswürdige Quellen sprechen von einer Million Toten. Lesen Sie diesen Satz gerne noch einmal. In den USA wird im Zusammenhang mit der Besatzung des Iraks von einem ›Irrtum‹ oder ›einem großen Fehler‹ gesprochen. Es war ein Verbrechen. Die Verantwortlichen sind noch immer frei. Die Befürworter und ›Experten‹, die uns dem Krieg aussetzten, setzen ihre Taten bis heute fort. Ich hätte nie geglaubt, dass es schlimmer als zu Zeiten Saddams hätte kommen können, aber genau das ist es, was die USA mit dem Krieg erreicht und den Irakern hinterlassen haben.«

Die Aufteilung des Iraks durch seine Zerschlagung

An dieser Stelle sei nur kurz erwähnt, dass Gruppen wie der Islamische Staat (IS), al-Nusra etc. ein Resultat dieser Besatzung sind. Nach der Besatzung des Iraks wurden Handel, Produktion, Industrie, Viehzucht, die Kanalisation in den Städten, Märkte und der öffentliche Raum zerstört. Das Gebiet mit seinen Menschen, das wir den Irak nennen, wurde zu einer Profitarena für die USA und zahlreiche weitere Länder. Im Irak, der von einem Rachefeldzug der Schiiten an den Sunniten geprägt war, gewann die Autonome Region Kurdistan einen offiziellen Status und wurde zu einem profitablen Gebiet inmitten der blinden Gewalt.

Das Saddam-Regime war zwar zerschlagen worden, aber Pläne für die Zeit danach gab es keine. Das nationalstaatliche Modell, das eigentlich auf globaler und regionaler Ebene ersetzt werden müsste, wurde in der Autonomen Region Kurdistan in Form einer schlechten Kopie übernommen. Im Rahmen der Politik des »Schweigegeldes«, die wir zuvor schon erwähnt haben, wurde ein System aufgebaut, in dem die beiden früher verfeindeten Parteien YNK und PDK sich die Macht teilen

sollten. Als Folge dieser Entwicklungen sicherte sich der Iran in den Gebieten der YNK seinen Einfluss, während die Türkei das Gleiche in den Gebieten der PDK tat. Die Einflussbereiche waren derart offen zugänglich, dass diese beiden Regionen, die zusammen die Autonome Region Kurdistan ergaben, in eine Kolonie verwandelt wurden.

Besetzung des Geistes in der Autonomen Region Kurdistan

Seit der Zerschlagung des Saddam-Regimes sind 15 Jahre vergangen. Seither wurden Städte wie Hewlêr, Duhok oder Silêmanî mit Waren überschwemmt: vom Bausektor bis zu Elektrowaren, Textilware, Obst und Gemüse und Waren, die aufgrund ihrer schlechten Qualität eigentlich nicht vermarktbar sind. Sie stammen hauptsächlich aus der Türkei und dem Iran. Während genaue Zahlen zu den iranischen Waren fehlen, wissen wir von mindestens 1.500 türkischen Firmen, die in Südkurdistan aktiv sind. Neben der ökonomischen Dimension der Besatzung wird auch eine kulturelle Besatzungspolitik verfolgt. Auf den Sendern, die der PDK nahestehen, laufen schlecht synchronisierte Serien ohne jeglichen künstlerischen und inhaltlichen Anspruch wie »Arka Sokaklar«, »Güllerin Savaşı«, »Kurtlar Vadisi«, »Kara Gül«, »Lale Devri«, »Akasya Durağı« und viele weitere. Auf Sendern wie K24 und Rudaw werden die Reden Erdoğans live übertragen. So findet eine Art Besatzung des Geistes statt.

Neben der Abhängigkeit der PDK von der Türkei wird damit auch die Besetzung des Intellekts der Bevölkerung beabsichtigt. Sie soll in eine Situation gebracht werden, in der sie die Vorgaben Erdoğans und der Türkei schweigend hinnimmt, die in etwa so klingen: »Bleib da, wo du bist. Verdiene dein Geld, du hast ja Öl. Bleib ruhig. Ihr wollt einen unabhängigen Staat? Ihr habt eine 350 Kilometer lange Grenze mit uns! Habt ihr eure Pläne mit uns oder dem Iran besprochen?« Mit diesen Worten richtete sich Erdoğan am 28. September 2017 und damit nur drei Tage nach dem Referendum an Mesûd Barzanî. Kein Politiker wies diese Worte zurück. Doch der Faschist Erdoğan, der alle Kurdinnen und Kurden zu Feinden erklärt, ist nicht demokratischer als der Diktator Saddam Hussein es war. Auch wenn die beiden sich in ihrer Art unterscheiden mögen und auch die Zeit heute eine andere ist, bestehen keine Unterschiede in ihrem Ziel, die Kurdinnen und Kurden zu verleugnen und auszulöschen.

Kulturelle Auflösung und gesellschaftliches Chaos

Trotz ihrer zahlreichen Möglichkeiten und Ressourcen ist die Gesellschaft Südkurdistans heute aufgrund ihrer Ausbeutung und der Entkoppelung von ihrer Identität und ihrem Zusammenhalt mehr denn je sich selbst entfremdet. Noch nie waren Hoffnungslosigkeit und Vereinzelung, Amtsmissbrauch und Autokratismus, undemokratische Praktiken und die Schwäche im Bereich der Bildung und öffentlichen Dienstleistungen derart ausgeprägt wie heute. In dieser ausgesprochen fruchtbaren Region wurden die Menschen der Produktion und Lebensfreude entfremdet, sodass sie heute in Alltagssorgen ertrinken und sich Lösungen von den vor Problemen strotzenden politischen Instanzen versprechen. Die Krise wird vertieft, indem die Regierung der Ausbeutung durch den türkischen und den iranischen Staat Tür und Tor öffnet. Sie schafft es nicht, eine kommunale Wirtschaft aufzubauen, die eigenen Produktionskapazitäten zu entwickeln, die eigenen Waren auf den Markt zu bringen und zu angemessenen Preisen zu verkaufen. Diese Entwicklungen leiten somit eine Phase der kulturellen Auflösung und des gesellschaftlichen Chaos ein. Wenn die Menschen sich dieses Umstandes bewusst werden, werden sie versuchen, dies zu verhindern. Geschieht dies nicht, wird diese Entwicklung tödliche Folgen haben.

All diesen negativen Entwicklungen Einhalt zu gebieten wäre daher Ausdruck eines eigenen Willens. Der politische Widerstand gegen die Kolonialisierung ist ein zentraler Teil davon. Doch die derzeitigen regionalen und internationalen Beziehungen machen es der Regierung der Autonomen Region Kurdistan unmöglich, eine entsprechende Politik zu verfolgen. Durch die Verbindung der außenpolitischen Beziehungen mit dem innenpolitischen Chaos und der Unzufriedenheit entsteht eine Situation der Instabilität.

Die Autonome Region Kurdistan davor retten, zu einem Hinterland der Türkei zu werden

Die Türkei betrachtet Kurdistan als ihr eigenes Hinterland und hat die Autonome Region mittlerweile politisch, militärisch, wirtschaftlich und ökonomisch besetzt. Sie versucht durch vielfältige Angriffe auf den Teil Kurdistans, der einen offiziellen Status erhalten hat, diejenigen kurdischen politischen Kräfte in ihrer Existenz und Organisierung zu behindern, die den türkischen Interessen zuwiderhandeln. Dieser Politik den Boden zu bereiten entspricht keiner an Kurdistan interessierten Politik oder Haltung, sondern unterstützt die Ausbreitung des Chaos in der Region und insbesondere im Irak auf Kurdistan. Das Schweigen angesichts der türkischen Angriffe aus der Luft und am Boden auf Südkurdistan ist Ausdruck einer Politik der Kollaboration und der politischen Abhängigkeit. Für eine detailliertere Betrachtung der Situation ist die Erklärung der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) vom



Proteste von Lehrkräften und Angestellten des öffentlichen Dienstes in Südkurdistan wegen Nichtzahlung ihrer Löhne und Gehälter. Foto: ANF

10. April 2018[1] sehr aufschlussreich. Die KCK kritisiert darin die Existenz türkischer Militärstützpunkte in Südkurdistan: »In Südkurdistan befinden sich mehr als 15 türkische Militärbasen. Sie wurden nicht nur für den Kampf gegen die kurdische Freiheitsbewegung gebaut, sondern sie dienen vielmehr der Kontrolle über Südkurdistan, der Verhinderung einer kurdischen Einheit, dem Druck auf die südkurdischen Kräfte und der Entfachung innerkurdischer Konflikte. Derzeit weitet der türkische Staat seine Besatzung in Südkurdistan aus und erweitert in diesem Zuge auch seine Militärbasen.«

Einen Tag nach dem »Unabhängigkeitsreferendum« in Südkurdistan am 25. September 2017 richtete sich Erdoğan in einer abfälligen Ansprache an den damaligen Präsidenten Mesûd Barzanî: »Wenn wir jetzt unsere Sanktionen in Kraft setzen, wirst Du sowieso das Nachsehen haben. Wenn wir den Hahn zudrehen, ist Schluss. Alle Einkünfte kommen zum Erliegen. Sobald die LKWs nicht mehr in den Nordirak fahren, werden Sie dort nichts mehr zu essen und auch keine Kleidung finden. So wird Ihre Situation bald aussehen.« Die LKWs und ihre Waren aus der Türkei, die wir zu Beginn erwähnten, stellen sich also als gar nicht so unschuldig dar. Sich gegen diese Aggressionen zu stellen wird dazu führen, die Abhängigkeit zu überwinden und mit einer unabhängigen Haltung den Weg für ein freies Leben in Kurdistan zu ebnen.

Und solange die Regierung nichts unternimmt, um die Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen, werden die kurdischen Obst- und Gemüsehändler auch in diesem Sommer dazu gezwungen sein, ihre frische Ware am Straßenrand zum Kauf anzubieten. ♦

1 https://anfdeutsch.com/kurdistan/kck-basur-ist-bedroht-es-ist-zeit-fuer-die-nationale-einheit-3788

Efrîn: Çiyayê Kurmênc – Die kurdische Bergregion

Der kleinste Teil von Rojava

Mustefa Reşîd, Yeni Özgür Politika PolitikART 14.03.18

Efrîn, das auch als Çiyayê Kurmênc (kurdische Bergregion) bezeichnet wird, ist der kleinste Teil von Rojava (kurd. f. »Westen«; Westkurdistan/Nordsyrien). Es liegt östlich der Amanos-Berge und Hatays. Das Gebiet misst in Ost-West-Richtung 55 Kilometer und von Nord nach Süd 75 Kilometer. Die Eisenbahn von Aleppo nach Istanbul verläuft hier hindurch.

Der größte Berg der Region, Hawarê, liegt im Norden, erstreckt sich von Ost nach West und ist 1200 Meter hoch. Sein westlicher und nördlicher Teil verläuft über die Grenze zwischen Nordkurdistan und Rojava. Er reicht in den Süden und zieht sich in den Osten bis zu den Bergen Şikakan, Amkan und Xastiyan. In deren Mitte erhebt sich im Süden der Region der Berg Lêlûn (Bêlus) und verläuft vom Süden nach Westen zwischen kurdischem und arabischem Gebiet. Zwischen den Bergen Lêlûn Dağı und Xastiyan liegt die Ebene Cûmê, die bekannt ist für ihren fruchtbaren Boden. Sie erstreckt sich im Westen bis zur Hemqê-Ebene, vom Osten bis in das Stadtzentrum von Efrîn und verläuft sich im Norden. So trennt sie das Şikakan-Gebiet vom Berg Xastiyan. Das Quellgebiet des Efrîn-Flusses liegt zwischen Gurgum (Maraş) und Dîlok (Antep) in Nordkurdistan und er fließt in der Nähe von Kela Horî nach Efrîn. Er erstreckt sich vom Gebiet Şikakan bis in die Nähe des Stadtzentrums von Efrîn, verläuft bis zu den Ebenen Deşta Cûmê und Cûmê Ovası und erreicht Asi und Ava Reş. Diese Flüsse fließen aus drei Richtungen zusammen und münden in der Nähe von Hatay in das Mittelmeer.

Die Geschichte der kurdischen Bergregion (Efrîn)

Die Kurden haben in der Geschichte der Region immer ihre Rolle gespielt. Zur Zeit der Griechen und Römer wurden sie als »Kurdîka« bezeichnet. Die Araber nannten die Region »Dschebel al-Akrad« und die Osmanen »Kürd-Dağı« (kurdischer Berg). Die Region, die an das kurdische Fürstentum in Kilis angebunden war, hieß bei den Kurden immer »Çiyayê Kurmênc«.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der syrische Staat gegründet und İskenderun und Hatay blieben Teil der Türkei. Die kurdische Bergregion war Teil des neuen Syriens. Die Stadt Kilis, von der aus Efrîn verwaltet wurde, blieb auch bei der Türkei. Deshalb wurde für die Leitung die Stadt Mabata ausgewählt. Später wurde die Verwaltung in das neuaufgebaute Zentrum von Efrîn verlegt, das offiziell zum Distrikt erklärt wurde und an das drei Gemeinden (Hamam, Bulbul und Raco) gebunden waren. Im Jahr 1938 übergab Frankreich das Gebiet İskenderun (Provinz Hatay) der Türkei, um sie von einem Kriegseintritt an der Seite des Deutschen Reiches abzuhalten.

Aufgrund der neu gezogenen Grenzen wurde die Gemeinde Hamam geteilt. Deshalb wurde das Gemeindezentrum in das ehemalige Dorf Cindirês verlegt, das später Gemeindestatus erhielt. Im Jahr 1960 wurden drei weitere Gemeinden (Mabata, Şiran, Şiyê) gegründet und offiziell akzeptiert. Damit war die Zahl der Gemeinden von Efrîn mit Cindirês, Bilbilê, Raco, Mubatan, Şiran, Şiyê auf sechs gestiegen. Efrîn, die kurdische Bergregion, mit 366 Dörfern und Zentren, wird nahezu vollständig von Kurden bewohnt. Im Rahmen der Landreform und der Politik des »arabischen Gürtels« im Jahr 1960 wurden einige Gebiete Arabern aus anderen Regionen überlassen. Deren Zahl war sehr gering und auch sie begannen die kurdische Sprache zu sprechen.

Religion und Konfession

Die in der Region lebenden Menschen sind zum großen Teil Muslime, die der hanafitischen Rechtsschule angehören, die Mehrheit der Kurden hingegen Schafiiten. In der Vergangenheit lebten hier auch viele Êzîden, deren Zahl aber mit der Zeit immer mehr schrumpfte, sodass die êzîdische Bevölkerung heute auf wenige Dörfer begrenzt ist. In einigen Dörfern leben Êzîden und Muslime zusammen. Nur im Dorf Mubatan leben Aleviten.


ANHA

Landwirtschaft

Efrîn ist im Hinblick auf Vegetation und landwirtschaftliche Produkte eine sehr reiche Region, bekannt vor allem für seine Oliven. Die Millionen Olivenbäume überall verleihen ihr eine gewisse Schönheit. Olivenöl und der Handel mit den Oliven sind eine wichtige Einnahmequelle, auch Trauben sind eines der besonderen Produkte der Region. Die anfangs noch beschränkte Traubenproduktion hat sich mit der Zeit entwickelt. In Efrîn, bekannt als Heimat von Obst, werden unter anderem Granatäpfel, Äpfel, Kirschen, Pfirsiche, Aprikosen, Feigen, Birnen, Maulbeeren und Quitten angebaut, an einigen Orten auch Walnüsse und Mandeln. Ebenso gehören Weizen, Gerste, Mais, Sesam, Sonnenblumen, Linsen, Kichererbsen, Tabak und Baumwolle zu den hergestellten Produkten, genauso wie vielerlei Arten von Gewürzen wie Sumach (Essigbaum), Zatar.

Tierhaltung

Früher war in der Region kleine Schaf- und Ziegenzucht verbreitet. Doch gegenwärtig gibt es vielleicht noch in gewissen Gebieten Tierhaltung, aber auch das nur für den Eigenbedarf. Neben Geflügel werden noch Rinder herangezogen. Trotzdem die Imkerei nicht so verbreitet ist wie früher, bildet sie immer noch eine der Lebensgrundlagen in der Region.

Kultur und Folklore

Die Folklore-Tracht der Männer in Efrîn ähnelt der Kleidung der Parther. Die Tänze der Region sind sehr bekannt. Die Volkstanzgruppen aus Efrîn belegten bei Tanzwettbewerben in Syrien oft den ersten Platz.

Da die Region um Efrîn ihre Sprache schützte, konnte sie ihre Kultur, die Folklore und andere kulturelle Besonderheiten bis heute bewahren. Viele bekannte Dengbejî, wie Hemûş Korik, Ibramê Bêsnî (Îbramê Tirko), Cemîlê Kerê, Cemîl Horo, Omerê Cemlo, Evdê Şehrê, Hesnazî, Reşîdê Memcûcanê, Adîk Necar, Beytaz, Eliyê Kabê, Elî Tico, kommen von hier.

Tourismus und historische Stätten

Efrîn ist auch im Hinblick auf Archäologie und Tourismus eine wichtige Region. Wie in anderen Orten Kurdistans finden sich auch hier überall die Spuren und Überreste aus der Geschichte. Am Berg Lêlûn sind viele historische Stätten. Die bekannteste ist Qal´at Sim´an, das Simeonskloster. Jedes Jahr besichtigten es ganze Touristenkolonnen. Im Nordwesten gibt es die Burg Horu, auch als Burg Syrus bezeichnet. Die historische Brücke in Burgnähe wird noch heute genutzt. In Ziyareta Henên liegt das Grab des kurdischen Anführers Nuri Dersimi.

Einnahmequellen

Die Mehrheit der Menschen aus der Region lebt vor allem von Landwirtschaft und Tierhaltung. Die Felder werden mit Traktoren beackert. Wenn auch wenig, so wird doch immer noch mithilfe von Tieren gepflügt. Neben der Landwirtschaft und Tierhaltung gibt es noch andere Berufe wie die Schneiderei. Früher hatte es eine große Zahl von Wassermühlen gegeben. Auch bei der Olivenölherstellung wurden Tiere genutzt. Heute bedient man sich an den Produktionsstätten elektrischer Mühlen. Für die Olivenherstellung wurden in der Region viele moderne Anlagen errichtet. In diesem Zusammenhang gibt es Zinnwerke und Seifenfabriken. In der Baubranche werden in vielen Werkstätten Ziegel und Steine hergestellt.

Handel

Man kann nicht behaupten, dass die Menschen aus der Region in puncto Handel sehr aktiv seien. Trotz des Reichtums in Efrîn profitieren sie nicht davon. Viele Hersteller verkaufen ihre Ernte direkt an Händler aus Aleppo. Mit den von ihnen erhaltenen Vorschüssen sind sie in gewisser Art und Weise mit einer Hypothek auf ihre Produkte belastet. Im Stadtzentrum und den Gemeinden von Efrîn findet einmal in der Woche ein Markt statt, in Efrîn mittwochs und in Cindirês montags. Dort werden die Produkte des täglichen Bedarfs verkauft. ♦

Abdullah Öcalan ist aus der marxistischen Bewegung hervorgetreten ...

Die Schule Öcalans

David Graeber

Der Marxismus hat eine eigene Vorstellung von einer alternativen und intellektuellen Welt, mit seinen eigenen komplexen Debatten und Terminologien, mit nur wenigen Berührungspunkten mit dem akademischen Betrieb. Abdullah Öcalan ist aus der marxistischen Bewegung hervorgetreten, über sie hinausgewachsen und hat den Marxismus schließlich fast komplett hinter sich gelassen.

Heutzutage wird davon ausgegangen, dass nahezu alle signifikanten intellektuellen Arbeiten innerhalb von Universitäten entstehen, obwohl die Universitäten sich selbst verstärkt zu Institutionen transformieren, die nicht primär in Berührung mit der Wissenschaft stehen. Von Wissenschaftlern wiederum wird nicht erwartet, dass sie sich wirklich politisch engagieren. Eigentlich bleibt dieser Aspekt ziemlich undefiniert. Die meisten wissenschaftlichen Forschungsbereiche – außer den exakten Wissenschaften – können grob in zwei Bereiche unterteilt werden.

Der erste kann als »Machtdisziplin« bezeichnet werden. Dieser Bereich umfasst die wirtschaftlichen oder internationalen Beziehungen, die im Grunde genommen trainiert werden, um als Teil der nationalen oder globalen Bürokratie mitwirken zu können (wie z. B. in Ministerien, politischen Think Tanks, Banken oder anderen multinationalen Kooperationen, aber auch in Organisationen wie den UN oder dem IWF), sodass die dort bestehenden Machtstrukturen unterstützt werden.

Der zweite wissenschaftliche Forschungsbereich umfasst kritische Disziplinen, die von der Literaturtheorie über die Geschlechterforschung bis hin zur Anthropologie reichen.

Diejenigen, die den kritischen Disziplinen angehören, definieren sich nahezu immer als Linke und für gewöhnlich auch als Radikale, die sich den Machtverhältnissen widersetzen.

Je mehr sie dies tun, desto mehr neigen sie paradoxerweise dazu, echtes politisches Engagement jeglicher Art als verdächtig zu betrachten. Das führt dazu, dass eine endlose Verdichtung von Angst und Schuld stattfindet. Ausdruck findet diese Art von Einstellung u. a. in der Ablehnung der Möglichkeit, dass irgendjemand, der in der Lage war, irgendeine effektive politische Aktion in der Welt durchzuführen, gleichzeitig auch einen wichtigen Beitrag für die Grundstruktur menschlicher Denkweise leisten könnte. Die Ideen solcher Menschen könnten zwar zum Gegenstand einer Analyse gemacht werden; sie können aber keinesfalls als gleichwertig für die Entwicklung von Ideen betrachtet werden.

In Anbetracht dieser Beobachtungen ist es nicht verwunderlich, dass zeitgenössische Intellektuelle nicht wissen, was sie mit den Ideen von Abdullah Öcalan anfangen sollen.

Auf den ersten Blick scheint Öcalan keine völlig unbekannte Personl zu sein, da er zu einem bestimmten Zeitpunkt seiner intellektuellen Karriere der Anführer einer marxistischen Partei war. Der Marxismus ist vielleicht die einzige soziale Bewegung, die von einem Doktor der Philosophie begründet wurde. Darüber hinaus war der Marxismus immer stark theoriegeleitet, da er sich intern immer rund um seine großen Denker organisiert hat. Unter den Staatsoberhäuptern oder Parteichefs finden sich noch immer Leninisten, Maoisten, Trotzkisten, Stalinisten, die einen Schatten auf die rein intellektuellen Figuren werfen. Der Marxismus bildet eine Art alternative intellektuelle Welt für sich, mit eigenen komplexen Debatten und Terminologien, die sich nur punktuell mit der Akademie kreuzen.

Öcalan ist aus dem Einfluss dieser intellektuellen Welt hervorgetreten, hat sie überschritten – sich gar von ihr emanzipiert – und sie schließlich vollständig hinter sich gelassen. Dabei hat er viele wesentliche Bestandteile der marxistischen Doktrin verworfen. Darüber hinaus hat er auch eigene Werke über diese Theorie verfasst, die sich jeglichem Versuch widersetzen, sie zu einer Doktrin irgendwelcher Art zu verwandeln. Viele seiner Kerngedanken bestehen aus Ideen, Zusammenbrüchen, Eingeständnissen und Geschichten, die sich dagegen wehren, in irgendeiner biblischen oder unfehlbaren Form gelesen zu

werden. Andere seiner Werke sind zugegebenermaßen systematischer.

Die Spannung, welche hierdurch geschaffen wird, macht ihn zu einer eher ambivalenten Figur. In der kurdischen Bewegung, die ihn als Anführer betrachtet, nimmt er die Rolle des lebendigen Märtyrers ein. In einer politischen Welt, in der tote Helden im politischen Kontext abgebildet werden, steht er als der alte lebende Führer, als langjähriger Gefangener seiner Feinde, dazwischen.

Er ist also auch die Art von intellektuellem Führer, der seinen Anhängern rät, alle Gewissheiten zu hinterfragen, die von intellektuellen Führern einschließlich seiner selbst an die Gesellschaft herangetragen werden. Eine Person in seiner Rolle würde normalerweise das Gegenteil von seinen Anhängern erwarten. Er ist eine Art von Patriarch, der dazu auffordert, den Mann in sich zu töten. Die Art von ultimativer Autoritätsperson, die die Jugend dazu ermutigt, jeden Menschen in Frage zu stellen, der behauptet, besser zu sein als jemand anderes oder sie selbst.

In dem Prozess seiner politischen Rolle hat Öcalan ein theoretisches Fundament hervorgebracht, in dem politische und akademische Denker wie Bookchin, Foucault, Wallerstein oder Federici herangezogen und miteinander verbunden wurden. Dadurch sind seine theoretischen Werke keiner offensichtlichen intellektuellen Kategorie zuzuordnen. In gewissem Maße hat er ein beispielloses theoretisches Fundament erschaffen. Seine gesammelten Werke sind gewissermaßen beispiellos: Sie reichen von Reflexionen der Idee einer auf Quantenmechanik basierenden Soziologie, über Konzepte der Mechaniken direkter Demokratie bis hin zu einer vielseitigen und mehrbändigen Weltgeschichte mit dem Fokus auf den Nahen/Mittleren Osten.

Die Bandbreite und Differenziertheit seiner Werke sind besonders außergewöhnlich. Fast all seine Werke sind im Gefängnis verfasst worden. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass er keinen Zugang zum Internet hatte und nur drei Bücher für die Quellenforschung verwendet werden konnten, sofern seine Gefängniswärter seinen Anwälten erlaubten, ihm diese Materialien zu übermitteln. Rein technisch betrachtet waren all seine Werke eigene Erzeugnisse, da er sich aufgrund seines Prozesses wegen Vaterlandsverrats unter gesonderten Umständen in Haft befindet.

Nicht nur, dass die intellektuelle Welt, welche zu diesem Punkt fast vollständig von den oben genannten universitären Diskursen vereinnahmt ist, sich als unfähig erwiesen hat, irgendeine seiner theoretischen Erkenntnisse oder Argumente gedanklich aufzunehmen. Sie war auch kaum daran interessiert, Öcalan als Gesprächspartner zu behandeln und seine Ideen zur Analyse von Konflikten außerhalb der extrem spezialisierten Teildisziplinen kurdischer oder türkischer Studien zu betrachten – trotz ihrer offensichtlichen Auswirkung auf das Weltgeschehen.

Eine interessante Frage ist auch, wie viel Zeit noch vergehen und was noch geschehen muss, damit die Intellektuellen der Welt die Ideen von Öcalan gleichermaßen zur Kenntnis nehmen wie die von Walter Benjamin, George Bataille, Simone de Beauvoir, Frantz Fanon – um einige politisch engagierte Gelehrte zu nennen, die weder Parteiführer noch Akademiker waren – oder auch ein Comedian wie Slavoj Zizek.

Die Qualität seiner Ideen hat definitiv nichts damit zu tun, ob sie von der intellektuellen Welt goutiert werden. Das intellektuelle Leben wurde größtenteils an den akademischen Betrieb gekoppelt. Akademiker werden gelehrt, instinktiv Angst vor Ideen zu haben, die etwas in der Welt bewirken können – und sind daher oberflächlich und herablassend. Vielleicht werden wir irgendwann an einem Punkt angelangen, an dem das unvermeidbar sein wird. ♦

Quelle: http://freeocalan.org/#/news/english/david-graeber-ocalan-and-the-academy

Demonstration in Argentinien gegen den Krieg der türkischen Armee in Efrîn und für die Freiheit von Abdullah Öcalan. Foto: ANF

Es ist unsere Verantwortung, ihren Weg weiterzugehen

Drei Frauen – vereint durch ihren Weg auf der Suche nach Freiheit

Şervîn Nûdem

Avaşîn, Hêlîn und Lêgerîn – drei Frauen von unterschiedlichen Kontinenten, deren Wege auf der Suche nach Freiheit und Gerechtigkeit nach Rojava führten.

Drei Frauen, die sich konsequent patriarchalen, rassistischen und faschistischen Angriffen entgegenstellten.

Drei Frauen, die nicht tatenlose Zeuginnen der Verbrechen von faschistischen Dschihadisten und der türkischen Besatzungsarmee sein wollten.

Drei Frauen, die große Ziele hatten und sich an der Umsetzung und Verteidigung der Frauenrevolution in Rojava beteiligten.

Drei Frauen, die sich der historischen Bedeutung dieses Kampfes bewusst waren und den demokratischen Konföderalismus in Rojava zugleich als eine Inspirationsquelle für neue globale revolutionäre Perspektiven und eine ausbeutungsfreie Gesellschaft verstanden.

Drei Frauen, die persönliche Privilegien ablehnten; die Widersprüche und Schwierigkeiten im Alltag als Herausforderung verstanden, sich selbst zu reflektieren und Verantwortung für progressive Veränderungen zu übernehmen.

Drei Frauen, die für ihre Ziele mit Überzeugung, Liebe und Wärme im Herzen lebten und kämpften.

Drei Frauen, die in ihrem Umfeld so sehr Lebensfreude, Menschenliebe und positive Energie verbreiteten, dass es für uns immer noch unbegreiflich ist, dass sie alle drei – ausgerechnet im März, im Monat des internationalen Frauenkampftages, des Frühlingsbeginns und des Newrozfestes – aus unserer Mitte gerissen wurden.

Drei Frauen, die in unseren Erinnerungen, Herzen und Kämpfen für Befreiung weiterleben.

Drei Frauen, die den Funken des Aufstands und der Hoffnung in die Welt hinausgetragen und verbreitet haben und damit zu Symbolen der Frauenrevolution geworden sind

wie Hevala Sara, Rojbîn und Ronahî in Paris,

wie Hevala Seve, Pakize und Fatma im Widerstand für die Demokratische Autonomie in Nordkurdistan,

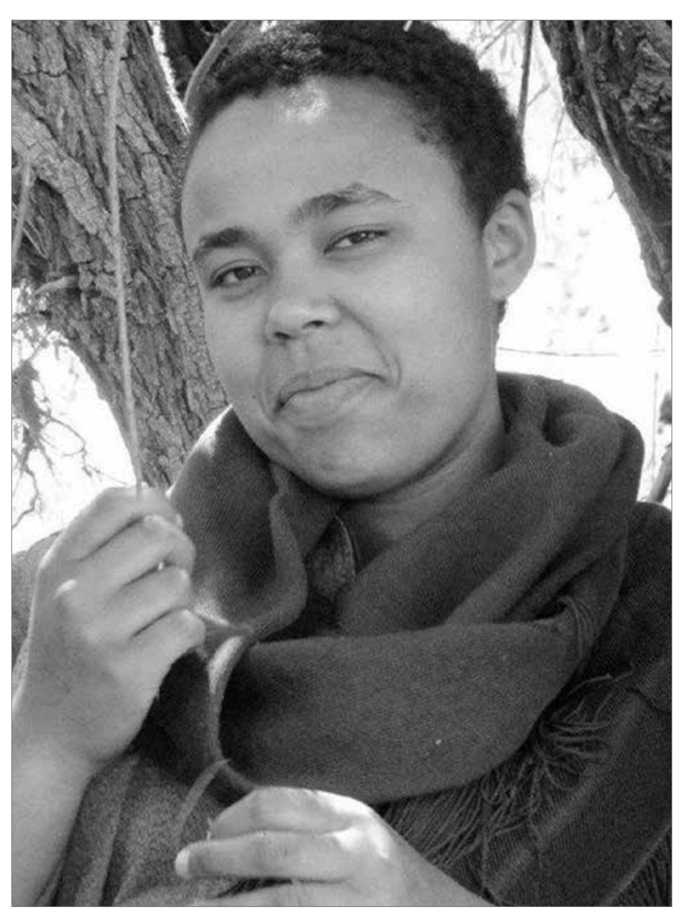
wie Hevala Avesta, Barîn und Amargî im Widerstand gegen die faschistische Besatzung von Efrîn.

Mit der Frauenrevolution den Faschismus besiegen

Nicht zuletzt mit dem völkerrechtswidrigen Besatzungskrieg der türkischen Armee und den von ihr gesteuerten dschihadistischen Mörderbanden auf Efrîn wurde das gemeinsame Anliegen der hegemonialen Mächte deutlich: Jeglicher Versuch, solidarische, kommunale, auf Frauenbefreiung basierende Gesellschafts- und Selbstverwaltungsstrukturen aufzubauen, soll mit Gewalt erstickt werden. Um ihre Profite und Machtinteressen im Mittleren Osten und der Welt zu sichern, annullieren Staaten heute kurzerhand zwischenstaatliche Institutionen, universelle Menschen- und Völkerrechte. Gab es nach dem Holocaust und dem 2. Weltkrieg einen Konsens zwischen den Machtblöcken, Mechanismen zu schaffen, die (angeblich) eine erneute faschistische Barbarei verhindern sollten, sind wir heute mit einem Konsens konkurrierender Staaten konfrontiert, jegliche politische und gesellschaftliche Artikulation zu zerschlagen, die ihre Machtansprüche durchkreuzt. Die angebliche Souveränität von Staaten und »Unantastbarkeit« von Grenzen wird beliebig und willkürlich interpretiert: Einerseits breiten sich Besatzungsarmeen aus, zerbomben Dörfer und Städte, ziehen neue Grenzen und errichten neue Kolonialregime. Andererseits werden demokratische Volksentscheide – wie beispielsweise das Referendum in Katalonien – zum »Hochverrat« erklärt. Bei offiziellen Wahlen gewählte Abgeordnete, BürgermeisterInnen und Präsidenten werden abge-

setzt und verhaftet. Ihre Ämter werden mit Handlangern der zentralen Staatsgewalt besetzt. Söldnerarmeen werden mit faschistisch-religiösen und nationalistischen Losungen rekrutiert und mit Geld und Waffen aus imperialistischen Staaten versorgt. Territorien werden militärisch besetzt. Vergewaltigung als Kriegsstrategie eingesetzt. Frauen werden als Kriegsbeute verkauft und versklavt. Menschen werden ihrer Lebensressourcen, ihrer Kultur, ihrer Geschichte, ihrer Sprache, ihrer Integrität und ihres Willens beraubt. Jeglicher Einspruch gegen das Diktat, die Kriegs- und Lügenpropaganda der Herrschenden wird mit Repression, Gefängnis oder Tod bestraft. Dies sind einige Beispiele für den Faschismus, der im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts als brutalster Ausdruck des patriarchalen, kapitalistischen Ausbeutungssystems an vielen Orten der Welt immer offener zutage tritt.

Die faschistische Erdoğan-Herrschaft, die mittels ihres islamistisch-türkischen Nationalismus, Militarismus und der Besatzungsangriffe auf Syrien und den Irak versucht, ein neues Osmanisches Großreich zu errichten, ist zu einem Zentrum der faschistischen Aggression geworden. Dieses Regime, das jegliche Opposition im Inneren mit Gewalt unterdrückt, aus- und gleichschaltet sowie seinen Herrschaftsanspruch immer weiter ausweitet, stellt nicht nur für die Völker im Mittleren Osten eine ganz reale Gefahr dar. Es scheint, als wollten gewisse Kräfte eine Wiederholung der Geschichte heraufbeschwören: Im 4. Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hatte die internationale Staatengemeinschaft lange Zeit zu den Verbrechen des Nazi-Faschismus geschwiegen, Hitler als einen »etwas Übergeschnappten« verharmlost und der Annexion von Staaten wie Österreich und Tschechien tatenlos zugesehen. Auch heute sehen mächtige Staaten und Konzerne in Erdoğan einen »etwas übermütigen«, aber immer noch lukrativen Geschäftspartner, mit dem sie es sich lieber nicht verderben wollen. Deshalb sehen sie dem Zerbomben kurdischer Städte und Dörfer, Massakern an der Zivilbevölkerung, Kriegsverbrechen, der gezielten Zerstörung kultureller und historischer Stätten, dem Auslöschen kultureller und geistiger Vielfalt, der Unterdrückung von Meinungsfreiheit, politischer und gesellschaftlicher Organisierung tatenlos zu. Die Gemeinschaft der hegemonialen Staaten scheint sich darauf geeinigt zu haben, dieses faschistische Regime weiter gewähren zu lassen. Ihren Machtinteressen entsprechend verfolgen sie die Absicht, ihren 3. Weltkrieg im Zentrum des Mittleren Ostens weiter anzuheizen, um aus der Zerstörung, dem Elend der Menschen und einem zukünftigen Wiederaufbau neue Profite zu schlagen und Abhängigkeiten aufzubauen. Deshalb dulden und unterstützen sie menschen- und völkerrechtswidrige Aggressionen und verschärfen Repression, Zwänge und Ausbeutung im Inneren. Deshalb werden Menschen und Organisationen, die sich für Freiheit und Selbstbestimmung einsetzen, gegen Unrecht Widerstand leisten, ihre Existenz und Menschenwürde verteidigen, als »Terroristen« diffamiert und verfolgt.



Ivana, die sich als Antifaschistin in Deutschland an vielen Demonstrationen und Aktionen gegen Angriffe des türkischen Militärs auf Kurdistan beteiligt hatte, fiel am 7. März 2015 im Kampf gegen den IS bei der Verteidigung assyrischer Dörfer in der Region Til Temir. Foto: KR

So wie Tausende von Menschen im Jahr 1936 erkannten, dass der Franco-Faschismus nicht nur eine Gefahr für Spanien darstellte, und aus allen Teilen der Welt aufbrachen, um die Spanische Republik zu verteidigen, so erkennen auch heute immer mehr Menschen, dass der Kampf in Rojava vielfältige internationale Dimensionen hat.

Teil der Revolution in Rojava sein für eine freie Zukunft

Menschen verschiedener Völker des Mittleren Ostens und anderer Kontinente identifizieren und vereinen sich mit dem Kampf. Wie Avaşîn, Hêlîn und Lêgerîn erkennen sie, dass die Revolution in Rojava auch ihre Revolution ist. Es ist eine Revolution der Menschen, die gegen Unrecht und Ausbeutung

für eine freie Welt und eine freie Gesellschaft kämpfen. Es ist eine Revolution der Frauen, die sich aus den Fesseln patriarchaler Gewalt und Bevormundung befreien. Sie sehen Rojava als Standbein einer weltweiten Revolution, eines Aufbruchs gegen Faschismus, Kapital und Patriarchat.

Zunächst kamen InternationalistInnen insbesondere nach Rojava, um sich zur Verteidigung der Revolution in Rojava am Widerstand gegen den IS-Faschismus zu beteiligen. So schrieb unsere 19 Jahre junge Freundin Avaşîn Têkoşîn (Ivana Hoffmann) in ihrem Abschiedsbrief an ihre GenossInnen in Europa: »Ich will Teil der Revolution in Rojava sein. Ich will mich weiterentwickeln. Ich will in diesen 6 Monaten den Kampf, der alle unterdrückten Völker miteinander verbindet, kennenlernen und vor allen Dingen die Revolution in Rojava, wenn es sein muss, mit meinem eigenen Leben verteidigen. (…) Nichts hält mich mehr hier. Ich kann nicht tatenlos zusehen, während meine Schwestern, Brüder, Freunde, Mütter, Väter, Genossen um die Freiheit, um die Unabhängigkeit vom Kapitalismus kämpfen ...«

Ivana, die sich als Antifaschistin in Deutschland an vielen Demonstrationen und Aktionen gegen Angriffe des türkischen Militärs auf Kurdistan beteiligt hatte, fiel am 7. März 2015 im Kampf gegen den IS bei der Verteidigung assyrischer Dörfer in der Region Til Temir. Sechs Monate hatte sie als Militante der MLKP (Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei) und Kämpferin der Frauenverteidigungseinheiten YPJ an der Verteidigung der Revolution in Rojava mitgewirkt. Sie war die erste Internationalistin mit afrikanischen Wurzeln, die sich aus Europa den Reihen der YPJ angeschlossen hatte. Mit ihrem Eifer und ihrer Neugier zu lernen, mit ihrem Kampfgeist, ihrer Einfühlsamkeit und Willenskraft machte sie vielen Menschen Mut, selbst neue Schritte zu wagen.

Auch Hêlîn Qereçox (Anna Campbell) kam nach Rojava, um sich am Kampf der Frauenverteidigungseinheiten YPJ gegen den Islamischen Staat (IS) zu beteiligen und um mit ihren eigenen Worten »Teil der Frauenrevolution zu sein«. Auf der Suche nach neuen Perspektiven verglich sie ihre Erfahrungen aus Kämpfen und Diskursen anarchistischer, antiautoritärer und queer-feministischer Organisierungen in England mit den neuen Eindrücken in Rojava und schloss daraus: »Rojava ist eine gute Schule. Wir lernen und bilden uns selbst weiter. Langfristige Perspektive, die beinhaltet, selbst eine militante Persönlichkeit zu entwickeln. Divers sein, ohne sich in endlose ideologische Grabenkämpfe zu verwickeln. Die Kultur der Dominanz überwinden, die Spuren von Patriarchat, kapitalistischer Lebensweise und Nationalstaat überwinden.«

Mit großer Begeisterung las und diskutierte sie die Verteidigungsschriften von Abdullah Öcalan und Literatur der Frauenbewegung. Die Ansätze und Praxis des demokratischen Konföderalismus, der Frauenbefreiungsideologie und Jineolojî inspirierten sie, und sie inspirierte wiederum Menschen in ihrer Umgebung mit ihren Interpretationen, Fragen und Ideen. Die Frage, wie sich Utopien umsetzen lassen, wie freie und solidarische Beziehungen gestaltet werden können, war für sie und ihren Umgang mit Menschen und der Natur ganz entscheidend. Sie setzte sich zutiefst mit der Fragestellung aus-



Hêlîn Qereçox (Anna Campbell) kam nach Rojava, um sich am Kampf der Frauenverteidigungseinheiten YPJ gegen den Islamischen Staat (IS) zu beteiligen und um mit ihren eigenen Worten »Teil der Frauenrevolution zu sein«. Auf der Suche nach neuen Perspektiven verglich sie ihre Erfahrungen aus Kämpfen und Diskursen anarchistischer, antiautoritärer und queer-feministischer Organisierungen in England mit den neuen Eindrücken in Rojava. Foto: KR

einander, was Prioritäten und Prinzipien des revolutionären Kampfes sind und welche Konsequenzen sie erfordern. Als die Angriffe der türkischen Armee auf Efrîn begannen, schlussfolgerte sie: »Heute führen wir einen globalen Kampf, der entweder in Befreiung oder aber in totaler Unterdrückung enden wird und der das Ausmaß eines 3. Weltkrieges erreicht hat. Wir können da nicht außen vor stehen und erwarten, dass andere das tun, wozu wir zu faul sind oder wovor wir Angst haben. Wenn wir erfolgreich sein wollen, dann müssen wir sehen, dass es um alles oder nichts geht. Es ist die Zeit des Mutes und der Entscheidung, der Koordinierung und Organisierung und die Zeit der Tat.«

Mit dieser Klarsicht und Entschlossenheit, setzte sie es durch, als Kämpferin der YPJ nach Efrîn zu gehen und sich am Widerstand gegen die faschistische Invasion zu beteiligen. Am 15. März 2017 verlor sie beim Artilleriebeschuss der türkischen Armee auf ihre Stellungen in Efrîn zusammen mit drei weiteren FreundInnen ihr Leben. Doch mit ihrem Entschluss hat sie zugleich viele Menschen in ihrer Heimat sowie in vielen Ländern der Welt aufgerüttelt, die Widersprüche des Systems zu erkennen. Im Gedenken an Hevala Hêlîn gingen Zehntausende in Großbritannien auf die Straße und protestierten gegen die faschistische Besatzung von Efrîn sowie die Rolle europäischer Regierungen in diesem schmutzigen Krieg.

Ebenso setzte die Freude über das Leben und der Schmerz über den Tod unserer Freundin Lêgerîn (Alina Sánchez), die am 17. März 2017 bei einem Verkehrsunfall in der Stadt Hesekê im Kanton Cizîrê starb, Tausende Menschen in Lateinamerika, Kurdistan und Europa in Bewegung. Sie war auf dem Weg zu einem Treffen mit internationalen Ärzteorganisationen gewesen, um medizinische und humanitäre Hilfe für die Bevölkerung von Efrîn zu organisieren. Zu Beginn des Krieges der türkischen Armee hatte sie selbst als Ärztin dort hingehen wollen, um Verletzte und Kranke zu behandeln. Schon bei den Befreiungsoperationen der Demokratischen Kräfte Syriens QSD, der Volksverteidigungseinheiten YPG und Frauenverteidigungseinheiten YPJ gegen die IS-Mörderbanden wie in Minbic und Raqqa hatte sie ihre medizinischen Fähigkeiten, ihren Mut und ihre Fürsorge für ihre FreundInnen an der Front bewiesen.



Die Suche nach Freiheit und Menschlichkeit hatte Hevala Lêgerîn 2011 aus ihrem Heimatland Argentinien in die Berge Kurdistans und nach Rojava geführt. Als erste Internationalistin aus Lateinamerika in den Bergen Kurdistans wählte sie den Namen Lêgerîn Azadî (»Freiheitssuche«) und nannte sich später um in Lêgerîn Ciya (»Suche der Berge«). Sie hatte zuvor mit verschiedenen sozialen Bewegungen in unterschiedlichen Ländern Lateinamerikas Kontakte gehabt, sich an ihren Aktionen und Diskussionen beteiligt. Foto: KR

Die Suche nach Freiheit und Menschlichkeit hatte Hevala Lêgerîn 2011 aus ihrem Heimatland Argentinien in die Berge Kurdistans und nach Rojava geführt. Als erste Internationalistin aus Lateinamerika in den Bergen Kurdistans wählte sie den Namen Lêgerîn Azadî (»Freiheitssuche«) und nannte sich später um in Lêgerîn Ciya (»Suche der Berge«). Sie hatte zuvor mit verschiedenen sozialen Bewegungen in unterschiedlichen Ländern Lateinamerikas Kontakte gehabt, sich an ihren Aktionen und Diskussionen beteiligt. Wie der argentinische Revolutionär Che Guevara war sie zunächst von Argentinien nach Kuba aufgebrochen, wo sie Medizin studierte, um dann zu schauen, an welchem Ort der Erde ihr Wissen und ihre Fähigkeiten am meisten von den Menschen gebraucht und zu einem Bestandteil revolutionärer Aufbauarbeit werden können.

Mit großem Eifer diskutierte sie mit den FreundInnen in den Bergen über die Errungenschaften und Fehler der Befreiungsbewegungen in Lateinamerika. Zugleich wollte sie mit großem Wissensdurst von der Geschichte des Freiheitskampfes in Kurdistan und den Erfahrungen einer jeden Freundin, eines jeden Freundes in den Bergen lernen. Sie half bei der Redaktion der spanischen Übersetzung der Verteidigungsschriften von Abdullah Öcalan mit und übersetzte die Autobiographie von Sakine Cansız. Hierbei setzte sie sich intensiv mit den Analysen Abdullah Öcalans, dem Paradigma des demokratischen Konföderalismus und der Entwicklungsgeschichte der kurdischen Frauenbewegung auseinander. Hierin sah sie zugleich Lösungsperspektiven für die sozialen Bewegungen in Lateinamerika. Mit ihren Diskussionen und ihrer Teilnahme am Leben brachte Hevala Lêgerîn ihren GenossInnen in den Bergen Kurdistans die Kämpfe der Frauen und Völker Lateinamerikas näher. Zugleich entwickelte sie Ideen und Konzepte, wie sich im Rahmen der demokratischen Autonomie in der Gesellschaft ein alternatives Gesundheitssystem aufbauen lassen könnte. In dieser Zeit in den Bergen lernte sie während der Angriffe der türkischen und iranischen Armeen auf die Gebiete Qendîl, Xinêre und Garê zugleich die Realität des Krieges und des Widerstands kennen. Als sie nach einigen Monaten wieder nach Lateinamerika ging, um ihr Medizinstudium zu beenden, bemühte sie sich darum, den kurdischen Befreiungskampf, die Frauenbewegung und das Paradigma Abdullah Öcalans in vielen lateinamerikanischen Ländern und Bewegungen bekannt zu machen. Mit leuchtenden Augen erzählte sie von dem in Kurdistan Gesehenen und Erlebten. Sie knüpfte neue Brücken und Netzwerke der Solidarität, um dann wieder nach Kurdistan zurückzukehren. Zur Zeit der Kämpfe um die Verteidigung von Kobanê und mit dem Aufbau des demokratischen Konföderalismus in Rojava und Nordsyrien wollte Hevala Lêgerîn ihre Ideen in die Tat umsetzen. Mit großer Freude, Beharrlichkeit, Energie und Einfühlungsvermögen arbeitete sie unter den Schwierigkeiten von Krieg und Embargo am Aufbau eines alternativen Gesundheitssystems in Rojava als Teil des Aufbaus einer neuen Gesellschaft. Jeder Mensch war für sie wichtig, verdiente Aufmerksamkeit und Respekt. Mit ihrem bescheidenen Leben, ihren klaren Prinzipien und ihrer überzeugenden Natürlichkeit, durch ihre Freundschaft, Kollektivität und ihr Wirken beeindruckte Hevala Lêgerîn ihre GenossInnen, aber auch viele Menschen in Rojava und Lateinamerika. Dies führte dazu, dass sich auch weitere InternationalistInnen von Lateinamerika auf der Suche nach Freiheit auf den Weg nach Kurdistan begaben.

So bemerkte Nora Cortinas bei einer Gedenkveranstaltung der Madres de Plaza de Mayo in Argentinien: »Lêgerîn und viele Frauen sind nach Rojava gegangen und haben gezeigt, dass die kurdische Frauenbewegung eine Hoffnung für alle Frauen in der Welt ist. Wie die Frauen in Efrîn gesagt haben: Efrîn zu verteidigen bedeutet, die Frauenrevolution zu verteidigen. Das hat Lêgerîn getan. Wir müssen jetzt nicht nur Efrîn, sondern das gesamte kurdische Volk noch stärker verteidigen. Einige Worte sind nicht mehr genug, wir müssen noch lauter unsere Stimme erheben!«

Avaşîn, Hêlîn und Lêgerîn sind zu Symbolen der Schaffenskraft des internationalen Frauenkampfes gegen faschistische Zerstörung geworden. Entschlossen haben sie sich dem Feind entgegenstellt und gekämpft, ohne jemals dem Feind zu ähneln. Sie haben sich ihre Menschlichkeit, ihre Liebe und ihr Lachen bewahrt. Sie haben uns gezeigt, dass es möglich ist, die Grenzen und Zwänge des patriarchalen, kapitalistischen Systems zu überwinden und als freie Frauen Verantwortung für den Aufbau und die Verteidigung unserer Zukunft zu übernehmen.

»Seit vielen Jahren gibt es hier *[in Rojava]* viele internationalistische MärtyerInnen, Şehîds. Eine Stärke dieser Revolution ist es, dass wir im Gedenken an die Menschen, die zu MärtyerInnen geworden sind, noch größere und stärkere Dinge aufbauen als zuvor. Selbst wenn keine InternationalistInnen mehr nach Rojava kommen sollten, um zu kämpfen – wobei ich nicht glaube, dass dies jemals passieren wird –, dann würde der Kampf im Gedenken an diese internationalistischen Menschen, die hier gestorben sind, trotzdem weitergehen. Das ist etwas sehr Schönes an dieser Revolution; zu fühlen, dass wir alle gemeinsam kämpfen können, um eine bessere Welt aufzubauen ...« (Şehîd Hêlîn)

Avaşîn, Hêlîn und Lêgerîn haben sich in der Revolution Rojavas verewigt. Nun ist es unsere Verantwortung, ihren Weg weiterzugehen, im Gedenken an sie und die Tausenden anderen gefallenen FreiheitskämpferInnen, den Funken dieser Revolution der Frauen und der Menschen des Mittleren Ostens weiter anzufachen und in der Welt zu verbreiten. ♦

Jinwar

Vom Frühling, den niemand aufhalten kann

Nûjin, Jinwar

Es ist Frühling geworden in Jinwar, die Felder in sattem Grün, die Blätter der Obstbäume leuchten in der Sonne und auf den Feldern, zwischen dem Getreide, eine Vielzahl kleiner gelber Blumen, die sich wie ein Teppich über die Landschaft zu legen scheinen. Mehr als ein Jahr ist es nun her, dass die Bauarbeiten für das Frauendorf in Rojava/Nordsyrien begonnen haben, und steht man heute auf dem runden Platz in der Mitte des Dorfes und schaut sich um, so wundert man sich, wie viel doch innerhalb eines Jahres entstehen kann.

Das Dorf-Aufbaukomitee hatte sich vor einiger Zeit mit dem Ziel gegründet, ein ökologisches Dorf aufzubauen, in dem Frauen gemeinschaftlich und selbstbestimmt leben können. Von Beginn an sind Frauen aus verschiedenen Frauengruppen, Initiativen und Organisationen darin vertreten gewesen – Kongreya Star, der Stiftung der Freien Frauen Rojava (WJAR), des Jineolojî Komitees, der Organisation der Familien Gefallener, des Komitees für natürliche Medizin, andere interessierte Frauen und Internationalistinnen. Einige Monate des Diskutierens und Planens vergingen, bis sich dann am 25. November 2016 (dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen) das Komitee, einige Nachbarn und Gäste an Ort und Stelle versammelten, um den Bau des Dorfes zu verkünden und die ersten Bäume zu pflanzen. Am 10. März 2017 wurden dann die Grundsteine für die Fundamente der ersten Häuser gelegt und so wurde mit dem eigentlichen Aufbau des Dorfes begonnen.

Mittlerweile ist es wieder Frühling geworden, das Dorf ist gewachsen, vieles hat sich verändert und 21 Häuser wurden gebaut. Momentan besteht das Dorfkomitee vor Ort aus acht Frauen, die täglich im Dorf sind, gemeinsam leben, arbeiten und den Aufbau koordinieren. Einige wenige Frauen sind Tag und Nacht dort, während andere bei ihren Familien in den umliegenden Dörfern und in der Stadt leben, tagsüber im Frauendorf sind und abends zu ihren Familien zurückkehren. In diesen Tagen gibt es viel zu tun und die Frauen arbeiten die meiste Zeit des Tages gemeinsam draußen, oftmals unterstützt von Frauen aus den umliegenden Dörfern.

Ein Ort mit einer besonderen Atmosphäre

Die Häuser sind allesamt mit viel Mühe aus selbst hergestellten Kerpiç (Lehmziegeln) gebaut. Eine Bauweise, die traditionell für die Region ist. Die Baumaterialien sind ökologisch und stammen überwiegend aus der direkten Umgebung des Dorfes. Den ganzen Frühling und Sommer über hatte eine Vielzahl von Frauen und Unterstützer*innen die Ziegel aus Erde, Stroh und Wasser hergestellt und die Häuser aufgebaut. Zudem waren Gruppen aus verschiedenen Städten und Regionen Rojavas tageweise vorbeigekommen, um mit eigenen Händen den Aufbau zu unterstützen. Auch Männer aus den umliegenden Dörfern kommen, um bei den Bauarbeiten zu helfen, und es ist den unermüdlichen Kämpfen der Frauen in Rojava und Nordsyrien zu verdanken, dass hier nun auch Männer mit einem autonomen Frauen-Dorfkomitee für den Aufbau eines Frauendorfes arbeiten und dies mit einer (im Hinblick auf die Resistenz des Patriarchats) bemerkenswerten Offenheit und Selbstverständlichkeit tun.

Natürlich gibt es insgesamt auch immer wieder Skepsis gegenüber dem Dorf – es ist etwas Neues und niemand kann sich so recht ausmalen, wie das Leben hier denn tatsächlich einmal werden wird. Wenn Menschen dann aber ins Dorf kommen, bei den Arbeiten helfen oder mit den Frauen aus dem Komitee sprechen, finden viele sowohl die Idee als auch die Atmosphäre im Dorf so gut und besonders, dass sie öfter vorbeikommen und das Projekt unterstützen.

Neben den 21 Wohnhäusern ist seit ein paar Wochen auch die große Gemeinschaftsküche fertig geworden und gleich daneben eine mit Steinen gepflasterte Terrasse. Ein Raum für kleine Versammlungen ist fertig und auch der Dorfplatz

ist schöner geworden. Die Mitte des Platzes bildet ein Wasserbrunnen in Sternform, der mit bunten Steinen und Tonscherben verziert ist und auf das Symbol der mesopotamischen Göttin Ischtar verweist. Drumherum haben die Frauen Bäume gepflanzt und es gibt viel Platz zum Zusammensitzen. Auch der Garten wächst und gedeiht. Alles ist grün in diesen Tagen und beinahe täglich gibt es etwas im Garten zu tun. Neben der Vielzahl von Aprikosen-, Granatapfel- und Olivenbäumen haben die Frauen auch einen Gemüsegarten angelegt, in dem sie Paprika, Auberginen, Gurken, Salat, Zwiebeln, Knoblauch und anderes Gemüse anpflanzen. Gleich neben dem Garten haben einige Frauen einen Tenur-Ofen gebaut, einen traditionellen Lehmofen, an dessen Innenwänden Brot in runden Fladen gebacken wird. Außerdem hat Jinwar nun eine eigene kleine Steinofen-Bäckerei, die bald zum ersten Mal eingeheizt werden kann. Sowohl der Garten als auch die Bäckerei sollen Basis für die Selbstversorgung des Dorfes und somit Grundpfeiler einer kommunalen Ökonomie werden. In der Bäckerei soll Brot sowohl für Jinwar als auch für umliegende Dörfer gebacken werden, denn die meisten Dörfer haben keine eigenen Brotöfen mehr und viele Menschen beziehen ihr Brot aus der Stadt. Die Idee ist, dass täglich Frauengruppen aus verschiedenen Dörfern kommen, um beim Backen zu helfen und auf diese Weise Arbeit und Brot geteilt werden. Das gemeinsame Arbeiten und kommunale Wirtschaften stellt ein wichtiges Element des Dorfes dar, in dem Frauen in allen Bereichen des Lebens Alternativen aufbauen können.

Ein Ort der vielen Geschichten und der kleinen und großen schrittweisen Veränderungen

Bis all das wirklich so richtig ins Rollen kommt, wird es allerdings noch ein paar Monate dauern. Nun sollen erst einmal die übrigen neun Wohnhäuser gebaut werden, außerdem die Schule, die Akademie und das Gesundheitszentrum. Vor ein paar Tagen haben die Frauen aus dem Komitee den Grundriss für das Fundament der Akademie vorbereitet und sobald es noch ein wenig wärmer geworden ist und die Zeit für die Kerpiç wieder beginnt, kann es mit dem Bau losgehen. In der Aka-



Die Mitte des Dorfplatzes bildet ein Wasserbrunnen in Sternform, der mit bunten Steinen und Tonscherben verziert ist und auf das Symbol der mesopotamischen Göttin Ischtar verweist.

demie soll Bildung zu verschiedenen Bereichen der Jineolojî organisiert werden. Theorie und Praxis sollen zusammengehen und mit dem Leben und Arbeiten im Dorf verbunden sein. In der Akademie können die Frauen zusammenkommen, lernen, Wissen austauschen. Bisher ist insbesondere Bildung zu ökologischer Landwirtschaft und Gärtnerei, Gesundheit, Geschichte, Demographie, Pädagogik und Grundlagen des freien Zusammenlebens geplant. Auch über Bildung und Seminare für Männer zu den Grundlagen der Frauenbefreiung haben die Frauen im Komitee schon nachgedacht.

Bis die ersten Frauen einziehen können, wird es nur noch ein paar wenige Wochen dauern. Eine der Frauen, die bald einziehen wird, ist Dicle. Sie kommt aus Serê Kaniyê (Ras al-Ayn), ist 25 und hat drei Kinder, die fern von ihr bei der Familie ihres Mannes im Irak leben. Ihre Familien hatten die Hochzeit früh arrangiert, Dicle wurde immer wieder von ihrem Mann geschlagen und hat eine schwere Zeit hinter sich. Einige Jahre lang hatten die beiden mit den neugeborenen Kindern in Damaskus gelebt, bis der Krieg anfing. Auf Drängen ihres Mannes waren sie nach Başûr (Südkurdistan) geflohen, wo ihr Mann sie schließlich mit einer anderen Frau betrogen hatte. Dicle ist daraufhin nach Rojava und in das Haus ihrer Mutter zurückgekehrt, was trotz der Schwierigkeiten eine große Erleichterung für sie war. Allerdings hatte die Familie ihres Mannes nicht erlaubt, dass sie die Kinder bei sich behält. Als sie von der Idee des Frauendorfes hörte, war sie sofort begeistert, wurde Teil des Komitees und hat sich schnell dazu entschieden, auch selbst ins Dorf zu ziehen. Im Moment bereiten die Frauen zusammen Dicles Haus vor und alle hoffen, dass auch ihre Kinder eines Tages hier einziehen können. Jinwar ist schon jetzt ein Ort der vielen Geschichten und der kleinen und großen schrittweisen Veränderungen.

In Zeiten wie diesen kann Jinwar ein Zeichen setzen – für eine Form des Widerstandes, die mit einer tiefen Veränderung und Befreiung der Gesellschaft einhergeht, die langfristig ist und von Frauen getragen wird. Es ist der Aufbau lebendiger gesellschaftlicher Alternativen, kommunaler und ethischer Lebensweisen, die Menschen zur Selbstbestimmung befähigen und eine tatsächliche Alternative zu einem sich durch Machtstrukturen und Kriege immer wieder selbst reproduzierenden, zerstörerischen kapitalistisch-patriarchalen System darstellen. »Eine Blume können sie ausreißen, aber den Frühling können sie nicht aufhalten«, ist ein schöner und treffender Spruch. Jinwar und die vielen Projekte von Frauen in Rojava/Nordsyrien, sowie überall auf der Welt, sind Teil dieses Frühlings und wir werden nicht aufzuhalten sein. ♦


Jinwar

»Eine demokratisch-ökologische Gesellschaft kann nur auf einem freien Land errichtet werden«

Ein Interview mit der Internationalistischen Kommune von Rojava

Wie habt Ihr die letzten Monate der Verteidigung Efrîns wahrgenommen? Und wie ordnet Ihr diese in den politischen Kontext ein?

Casper: Also zunächst einmal: Dass die Provokationen und schließlich der Angriff der Türkei auf Efrîn passieren können, haben wir natürlich erwartet. Dass die gesamte Kriegsmaschinerie für die Besetzung und Vertreibung der Bevölkerung Efrîns in dieser Form in Bewegung gesetzt werden, war dennoch überraschend. Dass die imperialistischen Kräfte gegen die Revolution in Rojava aktiv werden und keine Freunde der Kurd*innen sind, ist schnell gesagt. Was es aber wirklich bedeutet, wenn die Bomben auf dich fallen, ist noch einmal etwas anderes.

Und viele hatten nicht erwartet, dass die russischen Truppen einfach so abziehen und der Türkei grünes Licht für Non-Stop-Bombardierungen geben würden. Oder dass die europäischen Länder, besonders die Bundesrepublik Deutschland, ihre Waffenexporte noch steigern würden. Wir dachten nicht, dass solch ein Schritt innenpolitisch durchgesetzt werden könnte.

Clara: In Efrîn sind gerade Hunderttausende Menschen aus der einzigen Region in Syrien, die relativen Frieden fern vom Bürgerkrieg genossen hatte, vertrieben worden. Die Familien schlafen teilweise unter freiem Himmel, die Städte und Dörfer wurden zerstört. Was gerade passiert, ist eine Fortführung der Kolonialpolitik der Türkei gegenüber der Vielfalt der nahöstlichen Völker im Allgemeinen und des kurdischen Volkes im Besonderen. Sie, ihre Geschichte, ihr historisches Erbe, ihre Kultur müssen sich entweder in die Geschichtsschreibung der faschistischen Herrscher in Ankara integrieren lassen oder sie werden entwurzelt und vernichtet. Deshalb wurden in Efrîn auch die vielen historischen Orte wie auch die Statue von Kawa Hesinkars – Kawa dem Schmied – in Efrîn zerstört.

Casper: Das, was wir in diesen Monaten erlebten, war sehr schmerzhaft für uns alle, für die Gesellschaft in Rojava und auch für die Internationalist*innen hier. Es wurden Tausende dschihadistische Bandenmitglieder und Söldner aus Syrien und der Türkei zusammengezogen, sogar Tausende Daesch-Mitglieder (Mitglieder des Islamischen Staates) sind dabei, die unter der Führung der türkischen Armee in Efrîn eingefallen sind. Wie sie diesen Krieg geführt haben, war grausam und unmenschlich. Und der Weg nach Efrîn wurde ihnen durch die NATO-Flugzeuge freigebombt.

Wie wird es weitergehen? Wie schätzt Ihr die Provokationen des türkischen Regimes und seiner Verbündeten ein?

Casper: Ich denke, dass sich jetzt der Kampf und der Widerstand weiter entfalten werden. Wir haben auch eine Reihe größerer Guerillaaktionen gesehen, aber die Informationslage ist oftmals schwierig. Diese neue Phase ist für die Gesellschaft von einer Klarheit, wer jetzt Freund und wer Feind ist, geprägt. Das bricht Illusionen und rüttelt die Menschen auf. Es ist deutlich geworden, dass die Menschen keiner imperialistischen Kraft vertrauen können und man auf die eigenen Kräfte und auf die Werte der Revolution setzen muss. Das sind Sätze, die die Bewegung schon von Beginn der Revolution an sagte, aber für viele Menschen ist dieser Widerspruch nur schwer zu verstehen gewesen, wenn NATO-Kampfflugzeuge den Kampf der Volksverteidigungseinheiten YPG, der Frauenverteidigungseinheiten YPJ und der Demokratischen Kräfte Syriens QSD im Kampf gegen Daesch unterstützen.

Clara: Aus den Erfahrungen der letzten Monate müssen nun die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Das heißt, sich noch stärker zu organisieren und sich psychologisch wie praktisch auf die weitere Verteidigung der Revolution vorzubereiten, sie mit noch mehr Nachdruck in der Gesellschaft zu vertiefen und zu verbreiten. Dies gilt zum einen natürlich für die Menschen hier, aber eben auch für uns Internationalist*innen und die Solidaritätsbewegung. Es ist wichtig, dass wir verstehen, dass nichts vorbei ist!

Casper: Die Provokationen vonseiten des türkischen Regimes gehen weiter. Nun spricht Erdoğan über Minbic, Şengal und sogar über die Einnahme der Qendîl-Berge. Das ist natürlich Propaganda und wird in dieser Form nicht stattfinden. Klar ist aber auch, dass das Regime in Ankara auf einer aggressiven Außenpolitik basiert und die internationalen Mächte eben zum Teil auch ihre direkten Interessen in der türkischen Angriffspolitik wiederfinden.

Was war und ist die Rolle von Internationalist*innen in dieser Zeit? Was hat sich für Euch verändert?

Casper: Wir müssen unseren Platz innerhalb dieses Kampfes finden. Also wirklich »innerhalb«, wir sind keine Beobachter*innen von außen oder machen klassische Solidaritätsarbeit. Das wird dem Ernst der Lage nicht gerecht und ist auch nicht unser Anspruch.

Clara: Nur wenn wir uns wirklich als Teil begreifen, können wir in die Geschehnisse eingreifen. Das, was gerade passiert, betrifft uns alle und bedeutet, den Kampf, der heute hier geführt wird, eben einerseits als unseren eigenen Kampf zu betrachten, aber auch die Fähigkeit zu entwickeln, unsere Bedeutung im globalen Kontext verstehen zu können. Also die Verknüpfung zwischen den Kämpfen in unseren Heimatländern und der Revolution in Rojava zu verstehen, aber auch zu gestalten. Wir müssen uns die Frage stellen, was hat Rojava mit den Landlosen in Brasilien, mit den Sweatshops in Asien, mit den Arbeiter*innen in Indien oder den klassenkämpferischen Aufständen im Iran zu tun? Wenn amerikanische F-16-Kampfjets, israelische Heron-Drohnen und deutsche Leopard2-Panzer in Efrîn eingesetzt werden, also durch die Hand der türkischen Armee und ihrer islamistischen Banden, aber de facto international ein Krieg gegen das kurdische Volk und seine Revolution geführt wird, kann die Antwort nicht etwas anderes als eine internationale Front sein. Die Einheit darin zu finden und die nationalstaatlichen Grenzen, mit denen unser Denken sozialisiert wurde, zu überwinden, das ist es, was für uns Internationalismus ausmacht. Daraus lässt sich dann auch ganz konkret ableiten, was Internationalist*innen beitragen können.

Casper: Als der Krieg in Efrîn anfing, steckten wir als Kommune voll in den Arbeiten der »Make Rojava Green Again«-Kampagne gesteckt. Trotzdem haben wir es als Kommune geschafft, eine aktive Rolle in dieser intensiven Phase einzunehmen und uns ins Geschehen einzumischen. Von Beginn des Krieges an waren wir in den Dörfern und Städten bei den Menschen in Efrîn. Wir haben uns an der Organisierung der Bevölkerung in Efrîn aktiv beteiligt, und ein Teil von uns ist im Rahmen der Konvois aus Cizîrê nach Efrîn gefahren und hat die Geschehnisse und Erfahrungen dort dokumentiert. Andere Freund*innen haben in der Medienarbeit ihre Sprachfähigkeiten und Kenntnisse eingebracht, um gegen die türkische Antipropaganda und das Schweigen der internationalen Staatengemeinschaft einer Stimme der Wahrheit Klang zu verleihen.

Clara: Über die internationalen Kontakte der Kommune, konnten wir jedoch auch über Rojava hinaus eine wichtige Rolle in der Solidaritätsarbeit übernehmen. So haben wir maßgeblich zum Gelingen des WorldEfrînDay beigetragen. Wir haben versucht, eine Brücke nach außen hin aufzubauen, durch Informationen, das Berichten persönlicher Erfahrungen und die gemeinsame Solidaritätsarbeit. Ich erinnere mich noch, wie ein kurdischer Freund mir in den Tagen in Efrîn sagte: »Schreib, schreib all das auf, was wir durchleben, und trage diese Erfahrung an deine Freund*innen in deiner Heimat weiter. Das, was hier passiert, darf nicht vergessen werden …«

Du warst in Efrîn schon vor Beginn des Krieges. Willst Du noch einmal kurz über Deine Erfahrungen in Efrîn sprechen?

Casper: Ja, es war immer mein großer Wunsch, nach Efrîn zu gehen und dort in der Gesellschaft zu arbeiten. Nicht lange, nachdem dieser Wunsch in Erfüllung gegangen war, begann der Krieg. Das Gefühl, in einer Gesellschaft zu leben, welche sich auf den Krieg vorbereitete und sich immer wieder das Versprechen gab, keinen Schritt zurückzuweichen, war beeindruckend für mich. Natürlich haben die Menschen gehofft und auch erwartet, dass die internationale Staatengemeinschaft reagieren wird. Gleichzeitig haben sie gesehen, wie die islamistischen Banden und die Türkei von der NATO unterstützt wurden. Es war ein bedrückendes Gefühl, alleinzustehen gegen diesen Feind. Bei vielen Menschen hat es einmal mehr das Gefühl bestätigt, dass die einzigen Freunde der Kurd*innen die Berge seien. Und auch mir ging es so. Wie sollte es uns auch gehen, wenn wir in Efrîn einfach massakriert werden und es keine wirkliche Reaktion darauf gibt? Ich hätte erwartet, dass es eine starke, militante Antwort der revolutionären Gruppen auf der ganzen Welt geben würde. Aber diese blieb leider aus.

Ein prägendes Gefühl war das Gefühl der Scham. Der Scham vor der Gesellschaft, sie nicht verteidigen zu können. Was sollte ich den Menschen antworten, wenn sie mich fragten, warum wir sie nicht vor den Bomben schützen können? Ich habe in dieser Zeit versucht, mit Menschen in Europa zu sprechen und mit ihnen meine Erfahrungen zu teilen. Aber ich hatte immer das Gefühl, dass sie in einer anderen Welt leben würden und so entfremdet sind von dem, was gerade passiert. Es fehlt einfach eine gewisse emotionale Spontanität, auf solche Ereignisse zu reagieren. Alles wird immer so sehr überdacht

und abgewogen. In Europa machen sich die Menschen so viele Gedanken darüber, ob sie vielleicht für ein paar Monate in den Knast müssen. Wenn hier die Menschen so lange darüber nachdenken würden, ob sie in den Krieg ziehen, dann gäbe es diese Gesellschaft schon nicht mehr.

Wie hat sich der Krieg auf die Kampagne »Make Rojava Green Again« ausgewirkt? Und wie gestalten sich Eure Arbeiten in der kommenden Zeit?

Casper: Natürlich bringt der Krieg Notwendigkeiten mit sich, auf die reagiert werden muss. Aber unsere langfristige Strategie und Perspektive werden davon jedoch nicht beeinträchtigt. Für uns hat die Kampagne »Make Rojava Green Again« auch eine strategische Bedeutung. Gerade am Krieg gegen Efrîn zeigt sich ja, wie der Kolonialismus und das kapitalistische System die Natur zerstören, ausbeuten und dadurch auch die Unterdrückung der Menschen aufrechterhalten. Der faschistische türkische Staat brennt die Olivenbäume Efrîns nieder, zerstört die Böden durch Bomben und Artilleriegeschosse und vertreibt die Menschen und siedelt andere dort an, mit dem Ziel, das ökologisch-gesellschaftliche System für immer zu zerstören. Somit wird versucht, auch der Revolution, im wörtlichen Sinne, den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Und das Gleiche passierte in anderen Kantonen durch das Baath-Regime. Ein bisschen weniger deutlich als der offene Krieg, aber mit dem gleichen Ziel. Und auf diese Politik ist die Kampagne auch eine Antwort.

Clara: Wir müssen uns immer wieder vor Augen halten, dass es das Ziel der Angriffe ist, den Aufbau einer anderen Gesellschaft zu verhindern. Krieg birgt auch immer die Gefahr der Rückschläge im gesellschaftlichen Aufbau der Revolution. Und es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, dass Revolutionen von außen in einen permanenten Kriegszustand gezwungen werden, um all ihre Ressourcen und kreativen Kräfte aufzubrauchen und sie am Ende damit zu erschöpfen. Deswegen sind die zivilen Arbeiten, die sich nach den Werten der Revolution richten, so wichtig. Gerade die Projekte, die die Verbundenheit mit der eigenen Umgebung, der Natur und der Gesellschaft stärken, vertiefen auch das revolutionäre Bewusstsein und sind objektiv antiimperialistisch. Auch nach außen, über Rojava hinaus, sind diese Projekte wichtig, da sie mit dem Bild von permanentem Chaos und Zerstörung brechen. Unse-



Die Internationalistische Kommune von Rojava: »Für uns hat die Kampagne ›Make Rojava Green Again‹ auch eine strategische Bedeutung. Gerade am Krieg gegen Efrîn zeigt sich ja, wie der Kolonialismus und das kapitalistische System die Natur zerstören, ausbeuten und dadurch auch die Unterdrückung der Menschen aufrechterhalten.« Foto: Internationale Kommune von Rojava

re Botschaft ist, dass wir für jede Bombe, die fällt, einen Baum pflanzen werden.

Eben durch diesen politischen Charakter der ganzen Arbeiten sehen wir es als Internationalist*innen als unsere Pflicht, mit noch größerer Kraft die Kampagne fortzuführen und uns nicht von den Schwierigkeiten, die auf uns zukommen, abbringen zu lassen. Die Bedingungen dafür erschweren sich natürlich. Und uns muss auch klar sein, dass eine demokratisch-ökologische Gesellschaft nur auf einem freien Land errichtet werden kann. Daher ist es natürlich von besonderer Bedeutung, Efrîn auch wieder von der Besatzung zu befreien.

Ihr sagt, dass Ihr in dieser Zeit auch viel die internationale Solidaritätsarbeit unterstützt habt, mit vielen Menschen im Austausch standet und auch den WorldEfrînDay mit ausgerufen und organisiert habt.

Clara: Efrîn wurde weltweit zu einem Kristallisationspunkt für linke Bewegungen, bis in liberale Kräfte hinein. Die Monate des Protests wurden auch zum Ausdruck der vielen Bewegungen und Menschen, welche sich auf der Suche nach einer anderen Welt befinden und eine Hoffnung in Rojava sehen. Kein anderes Ereignis hat so viel globale Aufmerksamkeit und Solidarität durch die demokratischen Kräfte erfahren. Das hat uns hier viel Hoffnung und Moral geben, auch unseren Kampf weiterzuführen.

Casper: Neben vielen Großdemonstrationen hat sich der Protest auch auf einer lokalen Ebene verankern können. Und in vielen Ländern gab es das erste Mal Solidaritätsbekundungen und Aktionen in diesem Ausmaß. Besonders auffällig war dabei der Protest in den USA selbst, welcher das erste Mal in dieser Form deutlich geworden ist. Die Solidaritätsarbeit ist jedoch an vielen Orten in der gleichen Dynamik und Form geblieben. Die Aktionsformen waren sehr bestimmt durch Demonstrationen und Kundgebungen. Gerade in der BRD gab es zu wenig kreative Aktionsformen. Und die, welche es gab, wurden durch die internationalistischen Freund*innen durchgeführt, nur selten mit der kurdischen Bewegung zusammen. Und so konnte der Entwicklung, dass mit der Zeit immer weniger Menschen auf die Straße gehen, nicht wirklich etwas entgegengehalten werden. Bei vielen Menschen ist auch das Gefühl der Handlungsunfähigkeit entstanden. Immer wieder die gleichen Demos … Es konnte das Konfliktpotenzial, welches das Thema eigentlich auch innenpolitisch hat, nicht zugespitzt werden. Ich meine damit z. B. die Waffenlieferungen oder die islamistischen Kräfte in den Moscheen, die vom türkischen Staat kontrolliert werden. Die Solidaritätsbewegung hat es in keinem Land wirklich geschafft, auf die Realpolitik großen Einfluss zu nehmen. Der Protest und die formulierten Forderungen und Ziele waren dafür zu unkonzentriert und entscheidende Kräfte, wie Gewerkschaften, haben sich zu schwach positioniert.

Clara: Diese Bewertung trifft vielleicht auf die BRD zu. Für andere Länder wie z. B. Spanien sieht das einfach ein bisschen anders aus. Hier besteht gar nicht das Bewusstsein über den Kampf der kurdischen Bewegung und es gibt auch keine kurdische Community. Und daher ist der Maßstab, mit dem wir die letzten Monate bewerten sollten, auch ein anderer. Trotz der Unwissenheit in vielen Teilen der Gesellschaft über den Kampf der kurdischen Bewegung haben wir es geschafft, viele Menschen auf die Straße zu bringen. Und nun liegt es daran, diese Verbindungen zwischen den Menschen, die auf der Straße entstanden sind, weiter zu festigen und zu verstetigen.

Casper: Die vielen Probleme, welche wir in den Gesellschaften gerade des globalen Nordens sehen, sind eben auch wieder in dieser Phase deutlich geworden. Den Menschen fehlt der Glaube daran, dass wir wirklich im Begriff sind, die kapitalistische Moderne herauszufordern und gemeinsam überwindenzukönnen. Das Bewusstsein, dass wir überhaupt einen gemeinsamen Kampf führen und dass das, was gerade in Syrien passiert, eben nicht losgelöst von lokalen Kämpfen gesehen werden kann. Aber wir müssen auch selbstkritisch sagen, dass wir selbst diese Verbindung noch nicht so stark herstellen konnten.

Clara: Neben den Demonstrationen und kleineren Aktionen waren besonders in der BRD militante Aktionen zu sehen. Wir hatten den Eindruck, dass viele Menschen nach anderen Wegen gesucht haben, ihre klare Haltung zum Krieg und zur internationalen Unterstützung zum Ausdruck zu bringen. Es hätte unserer Meinung nach jedoch auch eine Radikalisierung der breiten Solidaritätsbewegung geben müssen. Also eine Entwicklung vom Protest zum Widerstand, und das nicht nur in einem kleinen Kreis von Menschen, sondern eben in der gesamten Breite der Bewegung. Wir denken, dass in diese Richtung auch viel mehr möglich gewesen wäre. Für sehr sehr viele Menschen war und ist der Widerspruch zwischen dem, was sie wollen, und dem, was die Regierungen tun, einfach zu groß. Es ist auch deutlich geworden, dass mit Mitteln von Demonstrationen das Ziel, den Krieg zu stoppen, nicht erreicht wurde.

Casper: Wir wollen noch einen positiven Aspekt hervorheben. Für viele Menschen sind die Internationalist*innen, welche ihr Leben für die Verteidigung Efrîns gegeben haben, zu einem starken Bezugspunkt geworden. Nun gilt es, dass diese Menschen sich selbst in der Verantwortung sehen, den Weg der Gefallenen weiterzugehen und ihren Kampf weiterzuführen. Denn in unserem Kampf werden die Gefallenen für immer weiterleben. ♦

Initiative Städtepartnerschaft Friedrichshain-Kreuzberg–Dêrik in Nordsyrien

Städtepartnerschaft mit Dêrik nimmt konkrete Formen an

Elke Dangeleit

Die Initiative für eine Städtepartnerschaft zwischen dem Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und Dêrik nimmt konkrete Formen an. Nach anfänglichen Unstimmigkeiten mit der Bezirksbürgermeisterin und den Stadträten bekunden diese nun ihre Unterstützung des Städtepartnerschaftsvereins Friedrichshain-Kreuzberg–Dêrik e.V. und einer Städtepartnerschaft mit dem Bezirk.

Am 20. September 2017 stimmte die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin Friedrichshain-Kreuzberg mit großer Mehrheit von Linken, Grünen und SPD dem Antrag der Linksfraktion zu, mit dem der Vorschlag der Bürgermeister*innen aus Dêrik, eine Städtepartnerschaft einzugehen, begrüßt wird. In dem Beschluss wird die grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann aufgefordert, das Gesuch der Bürgermeister*innen aus Dêrik wohlwollend zu beantworten und umgehend Kontakt mit der Kommune aufzunehmen.

Dêrik liegt im Nordosten Syriens in der Nähe der irakischen Grenze und des Şengal-Gebiets. Der Name Dêrik stammt aus dem Aramäischen und wurde unter Assad arabisiert und in al-Malikia umbenannt.

In der überwiegend christlichen Stadt gibt es ein großes Flüchtlingscamp der Êzîd*innen aus Şengal (Irak), die im August 2014 vor dem Islamischen Staat (IS) geflüchtet sind. Die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten YPG/YPJ und die HPG schufen einen Korridor von den Şengalbergen nach Dêrik und bewahrten viele Frauen und Mädchen vor der Verschleppung und dem Verkauf auf Sklavenmärkten durch den IS. Die Bürgermeister*innen der selbstverwalteten Stadt bemühen sich mit den Bewohner*innen der Kommune, den Geflüchteten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen – trotz der Embargos der Türkei, der kurdischen Regionalregierung im Nordirak und der syrischen Regierung. Wie in allen Städten der Demokratischen Föderation Nordsyrien spielt die Gleichberechtigung der Geschlechter eine zentrale Rolle. So ist zum Beispiel das Amt der Bürgermeister*innen mit je einem Mann und einer Frau besetzt, die als gleichberechtigtes Team die Stadt verwalten.

Dass die Stadt Dêrik als Partnerstadt ausgewählt wurde, liegt an den Ähnlichkeiten der beiden Kommunen. In dem Brief der Bürgermeister*innen aus Dêrik mit der Anfrage zu einer Städtepartnerschaft vom August 2017 wird darauf hingewiesen, dass beide Gemeinden multikulturell geprägt sind, beide Gemeinden eine große Anzahl von Geflüchteten beherbergen und beide Gemeinden »sich gegen jede Form von Rassismus und Ausgrenzung/Diskriminierung und für eine Gleichberechtigung von soziokulturellen Gruppen und Geschlechtern einsetzen«. In Dêrik leben neben Kurd*innen auch Suryoye (Assyrer*innen), Chaldäer*innen, Armenier*innen, Araber*innen und Êzîd*innen.

In Friedrichshain-Kreuzberg leben ebenfalls Bürger*innen aus Nordsyrien – auch aus Dêrik –, die vor dem IS geflohen sind. Im Städtepartnerschaftsverein Friedrichshain-Kreuzberg–Dêrik engagieren sich zunehmend Menschen, die aus verschiedenen Regionen Nordsyriens stammen und deren Familien und Freund*innen teilweise noch in Amûdê, Serê Kaniyê oder Efrîn leben. Für diese Menschen hat die Städtepartnerschaft eine besondere Bedeutung. Ihre Hoffnung ist es, über den Verein den Geflüchteten aus der Region Unterstützung zu bieten und mit den Bürger*innen des Bezirks Möglichkeiten des Austauschs zu finden. Insofern kommt dem Städtepartnerschaftsverein auch im Bezirk eine integrative Rolle zu. Gelingt es, Bürger*innen aus der Region Nordsyrien hierzulande für die Aktivitäten des Vereins zu gewinnen, fördert dies auch die Integration in unsere Gesellschaft. Der neu gegründete Verein hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, einerseits gemeinsam mit dem Bezirksparlament kommunale Projekte wie Schulen, ökologische Kooperativen etc. in Dêrik zu fördern. Andererseits soll auch Menschen aus Nordsyrien, die hier Zuflucht gefunden haben, geholfen werden, in Deutschland eine Pers-

pektive aufzubauen, bzw. Fertigkeiten zu erwerben, die ihnen eine Perspektive in ihrem Heimatland ermöglichen. Dafür soll versucht werden, Fördermittel zu beantragen.

So weit hört sich das sehr positiv an. Aber noch ist das ganze Projekt »Städtepartnerschaft« nicht in »trockenen Tüchern«. Bis Ende März tat sich das Bezirksamt – bestehend aus der grünen Bürgermeisterin, dem stellvertretenden Bürgermeister der Linken, zwei Grünen-Stadträten und einem SPD-Stadtrat – schwer, den Beschluss, wie im Antrag beschlossen, wohlwollend umzusetzen und den Kontakt mit den Bürgermeister*innen aus Dêrik zu suchen.



Die Initiative für eine Städtepartnerschaft zwischen dem Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und Dêrik nimmt konkrete Formen an. Nach anfänglichen Unstimmigkeiten mit der Bezirksbürgermeisterin und den Stadträten bekunden diese nun ihre Unterstützung des Städtepartnerschaftsvereins Friedrichshain-Kreuzberg–Dêrik e.V. und eine Städtepartnerschaft mit dem Bezirk.

Dem vorangegangen waren mehrere Presseartikel von Befürworter*innen und Gegner*innen der Städtepartnerschaft. Der Tagesspiegel bezichtigte wie die CDU das Bezirksparlament der »Weltpolitik«, die junge Welt hingegen sah die Bürgermeisterin vor den nationalistischen Türk*innen im Bezirk einknicken. Die Fraktion der Linken im Bezirksparlament hoffe jedoch weiterhin auf eine richtige Städtepartnerschaft, sagte der Fraktionsvorsitzende Oliver Nöll dem Tagespiegel (tsp vom 5.2.2018).

Nachdem nach vier Monaten noch immer keine Kontaktaufnahme mit Dêrik erfolgt war, wandte sich der Städtepartnerschaftsverein in einem Offenen Brief an die Bezirksbürgermeisterin. Ohne eine offizielle Städtepartnerschaft könne der Verein keine Fördermittel für Projekte vor Ort beantragen, monierte der Verein. Ohne die Unterstützung des Bezirksamtes wäre die »Unterstützung der Kommunalverwaltung von Dêrik bei der Aufnahme und Versorgung innersyrischer, wie auch ezidischer Flüchtlinge aus dem Irak (Flüchtlingslager Newroz) und dem entsprechenden Ausbau ihrer kommunalen Infrastruktur ... nur noch auf beschränkter individueller Ebene möglich. Ebenfalls werden wir dann kaum noch ermöglichen können, dass Menschen, die in unserem Bezirk als Geflüchtete aus der Region Dêrik leben, eine Rückkehrperspektive mit einer hier erworbenen Qualifikation in Bereichen z. B. der Abwasseraufbereitung, Müllentsorgung und -aufbereitung, Katastrophenschutz, Erste Hilfe u. ä. erhalten. Denn für all dies gäbe es Fördermöglichkeiten, die aber im Moment nur im Rahmen einer offiziellen Städtepartnerschaft in Anspruch genommen werden können.« (Auszug aus dem Offenen Brief des Städtepartnerschaftsvereins)

Weiter schreibt der Verein: »In keinem anderen Bezirk Berlins leben so viele Menschen unterschiedlicher Ethnien, Sprachen und Religionen mit- und nebeneinander wie in Friedrichshain-Kreuzberg. Politische Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten haben auch Einfluss auf das Zusammenleben hier, und umgekehrt können unsere Aktivitäten auch dort Wirkungen zeigen. Ein Verein, der aus dem Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER) hervorgegangen ist, hat hierfür den Begriff ›Berlin-Global-Village‹ geprägt (...) Es ist für unser Zusammenleben von entscheidender Bedeutung, welche gesellschaftlichen Vorstellungen hier Verbreitung finden: Vorstellungen, die traditionelle patriarchale Rollenzuweisungen befürworten, auf Abgrenzung und Feindseligkeit gegenüber anderen Religionen und Volksgruppen beruhen, oder Vorstellungen, wie sie in Dêrik (und ganz Nordsyrien) unter schwierigsten Bedingungen versucht werden umzusetzen, Vorstellungen, die die Gleichberechtigung der Geschlechter, Respekt und Toleranz gegenüber Menschen unterschiedlichster Ethnien und Religionen und basisdemokratische Strukturen in der Gesellschaft beinhalten.

Gerade jetzt, wo Afrin, die westlichste und in 7 Jahren Bürgerkrieg friedlich gebliebene Region Nordsyriens unprovoziert

durch die türkische Armee angegriffen wird, fühlen wir uns moralisch und humanitär verpflichtet, der Bevölkerung dort beiseite zu stehen. Die Angriffe auf Afrin und die Drohung der Türkei, weitere Gebiete Nordsyriens, darunter auch Dêrik, anzugreifen, wühlt in unserem Bezirk diejenigen Menschen auf, die viel Hoffnung auf eine demokratische Lösung in Nordsyrien gesetzt haben. Wir sollten sie nicht alleine lassen.« (Auszug aus dem Offenen Brief des Vereins)

Hoffnungsschimmer

Ende März fand dann endlich ein Gespräch zwischen dem Bezirksamt und dem Städtepartnerschaftsverein statt. In dem Gespräch sagte das Bezirksamt zu, nun den Kontakt zu den Bürgermeister*innen in Dêrik zu suchen. Der Verein soll darüber hinaus einen offiziellen Brief des Bezirksamtes erhalten, worin der Wille zur Umsetzung der Städtepartnerschaft bekräftigt wird. In der Bezirksamtssitzung vom 27.2.2018 einigte sich das Bezirksamt auf einen Protokollvermerk, in dem es heißt, dass das Bezirksamt den Städtepartnerschaftsverein offiziell als Partner für die Anbahnung einer Partnerschaft und die Entwicklung von Hilfsprojekten anerkennt und grundsätzlich bereit ist, den Städtepartnerschaftsverein bei der Akquise und Beantragung von Fördermitteln zur Anbahnung einer Partnerschaft und für erste Hilfsprojekte zu unterstützen. Die im Haushalt 2018/19 vorgesehenen 5.000 Euro für die Kontaktaufnahme und ein erstes Kennenlernen bleiben erhalten.

Mittlerweile gibt es in der Bundesrepublik mehrere Initiativen, eine Städtepartnerschaft mit einer nordsyrischen Stadt einzugehen: Tübingen, Frankfurt, Oldenburg und Löhne, um nur einige zu nennen.

Diese Zusage ermutigte den Verein, weitere konkrete Schritte einzuleiten. Mittlerweile hat der Verein nicht nur per E-Mail Kontakt nach Dêrik, sondern steht auch im telefonischen Kontakt mit den im Dezember 2017 neu gewählten Bürgermeister*innen Rojîn Çeto und Hîsen Elmesîh. Diese wandten sich nun ihrerseits mit einem Brief an das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg und machten konkrete Fördervorschläge im Bereich Ökologie und Bildung und regten den Kontakt zwischen den christlichen Kirchengemeinden der beiden Kommunen an. Der Ko-Bürgermeister Hîsen Elmesîh ist selbst Aramäer und bietet seine Hilfe bei der Kontaktaufnahme an. Der Städtepartnerschaftsverein hat mittlerweile auch Kontakt zur Initiative »Make Rojava Green Again« aufgenommen, die in der Region Dêrik ein Wiederaufforstungsprogramm in Zusammenarbeit mit der Ökologiekommission der Stadtverwaltung von Dêrik startete. Das Wiederaufforstungsprogramm verfolgt ähnliche Ziele wie der Friedrichshain-Kreuzberger Städtepartnerschaftsverein San Rafael del Sur/Nicaragua. In einer Pressemitteilung des Bezirksamtes vom 8. Februar erklärte nämlich Umweltstadträtin Clara Herrmann (Grüne): »Im Zuge der Klimapartnerschaft kann unser Bezirk San Rafael del Sur bei der Renaturierung unterstützen und gleichzeitig lernen. Durch unterschiedliche klimatische Bedingungen hat der Klimawandel im tropischen Mittelamerika teilweise andere Folgen als hier bei uns in Berlin. Dennoch können bei der Zusammenarbeit in der Klimapartnerschaft beide Seiten profitieren. So können wir unsere jahrzehntelange Städtepartnerschaft weiter mit Leben füllen.« In Dêrik geht es vor allem darum, die fortschreitende Versteppung und die Auslaugung der Böden durch Monokulturanbau (Weizenfelder) zu verhindern. Das Assad-Regime ließ schon zu Zeiten des Vaters von Baschar al-Assad die Baumbestände abholzen und beutete den fruchtbaren Boden durch Monokulturen aus. Der dort angebaute Weizen wurde nicht in der Region verarbeitet, sondern weit entfernt in Damaskus und Aleppo. Das Mehl musste die Bevölkerung Nordsyriens dann aus Damaskus kaufen. Eine ähnliche Situation herrscht in der gesamten nordsyrischen Region vor. Die Region wurde kaum entwickelt, um so die Bevölkerung in Abhängigkeit zu halten. Mit den verschiedenen Kooperativen, die in den letzten Jahren entstanden sind, soll dem entgegengewirkt werden. Partnerschaften mit europäischen Kommunen können dabei mit Know how und finanzieller Unterstützung helfen.

Der Verein plant noch in diesem Jahr eine Delegation aus Dêrik in den Bezirk einzuladen, damit die beiden Kommunalverwaltungen sich kennenlernen und erste Ideen zu Fördermaßnahmen entwickeln können.

Wenn das Bezirksamt Wort hält, wäre der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg Vorreiter in ganz Deutschland mit einer Partnerstadt in Nordsyrien. Mit Partnerschaftsgemeinden in anderen Ländern hat der Bezirk Erfahrung. Zur Zeit bestehen schon Städtepartnerschaften mit Kiryat Yam/Israel, Stettin/Polen, San Rafael del Sur/Nicaragua und Kadiköy/Türkei.

Mittlerweile gibt es in der Bundesrepublik mehrere Initiativen, eine Städtepartnerschaft mit einer nordsyrischen Stadt einzugehen: Tübingen, Frankfurt, Oldenburg und Löhne, um nur einige zu nennen. ♦

Ausstellung »Mobile Welten« in Hamburg

Auf der Suche nach der Geschichte des Kampfes von Frauen um Freiheit

Sevin Sengo

Die Ausstellung »Mobile Welten – zur Migration von Dingen in transkulturellen Gesellschaften« im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe (MKG) ist das Ergebnis einer dreijährigen Forschungsarbeit, in der die Institution Museum, Präsentationen von Ausstellungen und das Verhältnis zwischen Museen und der Gesellschaft reflektiert wurden. Besonders die Auswirkungen der Mobilität von Menschen und Gegenständen, sei es freiwillig oder erzwungen, wirkt sich auf Kunst und Kultur ebenso wie auf die Neuformierung von Alltagsgegenständen aus. Das Projektteam »Mobile Welten« stellt hierzu fest: »Während der öffentliche Diskurs immer noch mit Fragen nationaler und kultureller Zugehörigkeiten ringt, hat sich unter der Hand also längst eine eigenständige transkulturelle Ordnung der Dinge ausgebildet.«

Die Ausstellung »Mobile Welten« hat sich zum Ziel gesetzt, eindimensionale museale Kategorien sowie die vermeintliche Deutungshoheit westlicher Museen aufzubrechen. Durch diesen Bruch soll ein Raum für transkulturelle Ausstellungsobjekte geschaffen werden. Dieser Raum ist gekennzeichnet durch eine Unbestimmtheit, die es den Objekten möglich macht, ein bewegtes Eigenleben zu haben.

Im Rahmen der Ausstellung »Mobile Welten« werden Dinge gezeigt, die als Insignien kollektiver Identitäten gelten können und aufgrund dieser Mobilität in einem neuen Umfeld aufgenommen und gewandelt werden. Durch die Wandlung bekommen sie häufig eine neue Identität, wie Melodien (japanischer Bossa Nova beispielsweise) und Muster (wie etwa die industriell hergestellten Kopien traditioneller indischer und indonesischer Textilien durch Paisley und Vlisco) genauso wie Einrichtungsgegenstände (der sogenannte »Perserteppich«) oder Mode (man denke an die kunstvolle Dekonstruktion westlicher und japanischer Kleidung durch Comme des Garçons). So auch alltägliche Materialien und Gebrauchsgegenstände wie Gummi, Porzellan, Seide oder Jeans. Deren transkulturelle Herkunft ist selten bekannt und bleibt zumeist unergründet.

Die Kuratoren sprechen von »informellen Formen der Globalisierung«, die sich aktiv auf die Veränderung der Gesellschaft auswirken. Sie werden in insgesamt 15 Teilbereichen der Ausstellung gezeigt.

Im Zuge der Recherche für mögliche Teilprojekte lud das Projektteam »Mobile Welten« den Frauenrat Rojbîn aus Hamburg, die Stiftung der Freien Frau aus Rojava und das Jineolojî Center aus Brüssel zu einem Diskussionsprozess ein. Die Begegnung mit der der Jineolojî zugrunde liegenden Wissenschaftskritik und der Öffnung für eine alternative Herangehensweise an Wissen, Geschichte und Gesellschaft traf sich konstruktiv mit dem kritischen Blick der Projektgruppe in Bezug auf den häufigen Mangel an kritischer Forschung wie Gender Studies, postkolonialen Studien und Selbstreflexion von Forscher*innen im Rechercheprozess.

Im Zentrum dieses Recherche- und Diskussionsprozesses lagen die Region Rojava und Nordsyrien als Region sowie ihre Geschichte, ihre Gegenwart und die speziellen deutsch-kolonialen Verstrickungen. Die Auseinandersetzung mit der emanzipatorischen kurdischen Frauenbewegung und der kulturellen Vielfalt in der Region einerseits und das Erkennen der historischen Wurzeln in den Ausgrabungsstätten wie Tel Xelaf und Ain Dara andererseits ermöglichte es, auf neue und kreative Art und Weise überraschende – auch historische – Verbindungen und Entwicklungen aufzuzeigen. So ist erstmalig ein Einblick in die gesellschaftliche Situation der Kurd*innen in Nordsyrien in einem etablierten deutschen Museumskontext gegeben. Das Ergebnis der Rojava-Arbeitsgruppe wird nun in der Ausstellung »Mobile Welten« als Projekt »Amargî« zu sehen sein.

Das Wort Amargî kommt aus dem Sumerischen und bedeutet sowohl Freiheit als auch Rückkehr zur Mutter. Es ist das älteste bekannte Wort, welches den Wunsch nach Wiedererlangung der verlorenen Freiheit ausdrückt. Sumerisch wurde vor ca. 5.000 Jahren im südlichen Mesopotamien gesprochen. Amargî drückt somit sowohl die Suche von Frauen nach Frei-



Eröffnung der Ausstellung »Mobile Welten« im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe. Foto: A. Bender

heit als auch der Geschichte und dem kulturellen Erbe von Frauen (nicht nur in Rojava) in nur einem Wort treffend und schön aus. Wir verfolgen mit der Ausstellung das Ziel, aus der Perspektive von Frauen das basisdemokratische Modell, das in der Demokratischen Föderation Nordsyrien/Rojava umgesetzt wird, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dabei wurde unsere Abteilung auf der Grundlage der für uns zentralen Inhalte von der Vorstellung von Freiheit, dem Kampf gegen patriarchale Verhältnisse und dem Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung konzipiert, die auf Geschlechterbefreiung, Ökologie und Basisdemokratie fußt. In der Ausstellung wird mit Hilfe der Exponate ferner der Frage nachgegangen, welche Bedeutung das kulturelle Erbe für den Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung hat. Zentral für die Abteilung Amargî ist die »Thronende Göttin«, eine monumentale Statue einer sitzenden Frau aus aramäischer Zeit, aus dem 9. Jahrhundert v. u. Z. Mit ihrer Hilfe wird die Geschichte der Frauen aus Nordsyrien/Rojava erzählt. Sie berichten uns von dem Lauf der Geschichte; einer Geschichte, die – bislang – nicht geschrieben, aber gelebt wurde und bis in die heutigen Kämpfe von Frauen weiterlebt. Heute erkämpfen sich Frauen in der Demokratischen Föderation Nordsyrien und Rojava Schritt für Schritt ihre eigene Geschichte, ihr Selbstbewusstsein und ihre Freiheit zurück.

Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit der Statue »Thronende Göttin« aufgezeigt wird, ist die Kolonialgeschichte Deutschlands. In diesem Fall vertreten durch Max von Oppenheim. Dieser hatte in Tel Xalaf unter anderem die »Thronende Göttin« ausgegraben und Ende des 19. Jahrhunderts nach Deutschland verschleppt, wo sie im Zuge eines Bombenangriffs im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde und erst in den 2000er Jahren aus den gesammelten Trümmern wieder zusammengesetzt werden konnte. Die Statue ist also auch eine Zeugin der Geschichte der westlichen und imperialistischen Raubkunst.

In engem Austausch mit der Filmkommune und dem Jineolojî-Komitee in Rojava werden in Filmausschnitten die ethnische und kulturelle Vielfalt der Region und der anhaltende Widerstandskampf von Frauen gegen den brutalen Krieg gezeigt, der aus der patriarchalen lebensvernichtenden Mentalität hervorgeht.

Somit ist das Projekt Amargî eine Einladung, das Verlorene dort zu suchen, wo wir es verloren haben, und die Geschichte des Kampfes von Frauen um Freiheit auf den Spuren der Göttinnen Mesopotamiens neu zu schreiben. Konzeptionell ist eine stetige Weiterentwicklung der einzelnen Teilprojekte über die Dauer der Ausstellung vorgesehen.

Die Ausstellung ist vom 13.04. bis 14.10.2018 im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe am Steintorplatz zu sehen.

Im Rahmen der Ausstellung finden folgende Veranstaltungen statt:
»Das kulturelle Erbe von Rojava«, Vortrag und Diskussion mit Gönül Kaya am 14. Juni, 18 Uhr im »Mobile-Welten-Studio«/MKG.
»Jineologie – die Wissenschaft der Frauen, der Gesellschaft und des Lebens«, Vortrag und Diskussion mit Haskar Kirmizigul am 6. September, 18 Uhr im »Mobile-Welten-Studio«/MKG.
Im Anschluss findet jeweils eine Expert*innenführung durch die Ausstellung statt. ♦

Von der spanischen Rechtsprechung mitverurteilte Angehörige

Die Kinder mit dem Rucksack

Isa Marin Arrizabalaga, April 2018

Ein Bild, das uns wahrscheinlich die alltäglichen Bilder von all diesen Kindern auf dem Weg zur Schule, zum Sport, in die Schwimmhalle oder auf einem Ausflug in Erinnerung bringt.

Die Kinder mit dem Rucksack oder auf Baskisch »Motxiladun umeak«[1] sind im Baskenland seit spätestens Anfang dieses Jahres ein Begriff. Es ist der Name eines Dokumentarfilms, der sich mit der Realität der 113 Kinder beschäftigt, die allmonatlich auf dem Weg zu den Gefängnissen sind.

113 Kinder, deren Vater oder Mutter oder auch beide Elternteile in Folge des politischen Konflikts im Baskenland in spanischen oder französischen Gefängnissen eingesperrt sind.

Der Film hatte nicht den Anspruch, alle Aspekte dieser Realität in Bild oder Wort zu fassen. Es wäre sicherlich nicht möglich gewesen, das Leben dieser Kinder darzustellen, noch schwieriger, ihre Gedanken und ihr Wissen zum Geschehen widerzuspiegeln.

Der Film zeigt aber deutlich die Realität dieser Kinder, wenn sie, um ihre Eltern sehen zu wollen, um die 700, 800, 1000 Kilometer fahren müssen (und dasselbe zurück).

Heutzutage (nach Daten von Januar 2018) sind 211 der baskischen politischen Gefangenen in Gefängnissen in einer Entfernung von 700 bis 1000 Kilometern inhaftiert, 103 Gefangene in einer Entfernung von 400 bis 690 Kilometern, bei 54 Gefangenen sind es zwischen 100 und 390 Kilometer. Eine »alte« Forderung lautet heute noch »Näherbringen der Gefangenen«, was bedeutet, sie in näher liegende Gefängnisse zu verlegen – letztlich spanischer Gesetzgebung folgend.

Diese pragmatische und minimale Forderung sollte inzwischen Jahre, nachdem der bewaffnete Konflikt beendet wurde – und jetzt am 08.04. genau ein Jahr, nachdem die bewaffnete politische Organisation ETA (Baskenland und Freiheit) im französischem Baskenland in einem symbolischen Akt ihre Bereitschaft zeigte, die Waffen abzugeben –, nur ein Punkt in einem Lösungsprogramm sein. Die Lösungsansätze bleiben aber weiterhin einseitig – und finden verstärkten Ausdruck in der Gesellschaft, die Initiativen für Wege zur Versöhnung eingeleitet hat.

Und mit dabei sind die Kinder. Kinder, die Gari, Hize, Aiur, Malen, Adur, Haizea heißen – um nur einige zu nennen –, einige, die in dem vom baskischen Fernsehen produzierten und im Januar 2018 gezeigten Dokumentarfilm zu sehen und zu hören sind. Der Rucksack aus dem Filmtitel ist dieser Gegenstand, der die Kinder auf der langen Reise begleitet. In den sie ihr Essen, Musik und Hausaufgaben aus der Schule packen, um sich während der langen Stunden der Busfahrt, im Auto oder teils auch im Flugzeug zu beschäftigen.

Der Film zeigt zu Beginn Gari, acht Jahre alt, der zurzeit mit seinen Großeltern lebt; geboren wurde er im Gefängnis, wo er drei Jahre lang blieb. Mutter und Vater sind weiterhin inhaftiert. Und wie er uns erzählt, wurden sie immer weiter weg verlegt.

Zwei andere kleine Kinder – Hize und Aiur –, die mit der Mutter leben, berichten von den Telefonaten mit dem Papa, zwei Mal die Woche, je fünf Minuten. Immer zu knapp, um gerade das zu erzählen, was heute im Leben der Kinder sehr wichtig ist. Dafür verabredet sich Hize (sieben Jahre alt) aber mit ihrem Vater, um sich gemeinsam (gleichzeitig) den Mond anzuschauen.

Amaiur – in der Pubertät – berichtet von einem Gefühl, zwei Leben zu leben. Das, was sie mit Freunden teilt, und das, was sie nur mit ihrem Vater teilt.

1 »Motxiladun umeak« (mit dt. Untertitel): https://www.youtube.com/watch?v=EewI2CXodw4

Haizea hat in der Schule unter dieser Trennung gelitten; andere Kinder konnten von ihren Eltern erzählen, sie aber nicht. Das war der Grund, warum eine ihrer Lehrerinnen beschloss, mit ihr ins Gefängnis zu fahren und so jeweils mit Vater und Mutter zu sprechen, von dem Kind zu berichten, eben so, wie sie es mit anderen Eltern auch macht. Seitdem kann Haizea in der Schule offener darüber reden und die Lehrerin fährt einmal im Jahr mit ihr mit.

Ein Lied der baskischen Gruppe KEN 7 mit dem Titel »Malen« hat schon vor Jahren von diesen Realitäten erzählt. Alles konzentriert auf vierzig Minuten, die diese Kinder einmal im Monat, wie im Fall von Malen seit ihrer Geburt, mit dem Vater haben. Malen ist achtzehn. Ihr Vater sitzt seit zwanzig Jahren in unterschiedlichen Gefängnissen.

Lange Fahrten, vierzig Minuten. Teils mit einem Elternteil, teils hinter dickem Glas – das dir aber nicht dein Lächeln nimmt, wie das Lied besingt –, und dann aber die gewünschte Zeit, um zusammen zu sein. Um wieder Tschüss sagen zu müssen. Durch neun Türen, um hineinzukommen, wie eines der Mädchen genau abgezählt hat.



Die Kinder mit dem Rucksack Foto: wikimedia.org

Und im Fall von Gari, als Beispiel, nach über fünfzehn Stunden Busfahrt, und dann direkt die Fahrt zurück.

Alle Kinder beschreiben das Gefängnis als dunkel, alt, dreckig, kalt. Insbesondere, wenn der Vater all die Jahre in der Isolation sitzt, wie eine der jungen Frauen erzählt.

Die Eltern – so berichten fast alle Kinder – erzählen ihnen aber nicht, wie es drinnen in ihren »Zimmern« aussieht. Die Besuchszeit ist immer zu knapp, um über das Leben im Gefängnis zu sprechen. Die Kinder bringen ihren Eltern Stückchen ihrer Realität draußen mit, auch in Form von Zeichnungen.

Ein emotionsreicher Film von Ane Rotaetxe und Fermin Etxegoien, der in der Gesellschaft – den Zuschauerzahlen zufolge – mit Interesse aufgenommen wurde und gleichzeitig mit Vorwürfen – seitens großer Medien wie der spanischen Zeitung »El Pais« –, er sei propagandistisch und »nicht zufällig« Anfang Januar gezeigt worden, eine Woche vor der jährlichen Großdemonstration in Bilbao zur Unterstützung der Gefangenen und ihrer Angehörigen.

Angehörige, die, wie eines der Mädchen sagt, mitbestraft werden infolge der spanischen Knastpolitik. Mitbestraft durch lange Fahrten, durch das Risiko von Autounfällen (sechzehn Angehörige haben schon ihr Leben auf den Straßen gelassen, als sie ihre Liebsten besuchen wollten) und – auch zu erwähnen – durch hohe Geldausgaben.

240 sind die Eingesperrten immer noch, 239, während ich diesen Artikel beende – nach dreizehn Jahren wurde eine politische Aktivistin aus dem Gefängnis entlassen. Einige der Gefangenen sind sehr krank – und ohne Zugang zu einer gerechten und würdigen medizinischen Versorgung.

Das Jahr 2018 hat schon Trauer getragen, nach dem Tod eines jungen Gefangenen in seiner Zelle.

2018 hat der französische Staat den Willen zur Verlegung der 59 baskischen Gefangenen in die Gefängnisse im baskischen Gebiet bekundet.

Aus dem Gefangenenkollektiv EPK gab es vor vier Jahren ausdrückliche Zeichen einer kollektiven Reflexion: »… wir übernehmen die Verantwortung für die Konsequenzen unserer Taten und zeigen unseren Willen, die Verantwortung jedes und jeder Einzelnen, innerhalb eines festgelegten Rahmens mit genügend Bedingungen und Garantien, zu analysieren.«

Die Kinder aus dem Film sagen heute noch, sie werden ihre Eltern nicht alleinlassen, Monat für Monat werden sie hinfahren. Bis sie nach Hause kommen. ♦

Volksaktivistin in Brasilien ermordet

Marielle Franco: Presente!

Anelisa Paiva Csapo



ANF

Marielle Franco war eine Militante und kommunale Vertreterin für die Partido Socialismo e Liberdade (PSOL, Sozialismus- und Freiheitspartei). Die schwarze, bisexuelle Menschenrechtsaktivistin aus der Favela da Maré in Rio de Janeiro, Brasilien, wurde am 14. März 2018 ermordet – kurz vor dem Ende des ersten Monats der von der Bundesregierung am 16. Februar beschlossenen militärischen Intervention in Rio de Janeiro. Der Fahrer des Fahrzeugs, in dem sich Marielle befand, Anderson Pedro Gomes, wurde ebenfalls ermordet.

Dieses tragische Attentat erfolgte, kurz nachdem Marielle eine Veranstaltung »Wheel of Talk: Black Youth Moving the Structures« verlassen hatte. Und sie war auch gerade in die Kommission berufen worden, die Verstöße im Rahmen dieser besagten Militäroperation (die sie klar ablehnte) verfolgen soll. Vier Tage vor ihrer Ermordung hatte Marielle Franco die Aktivitäten der Militärpolizei des Irajá-Bataillons in der Favela von Acari angeprangert, die dort Bewohner terrorisiert, in ihre Häuser eindringt und Jugendliche »in den Graben wirft«. Beim 41. Bataillon der Militärpolizei handelt es sich um dasjenige, das seit Anfang 2017 alle 60 Stunden für den Tod einer Person verantwortlich zeichnet. All diese Todesfälle wurden als »Selbstschutz« aufgenommen; das bedeutet, dass die Opfer in irgendeiner Weise reagiert hatten und von der Polizei getötet wurden. In 68 % dieser Fälle wurde der Tatort unkenntlich gemacht und die Militärpolizei führte keinerlei Ermittlungen durch.

Marielle wurde 2017 demokratisch zur Kommunalvertreterin gewählt, was eine der wenigen Möglichkeiten darstellt, die Forderungen der Menschen in den Favelas die institutionelle politische Ebene erreichen zu lassen. Im Maré-Komplex – mit rund 130.000 Bewohnern der größte Favela-Komplex der Stadt – kommt mit der Militäroperation ein Polizist auf 55 Einwohner.

Diese Militärintervention war die erstmalige Anwendung von Artikel 34 der Bundesverfassung von 1988, datiert bis zum 31. Dezember 2018. Insgesamt wurden 600 Millionen Brasilianische Real *[ca. 140 Mill. EUR]* dafür ausgegeben, während der Staat Rio de Janeiro eine Situation völliger finanzieller Unsicherheit erlebt, in der die öffentlich Bediensteten ihre Gehälter wegen fehlender Mittel monatelang nicht erhalten und die örtliche Bundesuniversität (URFJ) in einem Konkursverfahren steckt.

Die Morde an Marielle und Anderson stellen einen Akt dar, der von einem Genozid- und Terrorstaat ausgeführt wurde, der offen Schwarze dezimiert. Diese Verbrechen transportieren eine Botschaft an alle Gegner des gewalttätigen Massakers in den Vorstädten von Rio de Janeiro. Der Tod dieser beiden Personen unter der Ägide der militärischen Intervention ist wohl weder ein Zufall noch ein Fehler der staatlichen Politik der öffentlichen Sicherheit. Der Fortschritt der Repression durch diese Maßnahme liegt in der Autorisierung dieses neuen und großen Schrittes im Staatsterrorismus. Der Staat, der brasilianische Kapitalismus und seine Institutionen funktionieren weiterhin gemäß ihrem historischen Profil der Aufrechterhaltung struktureller Ungleichheit und der direkten oder indirekten Bewahrung der Barbarei. ♦

Periodika

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Vom Stadtteil Ali Paşa (Sûr/Amed) ist nur wenig übrig geblieben.
Foto: Hinrich Schultze.

Rückseite:
Denial of Love
Manfred Zylla
http://www.freeocalan.org/#/art-for-ocalan

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Stoppt die Zerstörung von Hasankeyf und Sûr!

Hasankeyf und Sûr sind seit Jahrtausenden bewohnte Orte am Fluss Tigris in Obermesopotamien (Nordkurdistan). Seit Jahren sind diese durch die von der AKP geführten türkischen Regierung systematischen Zerstörungen ausgesetzt. Doch beide Orte sind auch zu Symbolen des Widerstandes sowohl gegen die ökologisch-soziale Zerstörung durch Mega-Investitionsprojekte als auch die seit 2015 laufende Kriegspolitik des türkischen Staates geworden.

Hasankeyf wird seit 12.000 Jahren ununterbrochen bewohnt und stellt mit dem bisher wenig beeinträchtigten Tigristal ein unvergleichbares Schauspiel an Geschichte, Kultur und Natur dar. Es übertrifft in vieles Ephesus, Troja und Kappadokien. Es erfüllt 9 von 10 Kriterien der UNESCO, die aber nichts gegen das Ilısu-Staudammprojekt unternimmt. Das Ilısu-Projekt ist eines der weltweit umstrittensten Staudämme und würde bei Stauung 80.000 Menschen ihrer Lebensgrundlagen berauben. Seit knapp 20 Jahren leisten Betroffene und andere Widerstand und konnten mehrmals das Projekt stoppen. Doch die AKP nahm immer wieder den Bau auf, weil sie Ilısu als ein strategisches Instrument für ökonomisch-politische Ziele betrachtet. Mit starker Militärpräsenz hat das Projekt heute fast sein Bauende erreicht und eine Katastrophe für Millionen Menschen wird erzwungen. Internationale Firmen sind sowohl beim Staudammbau als auch bei der Versetzung von einigen der mehr als 300 Monumente aus Hasankeyf beteiligt.

Sûr ist die Altstadt vom antiken Amed (Diyarbakır) mit einer mindestens 7000 Jahre alten ununterbrochenen Besiedlung. Sûr ist sehr politisch und hat sich ab 2007 in rätedemokratischen Strukturen für mehr Demokratie und Frauenbefreiung organisiert. Als die AKP 2015 den Krieg einseitig gegen die kurdische Bevölkerung lostrat, wurden Sûr und andere selbstorganisierte Städte brutal angegriffen und durch das Militär Verbrechen gegen die Menschheit begangen. Die größte physische Zerstörung von Sûr erfolgte nach Ende jeglicher bewaffneter Auseinandersetzungen ab März 2016. Seitdem wurden die Häuser von 25.000 zwangsvertriebenen Menschen komplett abgerissen. Dasselbe erfuhren etwa 175.000 Menschen in anderen zerstörten Orten wie Cizîr, Nisêbîn und Şirnex. In diesen Orten und Sûr wurden mehrere hundert Zivilisten gezielt getötet. Diese Verbrechen, die an den Bürgerkrieg der 90er Jahre erinnern, wurden vom UN Menschenrechtskommissiariat in einem Bericht im Februar 2017 dokumentiert!

Die Zerstörung von Hasankeyf und Sûr entspricht im Wesen der Zerstörung der Buddha-Tempel durch die Taliban in Afghanistan und von Palmyra in Syrien durch den IS. Wenn ein Staat kulturelles und natürliches menschliches Erbe bewusst und systematisch zerstört, dürfen Staaten und internationale Organisationen wie die UN nicht schweigen. Insbesondere die EU ist gefordert, diese zieht aber ein Flüchtlingsabkommen mit der Türkei dem Schutz von Menschenrechten vor. Dies kann geändert werden, indem Menschen und Organisationen mit moralischen Bewusstsein in die Öffentlichkeit gehen. Wir fordern Euch auf, sich solidarisch mit den vielen Menschen in Kurdistan und der Türkei zu zeigen, die gegen die Zerstörung von Hasankeyf und Sûr kämpfen. Die Rettung beider Orte ist noch möglich und kann Hoffnung gegen weitere kulturell-sozial-ökologische Zerstörung geben und die Friedensperspektive wieder stärker werden lassen.

aus einem Aufruf der Ökologiebewegung Mesopotamiens und der Initiative zur Rettung von Hasankeyf
www.hasankeyfgirisimi.net

ISSN 0935-5375